

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 14. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Eine dringende Frage.

Die Reichsverwaltung gibt bekannt, daß das Deutsche Reich seine Beteiligung an der internationalen Zusammenkunft zugesagt hat, die am 3. September dieses Jahres in Bern stattfinden soll, um ein internationales Übereinkommen über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter und über die Festlegung einer Höchstleistungszeit für die in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter abzuschließen. Damit aber ja keine Hoffnungen oder Befürchtungen aufkommen, wird in der Mitteilung auch darauf hingewiesen, daß das beabsichtigte Übereinkommen für die deutsche Industrie keine Verschärfung der Schutzbestimmungen bringen wird.

Das ist — leider — richtig. Leider! Denn eine Verbesserung unserer Schutzbestimmungen für die jungen Arbeiter und für die Arbeiterinnen ist dringend notwendig. Deshalb ist der Schluß einiger bürgerlichen Blätter, daß wir wohl sein können auf den hohen Stand unserer Arbeiterschutzegebung, ganz und gar nicht angebracht.

Dazu kommt aber noch ein anderer Umstand, den wir gegen die Lobbydeleien nach oben, die sich auch bei dieser Gelegenheit wieder bürgerliche Blätter leisten, ins Gedächtnis zurückrufen müssen: die beabsichtigte Zusammenkunft soll nämlich die Durchführung der Grundfrage sichern, die die Regierungsvertreter auf einer internationalen Zusammenkunft im vorigen Jahre beschlossen haben. Damals handelte es sich ganz besonders um das Verbot der Nachtarbeit auch für die jungen Arbeiter vom 16. bis zum 18. Lebensjahre.

Dies ist eine Forderung, die bereits die Regierungsvertreter auf der internationalen Arbeiterversammlung in Berlin im Jahre 1890 — also vor 24 Jahren — beschließen hat. Damals traten die Vertreter des Deutschen Reichs entschieden für diese Forderung ein, leider blieben sie in der Minderheit. Inzwischen haben sich in allen Ländern der Welt eine stark entwickelte Großindustrie immer deutlicher die Schäden der Nachtarbeit auch bei den jungen Arbeitern von 16 bis 18 Jahren gezeigt. Daher war zu erwarten, daß sich die Regierungsvertreter endlich auf der vorjährigen Zusammenkunft — 23 Jahre nach der Berliner Zusammenkunft — über das Verbot der Nachtarbeit der Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre verständigen werden.

Aber der Zentralverband deutscher Industrieller erhob Einspruch gegen die Forderung und mutete den Vertretern des Deutschen Reichs zu, jetzt dieselbe Forderung zu bekämpfen, die die Vertreter des Deutschen Reichs vor 23 Jahren schon als berechtigt und notwendig anerkannt hatten. Und in der Tat kamen im vorigen Jahre die Vertreter des Deutschen Reichs den Wünschen des Zentralverbandes nach. Sie gaben auf der vorjährigen Zusammenkunft gleich bei dem Beginn der Verhandlungen die Erklärung ab, daß sie jetzt gegen jene Forderung sind. Dies war ausschlaggebend dafür, daß die Mehrheit der Regierungsvertreter die Forderung ablehnte. Die Vertreter des Deutschen Reichs tragen daher die Verantwortung dafür, daß die bevorstehende internationale Übereinkunft nicht einmal das so dringend notwendige Verbot der Nachtarbeit den jungen Arbeitern vom 16. bis 18. Lebensjahre bringen soll.

Im Reichstage haben unsere Genossen selbstverständlich das Verhalten unserer Regierungsvertreter besprochen. Darauf antwortete einer der beteiligten Herren, der Direktor im Reichsamte des Innern, Dr. Caspar:

Jundacht klingt es sehr einsehend, wenn bedauert wird, daß die deutschen Regierungsvertreter nicht in der Lage gewesen sind, sich für das Verbot der Nachtarbeit auch der jungen Arbeiter von 16—18 Jahren auszusprechen. Die Sache liegt aber so, daß man wirklich recht zweifelhaft sein kann, ob nicht unser vollenkommener Schutz bis zum 16. Jahre für die jungen Arbeiter wichtiger und richtiger ist als das, was andere Staaten getan haben, nämlich den Schutz bis zum 18. Jahre auszudehnen, dann aber eine große Zahl von Ausnahmen auch für die unter 16 Jahre alten Arbeiter damit zu verbinden, so daß dann für diese ein schlechterer Schutz herauskommt, als wir ihn jetzt haben, und dafür mit zahlreichen Ausnahmen auch ein gewisser Schutz für die Arbeiter von 16—18 Jahren. Nach den Verhältnissen im Deutschen Reich müßten sich die Regierungsvertreter dahin aussprechen, daß es vorzuziehen sei, an unserer Regelung festzuhalten. Sobald man anfängt, mit sehr zahlreichen Ausnahmen zu arbeiten, wird die Durchführung schon im eigenen Lande so schwierig, im Auslande aber sogar sehr zweifelhaft, da man im Auslande auf die Ausnahmen, die einen ziemlich großen Spielraum lassen müssen, gar keinen Einfluß hat. Schließlich kommt dazu, daß im allgemeinen für die jugendlichen Arbeiter weniger gut geregelt ist, als es jetzt nach unserer Gesetzgebung geschieht, wo die Jugendlichen in der Nacht nur noch in Glasbläsen und in Walz- und Hammerwerken der Eisenindustrie beschäftigt werden dürfen.

Die Worte, die hier der Regierungsvertreter gemacht hat, zeigen am besten, wie wenig die Herren ihr Verhalten rechtfertigen können. Denn alles, was der Regierungsvertreter gesagt hat, trifft an dem ihm gemachten Vorwurf vorbei.

Wer hat denn verlangt, daß die deutschen Regierungsvertreter für ein durch zahlreiche Ausnahmen

Durchlöcheres Verbot der Nachtarbeit aller Arbeiter bis zu 18 Jahren eintreten sollen? Was wir gefordert haben, ist die Ausdehnung des unbedingten Verbots der Nachtarbeit auf die Arbeiter bis zu 18 Jahren. Ebenso hat der Redner des Zentrums, Abg. Giesberts, im Anschluß an die Ausführungen unserer Genossen sein „außerordentliches“ Bedauern darüber ausgesprochen, daß sich unsere Regierungsvertreter auf der Zusammenkunft im vorigen Jahre nicht dazu aufschwingen konnten, das Schutzalter für die Jugendlichen, wenigstens für die Nachtarbeit, zu erhöhen. Gegen ein ernsthaftes Verbot der Nachtarbeit der jungen Arbeiter bis zu 18 Jahren aber hat Herr Dr. Caspar im Reichstage kein Wort gesagt, und es läßt sich auch nichts Verrechtigtes dagegen sagen.

Dafür hat der Herr die Schuld an dem kläglichen Ergebnis der Beratung im vorigen Jahre den Vertretern der anderen Regierungen zugeschoben. Die Angriffe der Redner im Reichstage richteten sich jedoch gegen das Auftreten der deutschen Vertreter. Sie hatten die Pflicht, für die Ausdehnung des Verbots der Nachtarbeit einzutreten und nicht mit besonderem Eifer dagegen zu wirken. Eine andere Haltung unserer Vertreter hätte vermutlich zur Annahme der Ausdehnung des Verbots geführt. Wie dem aber auch immer sei, weshalb haben unsere Regierungsvertreter jene Forderung bekämpft, während sie sie im Jahre 1890 befürwortet haben, trotzdem damals die Aussichten für die Annahme der Forderung viel schlechter als im vorigen Jahre waren? Auch darauf ist Herr Dr. Caspar dem Reichstage die Antwort schuldig geblieben.

Sollen wir die Antwort aus den guten Ratschlägen entnehmen, die der Zentralverband Deutscher Industrieller vor der Zusammenkunft im vorigen Jahre den Regierungsvertretern gegeben hat, dann ist die ablehnende Stellung zu der Forderung die Furcht davor maßgebend, der weitergehende Schutz der Arbeiterkinder könnte den Profit der Großkapitalisten schmälern, also den Profit der Leute, die aus der durchsichtbaren Ausbeutung der Arbeiter Reichtum auf Reichtum häufen.

Dieser Grund darf aber nicht für die Gesamtheit maßgebend sein. Die Sorge um einen tüchtigen Arbeiterwachstum, die Rücksicht auf eine ungehemmte Entwicklung der körperlichen, geistigen und sittlichen Anlagen der Arbeiterkinder muß uns höher stehen als die Eier der Großkapitalisten nach einem möglichst großen Profit.

Aus diesem Grunde forderte unsere Partei im Reichstage, daß die Vertreter des Deutschen Reichs wenigstens auf der Zusammenkunft in diesem Jahre nachträglich ihre Fehler gut machen und für einen besseren Schutz der jungen Arbeiter eintreten. Der Zentrumsredner schloß sich dieser Forderung an. Werden die Regierungsvertreter dem Rechnung tragen?

Ein Ministerium Viviani.

Herr Poincaré hat Viviani mit der Neubildung des Kabinetts betraut, und diesmal ist es überraschend schnell gelungen, das neue Kabinett zu bilden. Das Ministerium hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsidentenschaft und Ministerium des Äußeren: Viviani, Inneres: Walp, Krieg: Messimy, Marine: Gauthier, Finanzen: Rouleux, Justiz: Bienvenu-Martin, Unterricht: Augagneur, Öffentliche Arbeiten: René Renoult, Landwirtschaft: Fernand David, Handel: Thomson, Post und Telegraphen: Constant, Arbeiter- und soziale Fürsorge: Couyba, Kolonien: Rahnaud.

Zu Unterstaatssekretären sind bestimmt für das Kriegsministerium Lauraine, für die schönen Künste Dalimier, Inneres Jacquier, Handelsmarine Rjan.

Morgen vormittag werden die Erlasse über die Zusammenfassung des Kabinetts amtlich veröffentlicht werden.

Das neue Ministerium entspricht in seiner Personenzusammensetzung wesentlich den Anforderungen, die die Kammermehrheit gestellt hat. Charakteristisch ist, daß ihm Dalimier, der gestern das Vertrauensvotum beantragt hatte, und Augagneur, der Führer der radikal-sozialistischen Gruppe, angehören. Ein definitives Urteil wird sich allerdings erst fällen lassen, sobald die Regierungserklärung insbesondere über die Stellung zur dreijährigen Dienstzeit Klarheit geschaffen haben wird.

Die Lösung der Zweideutigkeit.

Paris, 13. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Optimismus, dem Jaurès und die Kommunisten in der linksradikalen Presse Ausdruck gegeben haben, wird durch die Tatsache nicht ganz bestätigt. Der „Radical“ forderte die Verurteilung von Combes und die Realisierung des Programms von Bau. Combes Verurteilung hätte die offene Abgabe an die dreijährige Dienstzeit bedeutet und die Eröffnung des Kampfes mit dem Generalstab. Vivianis Regierung ist vielleicht nicht viel mehr als ein Ministerium Ribot ohne Ribot.

Es ist möglich, daß sich Viviani zeitweilig hält. Die Radikalen hatten sich gestern, indem sie Puch, der Anhänger der dreijährigen Dienstzeit ist, vorzählten, den Rückzug in der Militärfrage freigehalten. In der Frage der Einkommensteuer profitiert Viviani von dem Intermezzo Ribot, da dieser durch seine eigene Erklärung nun-

mehr gebunden ist und nicht mehr die Opposition des Senats gegen die Einkommensteuer führen kann. Da aber ein Bruchteil der Radikalen jedenfalls an dem Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit festhält, würde die Linke durch den Sieg just die Einigkeit, die ihnen der Sieg gab, einbüßen. Zweifellos wirkte Poincaré für die Lösung der Krise durch Viviani. Dies aber wird den Konflikt zwischen der Linken und dem Präsidenten verschärfen. Schon heute fragte Jaurès in der „Humanité“: Will Poincaré Rac Mahon spielen? Die Stellung der Sozialisten definiert Jaurès dahin, daß sie jede Verwirklichung des Programms von Bau unterstützen, dagegen gegen eine Politik der Schwäche und Zweideutigkeit mit jener Kraft eintreten werden, die das Ministerium Ribot vernichtete.

Combes hat abgelehnt.

Paris, 12. Juni. Viviani hatte auch Emile Combes ein Portefeuille angeboten, doch dieser hat es abgelehnt, weil er mit Viviani in der militärischen Frage nicht übereinstimmt, sondern treu an der Forderung nach Verkürzung der Dienstzeit festhält.

Die Presse über die Kammer Sitzung.

Paris, 13. Juni. Die konservativen und gemäßigten Blätter verurteilen die Haltung der Kammermehrheit aufs schärfste. Der „Figaro“ erklärt: Es ist eine bekannte revolutionäre Erscheinung, daß die politischen Parteien ihre eigenen Führer verabsäumen. Gegenwärtig scheinen die Sozialisten und die radikale Partei Herren der Lage. Sie übernehmen die Verantwortung für die Finanzen des Landes, für die äußeren Beziehungen Frankreichs, für die militärische Kraft und für die Ordnung im Innern. Wir werden sie am Werke sehen.

In der sozialistischen und der radikalen Presse kommt die lebhafteste Genugtuung zum Ausdruck: Jaurès schreibt in der „Humanité“: Durch diesen beispiellosen Sturz des Ministeriums und durch die mit ungeheurer Mehrheit angenommene Tagesordnung, welche die amtliche Gewalt zur Achtung vor der Wählerschaft auffordert, werden alle Völker erfahren, daß der republikanische Geist in Frankreich erwacht ist, und daß das republikanische und sozialistische Frankreich imstande ist, seine Wahlen im Sinne sozialer Gerechtigkeit und internationalen Friedens durchzuführen. Was wird nun das Wesen sein? Wird Poincaré den hartnäckigen Präsidenten spielen wollen und sich selbst vor die furchtbare Alternative stellen: Unterwerfung oder Revolution? Er muß jetzt ohne Aufschub Männer berufen, die entschlossen sind, mit aller Wehrheit der Linken furchtlos das in Bau vorgesehene finanzielle und militärische Programm zu verwirklichen. Die Sozialisten werden diesem Programm ihren vollen Beistand gewähren.

Die „Lanterne“ schreibt: Präsident Poincaré hat geglaubt, daß die neue Kammer Ribot ertragen werde; er hat sich darin getäuscht. Aber jetzt besitzt der Präsident einen bestimmten Fingerzeig. Die gestrige Abstimmung beweist, daß nur ein den Gruppen der Linken entnommenes Ministerium lebensfähig ist.

Das Abstimmungsergebnis.

Paris, 13. Juni. Die 306 Stimmen der Mehrheit in der entscheidenden Abstimmung über die Priorität der Tagesordnung Dalimier zählten sich zusammen aus 101 geeinigten Sozialisten, 23 unabhängigen Sozialisten, 178 geeinigten Radikalen und Radikalen und 4 von verschiedenen Gruppen.

Die 202 Stimmen der Minorität waren: 2 geeinigte Radikale, 63 Radikale, 3 Unabhängige Sozialisten, 59 linksrepublikaner, 55 Progressisten, 31 Mitglieder der Action Libérale, 13 von der Rechten und 36 Unabhängige, die fast alle auf das Programm der Rechten gewöhnt worden waren.

31 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Skandalöse Einmischung.

Paris, 13. Juni. (Nebung der Agence Havas.) Ein Artikel, welcher die „Vixhwija Wjedomochi“ heute abend veröffentlichte und der dem Kriegsminister General Suchomlinow zugeschrieben wird, erklärt unter Hinweis auf den Sturz des Ministeriums Ribot: Ribot werde sich niemals irgendeine Einmischung in die Angelegenheit eines fremden Staates erlauben, aber es könne kein gleichgültiger Zuschauer bei der langen Krise bleiben, welche die Regierung des bestreudeten und verbündeten Landes durchmache. Wenn das französische Parlament sich für berechtigt gehalten habe, gegen eine rein innere Angelegenheit Russlands aufzutreten, wie jene der militärischen Bestellungen, so könne die Frage, welche einen Streitpunkt zwischen den Parteien des französischen Parlaments bildet, aus einem viel fruchtigeren Grunde für Russland nicht gleichgültig bleiben. Diese Frage ist die dreijährige Dienstzeit, welche jetzt in Frankreich aufgeworfen wird. Bezüglich dieses Punktes könne Russland nur eine Meinung haben: Wir haben alles getan, wozu unser Bündnis mit Frankreich verpflichtet, und wir haben selbstverständlich das Recht, zu erwarten, daß auch unser Bundesgenosse seine Verpflichtungen erfülle. Man kennt im Auslande die ungeheuren Opfer sehr gut, die wir gebracht haben, um unsere Allianz eine außerordentlich imponierende Macht zu verleihen. — Der Artikel betont, daß diese Reform alles übersteigt, was in dieser Hinsicht jemals anderwärts getan wurde: Eine Vermehrung des jährlichen Kontingents um 130 000 Mann, Verlängerung der Dienstzeit in der Weise, daß gleichzeitig vier Jahressklassen unter den Waffen stehen, wodurch die Friedensstärke der Armee auf 2 300 000 Mann erhöht wird. Diese Forderungen dürfe keines Kommentars. Das ist ein Luxus, wie sich ihn bloß das große und mächtige Russland gestatten darf. Im weiteren

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Anzeigen 10 Pfg. Kleine Anzeigen, das sechsgehaltene Wort 20 Pfg. (ausdrücklich sechsgehaltene Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vergleiche der Artikel die Kontingente der deutschen Armee (880 000 Mann), der österreichisch-ungarischen Armee (300 000 Mann) und der italienischen Armee (400 000 Mann) und erklärt: Es ist deshalb nur natürlich, wenn wir uns für berechtigt halten, von Frankreich eine Puffer von 770 000 Mann zu erwarten. Aber dieses Kontingent kann nur unter der Bedingung erreicht werden, daß die dreijährige Dienstzeit aufrechterhalten wird. Der Artikel hebt sodann die von Rußland durchgeführte Verbesserung der Mobilisierung und den zu diesem Zweck unternommenen Bau eines Reges von strategischen Schienenwegen hervor, welche es gestatten würden, gleich zu Beginn des Krieges die ganze Armee nach dem Konzentrationspunkt zu werfen. Wir verlangen von Frankreich die Gegenleistung, und je mehr Truppen es in Friedenszeiten haben wird, desto leichter wird es dieses Ziel erreichen. Darum hoffen wir auch, daß es der französischen Regierung gelingen wird, den für Frankreich so notwendigen Dreijahresdienst aufrechtzuerhalten.

Der Artikel schließt mit folgendem, in fetten Letzern gedrucktem Satz: Frankreich und Rußland wollen den Krieg nicht, aber Rußland ist bereit und es hofft, daß Frankreich es gleichfalls sein wird.

Die griechisch-türkische Spannung.

Die Verfolgungen der griechischen Bevölkerung in Kleinasien haben die griechische Regierung zu Maßnahmen veranlaßt, die nur zwei Möglichkeiten offen zu lassen scheinen: entweder rasches Einlenken der türkischen Regierung oder Eröffnung der Feindseligkeiten. Da die Türkei und Griechenland keine gemeinsame Landgrenze mehr besitzen, würde der Krieg als Seekrieg geführt werden. Die griechische Regierung hat die Gelegenheit zunächst benutzt, um die Türkei in der bisher noch unregelmäßigen Inselfrage vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Ein Telegramm meldet:

Athen, 13. Juni. Das Amtsbüro veröffentlicht heute das Gesetz über die Abtretung der Insel Sossano an Albanien und ein königliches Dekret über die Annexion der Inseln Chios und Antifone durch Griechenland.

Nebenbei hat die griechische Regierung habe Entschädigungsansprüche gestellt und für den Fall der Nichterfüllung die Verantwortung für die Folgen abgelehnt.

Die Forderungen Griechenlands.

Konstantinopel, 13. Juni. An zuständiger Stelle verlautet, daß die griechische Gesandtschaft gestern Abend der Pforte eine Erklärung übermitteln habe, nach der die griechische Regierung für die an der Küste Kleinasiens weilenden griechischen Flüchtlinge bei Rückkehr in ihre Dörfer die Rückerstattung ihrer Güter sowie materielle Unterstützung verlangt habe, widrigenfalls die griechische Regierung die Verantwortung für die Folgen ablehne.

Darüber hat die griechische Regierung als Entschädigung für die Verluste des hellenischen Staatsangehörigen Tritupis 10 000 und für Parisis 1000 Pfund verlangt.

Die Flüchtlinge.

Athen, 13. Juni. Gegenüber der türkischen Behauptung, daß nur 10 000 Griechen aus eigenem Antriebe gegen den Willen der türkischen Behörden ausgewandert seien, stellt die Agence d'Athènes fest, daß 20 000 Griechen sich bereits auf Chios und Antifone befänden und 50 000 andere an der kleinasiatischen Küste auf eine Gelegenheit warteten, um den Verfolgungen der türkischen Behörden zu entgehen.

Türkische Meldungen.

Konstantinopel, 13. Juni. Der „Tanin“ meldet aus Smyrna: Die griechischen Einwohner des Dorfes Kara-Durum haben die Zollwächter und Gendarmen angegriffen, welche gemäß dem Ausfuhrverbot den Transport einer Hammelherde nach der Insel Chios verhindern wollten. Ein Zollbeamter und zwei Gendarmen wurden getötet, zwei andere verwundet; sieben Beamte werden vermisst. Ein in der Nähe freiziehendes griechisches Torpedoboot lenkte aus, welche das Boot und die Angreifer nach Chios brachten. Ein türkisches Kanonenboot wird nach Kara-Durum abgehen.

Eine schwere Anklage.

Aus Antifone erhalten wir folgendes, im Namen von 30 000 Flüchtlingen angefaßtes Privattelegramm, das wir mit Vorbehalt wiedergeben:

Alle Christen aus den Distrikten von Odre mit (an der kleinasiatischen Küste) haben sich nach Verwüstung ihres Landes durch Wahsidojans nach Antifone geflüchtet. Ihre Kirchen sind entweiht, ihre Häuser geplündert, Frauen und Mädchen geschändet und friedliche Einwohner mit Zustimmung der türkischen Behörden niedergemetzelt worden. Schmerzlich bewegt bekunden wir der zivilisierten Welt diese türkischen Grausamkeiten und protestieren im Namen der Menschlichkeit gegen diese ungerechtfertigten barbarischen Verfolgungen. Wir bitten um das energische Eingreifen der europäischen Regierungen, die allein die christliche Bevölkerung, ein wichtiges Element für den Fortschritt der Zivilisation im Orient, vor einer vollständigen Katastrophe bewahren können.

Sturmsszenen im Dreiklassenparlament.

Unmittelbar vor der großen Sommerpause ist es im preussischen Junkerparlament noch einmal zu heftigen Zusammenstößen zwischen unseren Genossen und der reaktionären Mehrheit gekommen. Den Anlaß dazu boten zwei Anträge auf Einstellung von Strafverfahren. Im ersten Fall handelte es sich um ein Strafverfahren gegen den konservativen Abgeordneten Hammer. Der alten parlamentarischen Praxis entsprechend hat die Geschäftsordnungs-Kommission beantragt, das Haus möge die Einstellung des Verfahrens für die Dauer der Session beschließen. Gegen diesen Antrag wandten sich — die Konservativen! Herr von Wittfurth beantragte in ihrem Namen, das Verfahren gegen den eigenen Parteigenossen nicht einzustellen, sondern „der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen“. Diefem Antrag schlossen sich nicht nur die Freikonservativen, sondern auch das Zentrum und die Nationalliberalen an. Zu „Begründung“ dieses selbstamen, allem parlamentarischen Brauch im Gesichtschlagenden Verfahrens führten die Herren an, daß Herr Hammer selbst den Wunsch zu erkennen gegeben habe, das Verfahren gegen ihn möge seinen Fortgang nehmen. Diese auffallende Sehnsucht des Herrn Hammer, vor den Schranken des Gerichts zu erscheinen, ist

aber sehr jungen Datums: erst wenige Stunden vor der Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhauses war sie ihm gekommen und offenbar nicht ohne kräftige Nachhilfe seiner Parteifreunde.

Am Freitag war nämlich der Antrag unserer Fraktion im Hause verteilt worden, auch gegen Liebknecht Schwabens Strafverfahren einzustellen. Diesen Antrag, der gleichfalls auf der Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung des Hauses stand, wollten die Konservativen unter allen Umständen zu Fall bringen; es war aber unmöglich, im Fall Liebknecht die parlamentarische Immunität außer Kraft zu setzen, nachdem man sie fünf Minuten vorher dem Abgeordneten Hammer zugebilligt hatte. Damit man den verhassten Liebknecht treffen könne, mußte man also Herrn Hammer preisgeben. Man konnte sich diesem komödiantischen Lustspiel einer scheinbaren „Unparteilichkeit“ in diesem Falle um so eher leisten, als es sich bei Herrn Hammer um ein ganz belangloses Privatverfahren handelt, während bei dem Verfahren gegen Liebknecht ein allzu brutaler politischer Verfolgungslust in Frage kommt. Es ist nämlich noch immer die alte Denunziation wegen Vandalenbeleidigung, die Liebknecht vor vier Jahren auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 begangen haben soll. Diese angebliche Beleidigung hatte damals ein ehrenwerter Berufskollege Liebknechts, ein gewisser Herr Schwabe, zum Gegenstande einer Denunziation bei den ehrengerichtlichen Instanzen gemacht zu dem erhabenen Zweck, Liebknecht aus dem Anwaltsstande zu entfernen. Der Reichstag hat seinerzeit einstimmig die Einstellung des Verfahrens für die Dauer der Session beschlossen und ebenso hat sogar — allerdings gegen den lebhaften Widerspruch der Konservativen — das Abgeordnetenhaus selbst schon einmal entschieden, nämlich in einer Sitzung vom 4. Mai 1911. Damals war die Frage staatsrechtlich und juristisch nach allen Richtungen hin aufs gründlichste erörtert worden. Es lag daher jetzt nicht der allermindeste Grund vor, die Angelegenheit in der das Haus bereits einmal materiell entschieden hatte, nochmals der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. Trotzdem stellten die Konservativen einen entsprechenden Antrag, und sowohl die Freikonservativen wie auch die Nationalliberalen und das Zentrum stimmten diesem Antrage zu. Der offensichtlich Zweck der Uebung war, die ganze Sache über den Sommer hinaus zu verschleppen, damit inzwischen das Verfahren gegen Liebknecht ungehindert seinen Fortgang nehmen könne. Unsere Genossen Adolf Hoffmann und Haenisch geißelten dies Verfahren der Mehrheit in scharfen Worten und es kam zwischen ihnen und den Rednern der bürgerlichen Parteien zu heftigen Zusammenstößen.

Als bössartiger Reaktionsbewährer sich auch hier wieder Herr v. Krüger, der ehemalige Präsident, der sich sonst monatelang an den Verhandlungen des Hauses nicht beteiligte, aber hier sofort auf den Plan trat, wo es galt, einen unbequemeren politischen Gegner materiell aufs schwerste zu schädigen. Schließlich wurde gegen die Stimmen unserer Fraktion, der Polen und der Freisinnigen in der Tat im Sinne des konservativen Antrages beschlossen, das heißt mit derselben Mehrheit, die unmittelbar vorher im Falle Hammer die oben gekennzeichnete „Parität“ komödie aufgeführt hatte.

Am Schlusse der Sitzung kam dann die Angelegenheit Liebknecht noch einmal zur Sprache. Die Mehrheit hatte nämlich unter sich vereinbart, am Sonnabend schon die sachlichen Beratungen des Hauses zu schließen, den Montag Sitzungsfrei zu lassen und am Dienstag nur noch eine rein formelle Schlußsitzung abzuhalten. Gegen diese Absicht erhoben unsere Genossen den schärfsten Widerspruch. Genosse A. Hoffmann verlangte in einer schneidigen und durch Ordnungszustand des Präsidenten ausgezeichneten Geschäftsordnungsrede im Namen der Fraktion, daß sowohl am Montag wie auch am Dienstag noch verhandelt werde. Sind doch einige der allerwichtigsten Materien einfach unter den Tisch gefallen! Vor allem der Wahlrechtsantrag der Fortschrittler (unser Fraktion ist beunruhigt zu sein, um selbständige, materielle Anträge zu stellen), dann der Dissidenten-Finderantrag der Nationalliberalen zahlreiche sehr wichtige Petitionen und vieles andre!

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Mehrheit weder für die Behandlung des Wahlrechtsantrages noch des Dissidenten-antrages zu haben war. Auch der Freisinn schlug sich hier wieder einmal auf die Seite der Reaktion. Sein Wortführer Lippmann bewies die ungläubliche Verschissenheit (um keinen schärferen Ausdruck zu brauchen), sich mit der Versprechung der Mehrheit abzugeben zu lassen, daß der Wahlrechtsantrag im Herbst verhandelt werden solle. Und so stimmte denn der Freisinn dagegen, daß sein eigener Antrag „schon“ jetzt auf die Tagesordnung gesetzt würde! Es gelang nur, durchzusetzen, daß am Dienstag noch die Angelegenheit Liebknecht vor der offiziellen Beratungszeremonie erledigt werden soll.

Der Hauptteil der Sitzung war ausgefüllt worden durch die Verhandlung der ersten Lesung des Fideikommissgesetzes. Es sprach die zweite Garnitur der bürgerlichen Fraktionsredner; trotzdem die meisten von ihnen unseren Redner vom Freitag, den Genossen Hofer, scharf angegriffen hatten, wurde diesem, der allein noch auf der Rednerliste stand, das Wort zur Erweiterung abgelesen. So blieb das Haus bis ans Ende seiner üblen Verworfenheit treu, die stärkste Partei des Landes mumbot zu machen. Die Vorlage wurde schließlich einer Kommission überwiesen.

Politische Uebersicht.

Der Lebensnerv des Staates.

Zur Entscheidung über die Revision, die gegen das Frankfurter Urteil gegen die Genossin Dr. Rosa Luxemburg eingelegt worden ist, hat das Reichsgericht Termin auf den 27. Juni anberaumt. Es handelt sich um die empfindend hohe Verurteilung zu einem Jahre Gefängnis, die erfolgte, weil die Genossin nach der vor der Frankfurter Strafkammer vorgelegten Ansicht des Staatsanwalts durch zwei Reden den „Lebensnerv des Staates“ beinahe völlig zerschneiden habe.

Zwei Tage später, am 29. Juni, soll sich die Genossin vor der heftigen Strafkammer verantworten, weil sie Begleiterscheinnungen des „Lebensnervs des Staates“, nämlich Militärmitzhandlungen, abfällig kritisierte. Sie soll geduldet haben, Soldatenmitzhandlungen seien in Deutschland an der Tagesordnung. Dadurch sollen alle Offiziere und Unteroffiziere, denen Untergebene Gehorsam schulden, beleidigt sein. Weshalb beleidigt, das ist uns noch ein Rätsel.

Abgefangen.

Eine Jubiläumstagung — der Hansabund besteht fünf Jahre! — hat Herr Nieker in Köln arrangiert, um sich und seinen Hansabund in Erinnerung zu bringen. Der Hansabund hat, seitdem er auf die Koalitionsrechtshege der Konservativen hereingefallen war, auch den letzten Rest seines Ansehens in den Angestelltenkreisen verloren und die Rede seines Präsidenten bestätigt nur, daß von diesem Zwitter-

gebilde nicht das Geringste zu erwarten ist. Niekers Führungen waren das übliche Einerseits-Andererseits-Blabla der Nationalliberalen. Er ist gegen einen lückenlosen Zollerzatz, aber für den notwendigen Zollschutz der landwirtschaftlichen Industrie. Gegen den völligen Stillstand der Sozialpolitik, aber auch gegen die Fortführung in dem bisherigen Tempo, denn vor allem anderen kommt die Konstruktivfähigkeit der Industrie. Er ist für die Reform des preussischen Wahlrechts, aber die Einführung der direkten und geheimen Abstimmung würde ihn schon völlig zufrieden stellen. Und dieser Mann, der einst auszog, um die Agrardemagogie zu bekämpfen und das liberale Bürgertum zum Sieg und zur Macht zu führen, ist jetzt bereit, sich billig zu verlegen. Die Staatsleitung soll „paritätisch“ aus Mitgliedern der bürgerlichen konservativen Parteien, des Zentrums und der beiden liberalen Parteien zusammengesetzt werden. Dann will auch Herr Nieker mit gesammelter Kraft über die Sozialdemokratie herfallen. Mit diesem dummen Biss endet der Mann, der einst als eine neue Hoffnung des Liberalismus begrüßt wurde. Von allen seinen Ausführungen klingt nichts entschieden, die öde Scharfmacherlei gegen die radikalen Angestelltenverbände. Alles übrige war müde Resignation.

Nicht eine Jubiläums-, sondern eine Leichenrede hat Herr Nieker gehalten.

Das Urteil im Mülhauser Polizeiprozess.

Am Freitag in später Abendstunde wurde der angeklagte Medakteur der „Mülhauser Volkszeitung“, Gerstoffe Galle, nach fünfjähriger Verhandlung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß die Arbeiter zu ihrer Ansicht über die Firma Berger und die Gültigkeit des Mülhauser Lohnartikels berechtigt gewesen, daß aber auch der Firma Berger kein Verstoß zu machen sei, wenn sie annahm, daß sie aus der Firma den Mülhauser Lohnartikel nicht zu zahlen brauche. Die Gendarmerie hätte sich ruhig und mäßig verhalten, dazwischen könnte von der Polizei gesagt werden. Allerdings seien einige Ausnahmefälle bei der Polizei zu verzeichnen. Die rohe und ungezähmte Sprache in dem Artikel habe bei der Polizei und Bevölkerung aufreizend gewirkt. Dem Angeklagten müsse zugute gehalten werden, daß er geglaubt habe, für eine gute Sache zu kämpfen. Der Angeklagte wird in Berücksichtigung dessen wegen öffentlicher Beleidigung des Mülhauser Polizeipräsidenten und seiner Beamten zu drei Monaten Gefängnis und Tragung familiärer Kosten verurteilt. Dem Polizeipräsidenten wurde die Publikationsbefugnis in fünf Mülhauser Zeitungen zugesprochen.

Wahrworte des Kölner Kardinals.

Die katholische Kirche versteht, die Heiligen Schriften durch prunkvolle Feste zu veranschaulichen. Diefem Zweck diene auch die Feier des in Rom zum Kardinal ernannten Kölner Erzbischofs v. Hartmann. Seine Rheinfahrt als ein Triumphzug, und in Köln feiernden die Kardinalskollegen mehrere Tage. In großen Behauptungen versicherten die Führer der „Kölner“ Richtung, der Kardinal nicht gerade sympathisch gegenübersteht, die Angeordneten Leimborn und Marx, daß sie ihren Oberhirten wie einen Vater lieben und verehren, für ihn beten und sich seiner Leitung anvertrauen wollen. Aber der Kardinal ließ sich nicht zwischen den betäubenden Cautionen nicht zu einem Worte der blinden Gehorsam mündenden Zentrumsführer hinreißen. Nur Rohnungen zur Glaubensstärke hängen an ihre Lippen. „Lassen wir uns dieses kostbare Gut, das kostbarste, was wir haben, nicht rauben und nicht beeinträchtigen. Wir sind vor dieser Gefahr geschützt, wenn wir uns nicht an die heiligen Väter, seinen Worten lauschen, seinen Lehren folgen als treue, gehorsame Söhne. Man sagt wohl: An einem Königswort soll man nicht denken; das gilt erst recht von einem Papstwort. Der Papst spricht klar und deutlich. Und wenn wir ihm folgen, gehen wir nicht in die Irre; dann stehen wir auf dem Felsen, der nicht wankt und weicht, wenn auch Sturm und Wetter toben, dann stehen wir auf dem Felsen, an dem das Karrenschiff der Zeit gerichtet wird.“

Legen wir darum heute Abend, wie der verehrte Herr Jeschke uns aufgefordert hat, zu den Füßen des Statthalters Christi das Gelübnis nieder: Heiliger Vater, was du lehrst, das glauben wir mit unerschütterlicher Festigkeit, was du uns befehlst, das beobachten wir mit kindlicher Sorgsamkeit; die sind wir erbeben mit Herz und Mund bis zum letzten Augenblick unseres Lebens. Das Gelübnis wird dem heiligen Vater Freude machen, und er wird seine Kölner Kinder dafür segnen.“

Diese Rohnungen sind am Zentralsitz des „Kölner“ Zentrums und der christlichen Gewerkschaften klar und deutlich, und nicht unbedeutend ist die folgende Warnung:

„Kindlein, hebt einander.“ Dies Wort könnte man heute auch manchem katholischen Christen zurufen. Vergesse in den Meinungsverschiedenheiten und in den Gewissenskämpfen der Gegenwart die christliche Nächstenliebe nicht, vermeide alles Persönliche, Eiters-Geschäftige. Das baut nicht auf, das zerstört. Im Sturm ist nicht der Herr — sondern im sanften Wehen des h. Geistes.

Im Zentrumskreis und im Gewerkschaftskreis ist wahrlich vom „sanften Wehen des heiligen Geistes“ wenig zu hören, und die „Kindlein“ Oppendorff und Siegenwald bedürfen sehr des Wortes „Liebet einander“. Eben erst ist der „Vollstrecker“ in Trier, ein Zentrumskreis Kölner Richtung, verurteilt worden, weil er den „Berliner“ Zentrumsgewerkschaften Kohnmann „eines Gewürms“ genannt hat. Das ganze Zentrum darf singen: „Kommt, heiliger Geist, lehr' bei uns ein“, und doch wird man von seinem „sanften Wehen“ nichts merken.

Die Reichstagsverfassungswahl in Koburg.

findet in vier Wochen, am 10. Juli, statt. Die rechtsstehenden Parteien suchen unter dem Deckmantel „Nationalliberal“ im trüben zu fischen. Der Amtsgerichtsrat Dr. Stoll in Koburg ist national-liberaler Kandidat. Was für ein Akt Liberalismus er aber vertritt, zeigt sich in der Bekämpfung seines fortschrittlichen Gegenkandidaten, des Puppenfabrikanten Arnold aus Neustadt, der wieder einmal das Opfer des Durchfalls auf sich nimmt. Der Herr Arnold ist ganz unglücklich darüber, daß er beinahe jetzt mit dem Sojale in einen Topf geworfen wird, wo er doch vor einigen Jahren, zum Gaudium für die Biggblätter, alleruntertänigst dem Herzogpaar seine Glückwünsche für den Erbprinzen darbrachte, der erst einige Tage später geboren wurde. Und nun kommt noch dazu, daß die Bürgerlichen sich schon jetzt dahin verständigt haben, zwar getrennt zu kandidieren, dann aber — wenn es nämlich zur Stichwahl kommt! — die Sozialdemokratie vereint zu schlagen. Das soll sogar so eine Art nationale Geburtstagsgabe für den Herzog werden; deshalb will man die Stichwahl schon am 17. Juli stattfinden lassen, damit man ihm dann den Sieg der nationalen Sache auf den Geburtstagstag legen kann. Verständig haben die Herrschaften aber noch eine Höhenangst, weil sie befürchten, das Koburger Volk könnte in seiner Mehrheit als Leittung für die absolutistischen Reigungen, die ja die Veranlassung zu dieser Verfassungswahl gegeben

Neu eröffnet!
Charlottenburg
 Wilmersdorferstr. 118-119

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr. 118-119
 Verkauf nicht an Wiederverkäufer

Unser

Saison-Ausverkauf

beginnt Montag den 15. Juni

Porzellan

weiss

Abendbrotteller	12 Pf.
Kompotteller	6 Pf.
Saucieren mit Teller	38 Pf.
Kaffeekannen für 6 Personen	38 Pf.
Teekannen ca. 4 Tassen Inhalt	25 Pf.
Untertassen	2 Pf.

Tafel-Serien-Geschirr
 Festonform, mit Goldrand und Linie

Speiseteller tief	33 Pf.	Saucieren	85, 98 Pf.
Speiseteller flach	28 Pf.	Suppenterrinen hohe od. ovale Form	2.95
Abendbrotteller	18, 23 Pf.	Kartoffelschüsseln mit Deckel	2.45
Kompotteller	15 Pf.	Bratenplatten gross	95, 1.65
Grätenteller	12 Pf.	Salatieren gross	95 Pf.

dekoriert

Kuchenteller mit Blumendekor	20 Pf.
Obstkörbe oval, m. durchbrochenem Rand, moderne Dekore	95 Pf.
Teekannen für 6 Personen, mit reichem Golddekor	85 Pf.
Milchtöpfe ca. 1/4 Liter Inhalt	22 Pf.

10.000 Speiseteller Stück	12, 15 Pf.
10.000 Kaffeetassen Stück	5 Pf.
10.000 Milchtöpfe in diversen Gröss., Stück	5 Pf.

Steingut

Bratenplatten oval	15, 28 Pf.	Küchengerät „Memel“ mit modernem blauen Dekor	
Butter- o. Schmalzdosen Majolika-artig	58 Pf.	Vorratsstollen	42 Pf.
Waschserviceschüsseln gross	95, 1.25	Gewürztönnchen	15 Pf.
Waschservicekannen gross	45, 68 Pf.	Essig- oder Oelflaschen	42 Pf.
Abendbrotteller in verschied. Grössen, weiss oder bunt	4 Pf.	Salz- oder Mehlresten	68 Pf.
Blumenkübel gross, imitiert Terrakotta	95 Pf.	Milchtöpfe	Satz 6 Stück 1.65

10.000 Speiseteller m. reichem Goldstem-pel-Dekor Stück	22 Pf.
3000 Abendbrotteller m. reichem Goldstem-pel-Dekor Stück	18 Pf.
10.000 Kaffeetassen hohe Form, m. Goldband u. Linie, Paar	20
1000 Bratenplatten oval, m. reich. Goldst.-Dek., bis ca. 40 cm	95 Pf.

50.000 Speiseteller tief o. flach Stück	5, 7 Pf.	15.000 Kummern versch. Gröss. Stück	2, 4 Pf.	1000 Satz Schüsseln Seck. Form, hübsch dek., Satz 6 Stück	98 Pf.
---	----------	-------------------------------------	----------	---	--------

Bade-Artikel

Bade-Trikots für Damen oder Herren schwarz-weiss gestreift	1.75, 1.95, 2.25
Bade-Trikots für Damen oder Herren schwarz oder marine	1.50, 1.70, 1.95
Bade-Trikots für Kinder, einfarbig oder gestreift	65, 75, 95 Pf.
Bade-Anzüge für Damen aus gestreiftem Perkal	1.45, 1.70, 2.10

Bade-Mäntel weiss oder creme Frottiertuch	3.50, 4.95 mit 6.50, 7.50
Frottier-Laken für Kinder	1.25, 1.65
Frottier-Laken aus weissem Krüselstoff, für Erwachsene	2.20, 2.70, 3.95
Frottier-Handtücher mit Jacquard-Kante, ca. 53x118 cm	85 Pf.

Frottier-Laken aus bunt. Krüselstoff	2.95, 3.75, 4.50
Frottier-Handtücher	45, 65, 75, 95 Pf.
Bade-Kappen aus Gummistoff	45, 55, 75, 95 Pf.
Bade-Kappen Satin, garniert	95, 1.35, 1.50

Spitzen

Spachtelstoff ca. 45 cm breit, für Blusen oder Einsätze	48, 95, 1.95 Meter
Makraméstoffe ecru, neue Muster	1.95 Meter
Leinene Klöppelspitzen imitiert Handarbeit	12, 20, 28 Pf. Meter
Baumwoll-Klöppelspitzen imitiert Handarbeit	3, 5, 8 Pf. Meter
Schweizer Stickerei -Ein- od. Ansatz in vielen Breiten und Mustern	75, 95, 1.45 ca. 4.10-Meter-Kupon
Voile-Volants für Kinderkleider	1.45, 1.95 Meter
Voile-Volants reich bestickt, ca. 120 cm breit	2.95, 3.95 Meter

Gardinen

Gardinen weiss oder creme, Fenster, 2 Flügel	2.45, 3.95
Künstler-Gardinen moderne Muster, 2 Flügel, 1 Querbehang	3.85, 5.25
Satin-Steppdecken doppelseitig, ca. 160x200 cm	7.95
Kattun-Steppdecken	2.95, 3.85
Wachstuch-Barchent-Tischdecken, Grösse ca. 100x115 cm	98 Pf.
Linoleum Läufer ca. 67 cm Meter	98
Linoleum Läufer ca. 90 cm Meter	1.35
Gardinen-Muster u. -Abschnitte	68 Pf. Stück

Herren-Artikel

Oberhemden ungewaschen, weiss, mit Piqué-Falten-Einsatz	1.95
Oberhemden farbig, durchgehend Perkal, mit festen Manschetten, mod. Dess.	1.95, 2.95
Herren-Strohhüte Panama-imitation, mit farbiger Garnitur	1.65
Knaben-Strohhüte Panama-imitation, mit farbiger Garnitur	1.45
Herren-Sport-Mützen englisch gemustert	85 Pf.
Hosenträger aus prima Band, mit auswechselbaren Gummiteilen	95 Pf.
Westengürtel schwarz Rippe od. farbig gemust.	95, 1.25
Selbstbinder Reine Seide, moderne Dessins	1.45
Wasch-Sudwester für Damen, in verschied. Farben	1.45

4 Serien Damenstrümpfe u. Herrensocken ganz besonders billig Paar **28, 38, 58, 95 Pf.**

Kindersöckchen 28 Pf.
 schwarz, lederfarbig, weiss, hell oder dunkel-gründig gemustert, alle Grössen ... Paar

5000 Trikotagen
 ganz bedeutend unter regulärem Preis, Herrenhemden, Hosen und Jacken ... Stück
 Serie 1 1.15 Serie 2 1.65

Kindersöckchen 48 Pf.
 mit Wollrand, verschied. Farben, mit modern gemusterten Rändern, alle Grössen ... Paar

Schuhwaren

Halbschuhe f. Damen, in verschied. Leder-sorten, schwarz oder braun	6.75	Stoff-Schnür- od. Knopfschuhe für Damen, weiss	3.75	Leder-Reiseschuhe biegsam	2.45 für Damen	2.95 für Herren
Schnür-Stiefel für Damen, Chevreau, schwarz	7.75	Chevreau-Schnür-Stiefel braun f. Herren	8.75	Tennis-Schuhe aus weissem Segeltuch, für Damen	2.95	3.50 für Herren
Stoff-Pumps weiss, für Damen	3.25	Stoff-Reise-Schuhe mit Ledersohlen, für Damen	1.75	Rindleder-Sandalen mit festen Sohlen und Absatzfleck	2.90	3.35 3.95 4.75 5.50
Segeltuch-Turnschuhe mit Chromledersohlen, grau, braun, schwarz	1.50 1.90 2.40 2.80	Weisse Stoffschürstiefel für Kinder mit Lederabsatz	2.75 3.50 4.25 4.75			

Gewerkschaftliches.

Das Arbeitsbuch als schwarze Liste.

Wer in das Arbeitsbuch Eintragungen zur Kennzeichnung des Arbeiters macht, wird bestraft. Dennoch wird im Zwickauer Bergbau das Arbeitsbuch in der angegebenen Weise mißbraucht. Um aber den Strafbestimmungen eine Nase zu drehen, haben die Unternehmer einen schlaun Kniff erdacht. Bekanntlich muß das Arbeitsbuch Eintragungen über die Art der Beschäftigung, über Antritt und Austritt aus der Beschäftigung enthalten. Die gelben Bergknappenvereiner schmüßeln nun in allen Grubenenden herum, um jede Erlaubnis, gegen die Arbeiter etwa zu verwerfende Aufzählung zum Gegenstand einer Denunziation bei der Betriebsleitung zu machen. Die Opfer dieser Gefummungsrieche werden dann als Tagelöhner weiterbeschäftigt. Bei dieser Arbeit wird ein bedeutend niedrigerer Lohn erzielt als in der Grube. Und wenn dann der Arbeiter diese Strafarbeit verläßt und in einer anderen Grube Beschäftigung zu finden sucht, dann findet der neue Obersteiger, daß der Mann als Grubenarbeiter eingestellt und als „Tagelöhner“ entlassen worden ist und der dadurch als Agitator und Verbandsfreund gebildete Arbeiter wird bei der Nachfrage nach Arbeit abgewiesen.

Auf einem Reinsdorfer Werke war ein junger Bergarbeiter von einem gelben Denunzianten belauscht worden, wie er seinen Arbeitskameraden fragte, ob er nicht auch im Verband sei. Als Strafe dafür wurde der junge Mann „über tags“ verlegt, damit er durch knappen Lohn zur Reue und zur gelben Gesinnung gebracht werde. Er zog aber vor, diese Erziehungskur abzuschütteln und ging. Er fand keine Arbeit im Bergbau und arbeitete darum in einer Ziegelei. Nach einiger Zeit versuchte er sein Glück, Arbeit im Bergbau zu finden, aufs neue. Als er auf einem Schachte dem Obersteiger sein Arbeitsbuch vorlegte, wies ihn dieser nicht kurzerhand ab, sondern beging die Unkeuschheit zu fragen, warum er (der Arbeiter) „über tags“ verlegt worden sei, was er denn getan habe. Als der Arbeiter ihm sagte, er sei über tags in der Grube gewesen, sagte der Obersteiger, daß er das nicht glaube und erst telephonisch Erkundigung einziehen müsse. Daraufhin wurde der Arbeiter dann abgewiesen. So ist der Zweck der Übung bekannt geworden.

Der mißliebige oder rot anzukreuzende Arbeiter wird „über tags“ verlegt. Wird er gelb, kommt er wieder in die Grube, hat er aber Charakter und geht seiner Wege, dann dient das durch das Wort „Tagelöhner“ zum Urteilsbrief gewordene Arbeitsbuch zu seiner Kennzeichnung. Die volljährigen Arbeiter aber, die das Arbeitsbuch nicht mehr brauchen, können dieser Vorkottierung ebenfalls nicht entgehen, denen wird sie auf den Abfahrtschein geschrieben. So wird der Arbeiter gezwungen, die ihn ächtende schwarze Liste selbst in der Tasche herumzutragen und ahnungslos den Unternehmern das Material gegen sich selbst in die Hände zu geben.

Den Leuten, welche nach gesetzlichen Maßnahmen gegen den Terrorismus schreien, sei dieser Fall, der ja nicht ver einzelt dasteht, zur Beachtung empfohlen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Holzbildhauer

ist zur Tat geworden. Mit derselben Einmütigkeit, mit der der Streik beschlossen, ist er auch durchgeführt worden, und dürfte die

Arbeitgeber endlich überzeugt haben, daß die Bildhauer eingeschlossen sind, alles an die Durchsetzung dieser so notwendigen Forderung, der achtstündigen Arbeitszeit, zu setzen.

Der große Saal im Gewerkschaftshause war am Sonnabendvormittag mit Streikenden gefüllt, um die zur Durchführung des Streiks nötigen Bestimmungen zu treffen. Die Kontrolle der einzelnen Werkstätten zu erleichtern, werden 14 Bezirksbüros in den verschiedenen Stadtteilen eingerichtet, in denen sich die streikenden Kollegen am Montagvormittag von 9-10 Uhr zu melden haben. Lebhaften Beifall löste die Mitteilung aus, daß bereits 15 Werkstätten, darunter 2 Tischlereien, die volle Forderung bewilligt haben. Mit zwei großen Betrieben dürfte ebenfalls in den nächsten Tagen eine Einigung erzielt werden.

Die Kollegen werden noch einmal aufmerksam gemacht, daß Arbeitgeber, welche die Forderung anerkennen wollen, stets an die Streikleitung im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal II, Telefon Nr. 6330, Roringsplatz, zu weisen sind, da die Bezirksbüros nur der Kontrolle dienen.

Lohnbewegung in den Damenhutfabriken.

Wie in anderen Gewerbebezügen hemmen auch die Unternehmer der Damenhutfabriken die schlechte wirtschaftliche Konjunktur, um Lohnabzüge vorzunehmen. Diese Abzüge betragen zum Teil bis zu 50 Proz. Der Verband der Hut- und Hütwarenarbeiter mußte infolgedessen eingreifen und es haben dieserhalb Verhandlungen stattgefunden mit den betreffenden Unternehmern. Es wurde hierbei auch ein Resultat erzielt, mit dem die in Betracht kommenden Arbeiter aber nicht zufrieden sind. Vornehmlich ist es die Firma Cohn, Köpenicker Str. 126, wo die Differenzen an der Tagesordnung sind, und mit deren Zugeständnissen im jetzigen Falle die Arbeiter sich durchaus nicht begnügen wollen, da die Reduktionen bei weitem noch nicht ausreichen.

In einer Versammlung, die am Freitagabend stattfand, kam die ganze Empörung über die Maßnahmen der Arbeitgeber zum Ausdruck und sämtliche Redner erklärten, daß man sich Abzüge auf keinen Fall gefallen lassen werde. Es müsse heißen: bis hierher und nicht weiter!

Zuletzt beschloß die Versammlung einstimmig, daß in dieser Saison keine Arbeit unter 30 Pf. gemacht werden dürfen.

Rein soziales Verständnis.

Das im höchsten Grade unsoziale Verhalten der Betriebsleitung den Arbeitern gegenüber wurde in einer zahlreich besuchten Versammlung der in der Laternenfabrik von F. F. A. Schulze, Fehrbelliner Straße, beschäftigten Arbeiter scharf gebrandmarkt. Wie aus den Ausführungen der Redner hervorging, hatte die Firma an eine Abteilung des Anstimm gestellt, sich mit einer Preisreduktion einverstanden zu erklären. Dieses eigenartige Verlangen begründete sie damit, daß gegenwärtig ein stauer Geschäftsgang sei, die Firma aber einen größeren Auftrag von der Militärverwaltung bekommen könne, wenn sie billig liefere. Natürlich lehnten die befragten Arbeiter dieses Anerbieten ab, zumal ihr Verdienst wegen der viel zu niedrigen Preisalkulationen schon dürftig genug ist. Die Betriebsleitung aber schritt nun zu Arbeiterentlassungen. Anstatt wie es von einem Firmeninhaber richtig wäre, der sich wiederholt schon seines sozialen Empfindens gerühmt hat, durch Verlängerung der Arbeitszeit über die stauende Zeit ohne Entlassungen hinwegzukommen oder doch nur zeitweise die momentan überflüssigen Kräfte aussetzen zu lassen, greift man zu dem rigorosesten Mittel. Was aber als ganz besonders rückwärtslos empfunden wird, ist die Tatsache, daß Arbeiter entlassen wurden, die zum Teil schon zehn Jahre ihre besten Kräfte der Firma geopfert haben. Die Krone setzt jedoch Meister Haase dem verwerflichen Gebaren auf, indem er nur Organisierte hinauswirft. Und doch hätte dieser Herr alle Ursache, recht viel lange Zurückhaltung zu üben.

Alle diese Dinge und viele Einzelheiten dazu wurden in der Versammlung scharf gegeißelt und in einer einstimmig genehmigten Resolution wurde unerschrocken zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterchaft der Firma nicht willens ist, länger in summier Duldbarkeit zu verharren. Wenn die Firma den Kampf will, die

Arbeiterchaft wird davon nicht zurückschrecken. Zunächst aber wird die Betriebsleitung Gelegenheit bekommen, durch Verhandlungen die begangenen Fehler wieder gut zu machen.

Niederlage der Gelben. Die Arbeiterauswahlwahl in den südlichen Gastwerken in Charlottenburg brachte nach einem mit beispielloser Festigkeit geführten Wahlkampf den Gelben eine vollständige Niederlage. Bei einer Wahlbeteiligung von 75 Proz. erhielten die Kandidaten des Gemeindefacharbeiterverbandes 381 Stimmen, der schwarz-blau-gelbe Mischnach 184 Stimmen. Der Arbeiterauswahl befindet sich jetzt vollständig in den Händen der organisierten Arbeiter. Die Gelben verloren seit Dezember circa 100 Stimmen. Das Resultat ist um so erfreulicher, als gewisse Stellen der Verwaltung mit aller Energie für die Dreifarbenleute eintreten.

Zur Aussperrung bei der „Dreiteilung“.

Wenn die Geschäftsleitung auch heutigen Tages noch erklärt, in ihrem Betriebe gehe jetzt alles seinen geregelten Gang, so bemerken wir, daß dieses nicht zutrifft. Hat man sich doch in der letzten Woche wiederholt bemüht, einige der alten Arbeiter zu veranlassen, wieder in den Betrieb hineinzukommen; ein Zeichen dafür, daß sie nicht in der Lage ist, mit den zurzeit Beschäftigten ihren Betrieb aufrecht zu erhalten zu können.

Die Aussperrten selbst erklären, daß sie gewillt sind, eben so geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen, als wie sie aufs Straßenpflaster gesetzt wurden.

In den einzelnen Stadtvierteln liegt in vielen Häusern das Pflaster immer noch so, daß es wirklich doch mal Zeit wäre, dort abzuholen zu lassen. Wundern müssen wir uns, daß die Hauswirte der betreffenden Häuser sich diese unholbaren Zustände so lange gefallen lassen. Es scheint demnach so, als wenn die kräftigen Arbeiter, die die Firma schon glaubte vor vierzehn Tagen abweisen zu müssen, immer noch nicht eingetroffen sind.

Die Arbeitswilligen selbst sind mit den neu eingeführten Bedingungen nicht zufrieden. In der letzten Zeit haben dieselben wiederholt Sitzungen abgehalten, um zu den jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen Stellung zu nehmen. Daß dieselben auch damit nicht zufrieden sind, geht daraus hervor, daß eine große Anzahl derselben den Betrieb schon wieder verlassen hat.

Weiter ist uns mitgeteilt worden, daß der Herr Direktor auch in Zukunft nicht mit einem Arbeiterauswahl sprechen will. Demgegenüber erklären wir, daß in der Magistratsvorlage Bedingungen enthalten sind, die belegen, daß ein Arbeiterauswahl vorhanden sein muß. Der gute Herr wird sich in Zukunft dem wohl oder übel fügen müssen.

Die Aussperrten halten weiter in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe aus und erziehen die organisierte Arbeiterchaft Groß-Berlins um moralische Unterstützung. Der Betrieb „Dreiteilung“ in Charlottenburg ist noch weiterhin für organisierte Arbeiter gesperrt.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Bauarbeiteraussperrung in Celle.

Die Unternehmer haben sämtliche Bauarbeiter entlassen. Bei den Vorverhandlungen zum Tarifabschluß hatten die Celler Unternehmer in den örtlichen Verhandlungen ihre Zusage in fast bestimmter Form gegeben, daß im neuen Vertrage eine wöchentliche Arbeitszeit von 59 Stunden festgelegt werden sollte. Bei den allgemeinen Verhandlungen wurde dieses Abkommen nicht bekräftigt, erst bei den späteren örtlichen Verhandlungen sollte die Sache erledigt werden. Aber auch hier wurde keine Einigkeit erzielt, wie denn überhaupt die Unterzeichnung des Vertrages immer wieder hinausgeschoben wurde. Dieser Verzögerung überdrüssig, haben schon die Zimmerer seit mehreren Wochen ohne weiteres Sonnabends die Arbeit eine Stunde früher verlassen. Als jetzt nun aber die Maurer und Baubildhauer sich den Zimmerern anschlossen und ebenfalls eine Stunde früher Feierabend machten, erschien der Unternehmerverband auf dem Platze. Zunächst wurde den Zentralverbänden nahegelegt, ihre Mitglieder zur Reue zu bringen.

Notizen.

Musikchronik. Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Montag, den 15. Juni, in den Konordia-Festhallen statt. Das Programm bietet: Ouvertüre zu „Cagliostro“ von Beethoven, Les Préludes von Liszt, Konzert für Klavier und Violoncello, Sinfonie Nr. 8 (pathétique) von Tschaiowski. Eintrittskarten Engelauer 15, Zimmer 13 (vormittags von 9-1/2 Uhr und nachmittags von 4-1/2 Uhr, außer Sonnabend nachmittags) und bei Vorzich, Engelauer 15.

Kunstchronik. In der Großen Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof ist der 14. Juni ein billiger Sonntag. Eintrittspreis von nachmittags 2 Uhr an 25 Pf.

Das Ende des Theatervajhas. Der vor Gericht gestaute Direktor des Münchener Volkstheaters Schrampf, hat seine Konzeption fahren lassen (sonst wäre sie ihm zu eng geworden). Er wollte seinen Regisseur Denzel zu seinem Nachfolger machen. Auf Verlangen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat der Volkstheaterpräsident von München Denzel jedoch abgelehnt und das Zentralauswahlmitglied Schwenk unter Erteilung der Konzeption mit der Leitung des Theaters beauftragt. Die Münchener Journalisten- und Schriftstellervereine haben die 1000 M. Stiftung des verstorbenen Direktors (die er als ein Art Ruhegeld aufgeführt zu haben scheint) nunmehr zurückgefordert.

Deutsche Einheitskennographie. Am 20. und 21. d. Mts. wird im preussischen Kultusministerium wieder eine Sitzung der Vertreter der größten deutschen Kennographischen Schulen stattfinden, um den Bericht des Untersuchungsaußusses für die Prüfung verschiedener Systeme auf ihre Eignung für eine Einheitskennographie in Empfang zu nehmen. Auch Vertreter aus Oesterreich sind in dem Auswahlg.

Die gute alte Zeit. Das Reisen war in der Zeit der seltsamen politischen so schwierig, gefährlich und teuer, daß man damals das Testament machte und das Abendmahl nahm, bevor man auf die Reise ging, und daß nur wenige reisten. Haben doch sogar im Jahr 1900 noch dreimal so viel Leute die Post benutzt als vor Beginn des Eisenbahnzeitalters, wo man doch auf dieses einzige Mittel des Verkehrs angewiesen war!

Aus der amerikanischen Bevölkerungstatistik. Nach den nun vorliegenden amtlichen Statistiken des amerikanischen Volkszählamtes betrug die Zahl der in den Vereinigten Staaten lebenden Weißen von ausländischer Abstammung im Jahre 1910 32 244 382 bei einer Gesamtbevölkerung von 81 731 957 Menschen. Unter dem fremden Element werden 10 087 420 Personen gezählt, deren Muttersprache Englisch ist. Das deutsche Element steht an zweiter Stelle mit 8 817 271 Köpfen oder 10,8 Proz. der Gesamtbevölkerung. In weitem Abstande folgen die Italiener mit 2 151 000 oder 2,61 Proz., die Polen mit 1 770 000 oder 2,1 Proz., die Juden mit 1 676 000 oder 2,1 Proz., die Schweden mit 1 445 000 oder 1,8 Proz., die Franzosen mit 1 337 000 oder 1,7 Proz., und die Norweger mit 1 000 000 Köpfen oder 1,2 Proz.

Kleines Feuilleton.

Der Orden. Nun kann es dem Fürstentum Albanien, ob es auch in allen Zugen und Nähen froht, an nichts mehr fehlen. Der Herrsch hat sich aufgerafft, sich ermannet und eine Tat getan, mit der er alle albanischen Herzen in Sturm nehmen wird, denn er hat — doch man höre, wie es der Telegraph dem erkaunten Europa verkündet: Dem im Kampfe gegen die Rebellen durch einen Schellenhühn verwundeten albanischen Oberleutnant Reid Bey ist vom Fürsten der Orden vom weißen Sterne Standberdags verliehen worden. Heil und! Da hatten die demokratischen Väterzungen in Deutschland schon böse gehöhnt, daß der preussische Gardeoffizier als „Wret“ eine klägliche Rolle spiele, und gar, als er sich harmlosen Sinnes sein Durazzo einmal von Bord eines italienischen Kriegsschiffes betrachten wollte, wurde über seine „Freiheit“ und „Unfähigkeit“ gezipfelt. Aber es brauchten nur die Tage der Kat zu kommen, und Reid Willem bewährte sich höchst löblich. Joll für Joll ein Gottesgnadenmann aus dem glücklichen Lande, in dem die Lebensmission sogar eine Nachklinge an ihre Tat hat — für Lebensmission, die es gar nicht mehr anhalten können. Reid Willem hat, seiner preussischen Gardeoffiziers eingedenk, eine Tat getan, er hat einen Orden verliehen, Orden tun dem albanischen Volke am ehesten not, nun muß sich alles, alles werden.

Nur daß man jetzt einen weißen Stern an Albanen verlieht, deren Seifenverbrauch auch unter dem Mikroskop bisher eine nicht wahrnehmbare Größe geblieben ist, will uns nicht unbedenklich er scheinen. Ein feldgrauer oder schmutzgrauer Stern hätte sich der ortsüblichen Farbenstimmung sicher besser angepaßt.

Das Hundebillet. Ich bin in großer Gewissensnot. Habe ich den preussischen Eisenbahnstus um 10 Pf. betrogen? Gewiß habe ich ihn ja nicht betrogen; denn mir fehlte die Absicht und das Bewußtsein der strafbaren Handlung. Die Sache kam so. Ich habe einen Hund. Der Hund ist sehr klein. Er hat nicht den Umfang eines Schleichhundes, nicht den eines zusammenklappbaren Kinderwagens, nicht den eines Propellers. Der Hund ist noch nicht steuerpflichtig und hat noch nicht das vierte Lebensjahr erreicht. Mit diesem Hund — ich stecke ihn in meine Rocktasche — fuhr ich neulich auf den Vorortbahnen Berlins herum. Die Wicketknipser streichelten, wenn ich durch die Sperre ging, den Kopf des Hundes, der aus meiner Rocktasche herausah. Eine Reihe von Sperren passierte ich so, ohne im Besitz einer Hundebillete zu sein. In Johannisdahl erreichte mich das Verhängnis. Ein gehobener Kartennipser — er trug eine goldene Verkleidung auf der Nase — stand am Ausgang. Als ich den Mann sah, befahl ich meine Seele eine Abnung. Aber keineswegs die: er konnte wegen meines Laichhundes eingreifen. Der Mann hatte an der Spitze der Nase einen roten Punkt. Ich fühlte es, in diesem roten Punkt ist Energie konzentriert. Keine Abnung betrog mich nicht. Als ich meine Fahrkarte abgab, schrie er: „Hundebillet!“ Ich starrte in der Welt umher, den der Mann wohl damit meinen konnte. Doch ein fester Griff am Arm belehrte mich, daß er mich meine. Ich bat erzwungen und bößlich, mich sofort loszulassen. Er

tat es. Dafür überstonte seine Stimme, als er mich anlagte, den preussischen Staat um ein Hundebillet geschädigt zu haben, das knatternd der Propeller von zwanzig Flugzeugen, die in diesem Augenblick durch die Luft flogen. Er gab seinen Posten an der Sperre auf. Er wollte mich feststellen lassen. Ich ging mit. Aber kein Beamter kam, um ihn zu unterstützen, denn es war der lebhafteste Betrieb an den Sperren. Der Menschenauflauf war groß. Endlich ließ der energische Beamte von mir ab. Mit dem Verzweiflungsschrei: „Allo ich kann den Mann nicht feststellen lassen“, brach er innerlich zusammen und kehrte zu seiner Sperre zurück.

Ich erhielt von dem umstehenden Publikum zwanzig „Erwachsene“ Fahrkarten und sechs Kinderfahrkarten. Die Besitzer dieser Fahrkarten passierten während der Zeit, wo der Beamte mich feststellen lassen wollte, ohne die Billets abzugeben die Sperre. Diese Karten ließen dem Eisenbahnstus als Ersatz für das entgangene Hundebillet zur Verfügung.

Spirit und Spirit. Die Fortschritte der abstinente Bewegung scheinen in besonders weinreiche Gemüter dumle Schatten geworfen und allerhand geistige Verberungen ausgerichtet zu haben. In einer Klientele, die der „Kunstwart“ seinen Vektorn serviert, erzählt man davon recht ergögliche Dinge. „Wie eine Seude“, heißt es in dem Blatt „Ergo bilamur“, wird die Welt von einer „Wahnsinder“ angekränkt und die Zeitgenossen werden aufgefordert, der „unwürdigen Bewegung“ einen Damm entgegenzusetzen, was selbstverständlich am besten durch einen ausgiebigen Abendschoppen geschehen könnte. In dem Vorwort eines Buches „Ostria“ aber werden die Abstinente ein Geflecht von Hummeln genannt, eine Gesellschaft von Untermenschen, von Anstörern, von wahnwitzigen Akloten, von unwillkenden Wilderströmern usw. Die Warmorgötter und Wachsaläre wollen sie zerstören, um dafür ein großes Spital für den Normalmenschen der Zukunft zu errichten. Die ehrwürdigsten Güter der Menschheit scheinen bedroht zu sein, und dieses ganze Elend soll über uns kommen, weil tatsächlich einige Germanen angefangen haben, ihren Durst mit Wasser zu stillen.

Man kann sehr wohl begreifen, daß das andauernde Wassertrinken auf trinkfrohe Herzen einen erschütternden Eindruck machen muß; man kann sich persönlich einen bescheidenen Tropfen noch immer gönnen und muß doch ansprechen, daß Spirit und Spirit offenbar nicht immer beisammen wohnen.

Die Inwagen der Rechtschreibung. In der „Nola. Jg.“ lesen wir: Der Oberkorrektor einer großen rheinischen Zeitung hat sich vor mehreren Monaten den Spah gemacht, einer Reihe von Redakteuren des Blattes den Spah zu diktiert; Ob mir bloß ein bisschen Griech. Er schamzette nicht schlecht, als er feststellen konnte, daß nur ein einziger aus der Zahl diesen Spah, so wie er hier steht, geschrieben hatte; alle anderen hatten einen, zwei und mehr „Fehler“ — besser wäre zu sagen: Versätze gegen die amtlich vorgezeichnete Orthographie — gemacht (gich, blos, bischen, Wischen, Gries). Nun ist ja schließlich kein Zeitungsroman verfasst, die amtliche Rechtschreibung genau zu kennen — dazu sind eben die Korrektoren da. Etwas anders liegt die Sache bei den Lehrern. Aber auch die beherren die amtliche Rechtschreibung nicht vollständig. So erzählt der Lehrer Koffog auf der deutschen Lehrerversammlung in Ael, in einer Lehrerkonferenz, an der 50 Lehrer teilgenommen hätten, seien die vier Worte „Wlog in diesem Griech“ diktiert worden, und nur ein einziger von den 50 habe bloß einen Fehler gemacht, während die übrigen 49 je zwei Fehler gemacht hätten.

Aber die Geller Bauarbeiter stellen sich auf den Standpunkt: Wir verlangen nur das, was uns von den Unternehmern zugehört worden ist.

Auf Veranlassung des Nordwestdeutschen Arbeiterbundes, eig. Hannover, wurde nun an allen Arbeitsplätzen in Gelle eine Besenmachungsaktion angeleitet, wonach sich jeder als entlassen zu betrachten habe, der am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend mache, als nach dem alten Tarif statthaft sei. Die Arbeiter aber blieben dabei und verließen ihre Arbeitsplätze am Sonnabend eine Stunde früher. Die Folge davon war, daß am Montag 200 Bauarbeiter und 40 Zimmerer entlassen wurden.

Drohender Streik in der Hainauer Papierfabrik. Wegen fortgesetzter Lohnabzüge und Wahregelungen beschlossen am Freitag in geheimer Abstimmung die Arbeiter genannter Fabrik, die Kündigung einzureichen. Gelingt bis zum Ablauf der Kündigungsfrist eine Verständigung nicht, so wird die Verlegung am 27. Juni den Betrieb verlassen. Es besteht wenig Aussicht, daß es noch zu einer Verlegung der Differenzen kommt. Neben dem Fabrikarbeiterverband und den Maschinen- und Heizer sind auch die Metallarbeiter und Transportarbeiter sowie die verschiedenen Hirsch-Zunderischen Gewerkschaftsgruppen am Kampf beteiligt. Zugleich nach der Hainauer Papierfabrik ist fernzuhalten.

„Ich bin der Herr Oberleutnant!“

Wir müssen uns schon noch einmal mit ihm beschäftigen, dem Amtsvorsteher, Oberleutnant und Vorsteher der Drainagegenossenschaft, Herrn Herfert in Lentfelde. Nicht weil es uns Spaß macht, sondern weil er durch seine geistige „Berichtigung“ den Anlaß dazu gibt. — Wenn schon durch die sogenannte „Berichtigung“ alle wesentlichen Punkte unserer Darstellung bestätigt worden sind, so teilt uns heute unser Gewährsmann mit, daß er seine Schilderung in allen Punkten aufrecht erhält. Besonders betont unser Gewährsmann, daß Herr Herfert den Gauleiter des Landarbeiterverbandes mit den Worten anredete: „Ich bin der Herr Oberleutnant!“ Erst dadurch erfuhr der Gauleiter, daß Herr Herfert diese Würde besaß und konnte erst hierauf betonen, daß ihm ein Mann mit dem Range eines Oberleutnants nicht höher stehe wie jeder andere ehrenwerte Mensch. Ferner erklärt unser Gewährsmann, zu dem Gauleiter sagte Herr Herfert wörtlich: „Wenn Sie diesen Mann in Ihrem Lokal noch weiter bulden, verbiete ich den Lentfelde Einwohnern Ihr Lokal.“ Hoffentlich können wir damit die Akten über das Auftreten des Herrn Oberleutnants schließen.

Ausland.

Der französische Gewerkschaftskongress fordert alle angeschlossenen Organisationen auf, sofort in besonderen Versammlungen zu der Frage der Verlängerung der Arbeitszeit und des freien Sonnabendnachmittags bis Widerruf des Gesetzes über die dreijährige Dienstpflicht und einer Amnestie für sogenannte gewerkschaftliche und politische Vergehen Stellung zu nehmen und ihre Stellungnahme der Landeszentrale innerhalb 14 Tagen mitzuteilen. Die Antworten sollen als Sondernummer des Bundesorgans die erste große Kundgebung sein, die gefolgt sein wird von einer allgemeinen Kampagne und weiteren Stungen aller Art, die ihren Höhepunkt am 1. Mai nächsten Jahres erreichen sollen.

Verbandstag der Transportarbeiter.

Köln, 12. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Die Delegierten, die gestern für die Vorlage des Vorstandes für die Festsetzung der Beiträge stimmten, vertreten rund 137 000, die Gegner 72 500 Mitglieder. Die neuen Sätze wurden also mit überreicher Mehrheit beschlossen.

Bei der fortgesetzten

Statutenberatung

lebte der Verbandstag mit allen gegen sechs Stimmen die Einführung einer Umzugsunterstützung ab. Die Bestimmungen über die Gewährung von Rechtschutz wurden etwas erweitert. Nach dem § 3 des Statuts können alle im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigten Personen dem Verband beitreten. Diese Bestimmung wurde durch die Einfügung ergänzt, sowie die in den Handelsabteilungen und Logiererei industrieller Betriebe tätigen Personen. Der Bericht über die Statutenberatungskommission erklärte hierzu begründend, der Zusatz sei in Rücksicht auf die Grenzfreizügigkeiten und deren Erleichterung notwendig.

Zu den Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung fanden noch Anträge Annahme, die aussprechen, daß die Erwerbslosenunterstützung innerhalb fünf aufeinanderfolgender Beitragsperioden a 60 Wochen insgesamt nur dreimal in voller Höhe ausgezahlt werden darf. Mitglieder, die der Art ihrer Beschäftigung wegen im Winter nach ihrem Wohnort resp. ihrer Heimat reisen, erhalten während der ersten acht Wochen keine Arbeitslosenunterstützung. Diese Zeit ist jedoch beitragsfrei. Vor und nach dieser Zeit ist Arbeitslosenunterstützung unter der Voraussetzung zu beziehen, daß die örtlichen Bedingungen für den Bezug erfüllt werden.

Die Satzungen über die Streikunterstützung fanden verschiedene Änderungen und Erweiterungen. Bisher wurde Streikunterstützung an Mitglieder gewährt, die mindestens sechs Wochen dem Verbandsangehörten. Künftig muß der Streikende mindestens 13 Wochen Mitglied sein, um in den Genuss der Unterstützung zu gelangen. Doch ist der Verband berechtigt, in besonderen Fällen, bei Abwehrstreiks, Ausperrungen oder Wahregelungen auch solchen Mitgliedern Unterstützung zu gewähren, die noch keine 13 Verbandsbeiträge entrichtet haben. Ueber die Höhe derartiger Unterstützungen entscheidet der Vorstand von Fall zu Fall.

Bei Beratung der allgemeinen Pflichten und Rechte der Mitglieder wurde einem Antrag zugestimmt, daß Mitglieder, welche zwei Verbänden angehören, nur von einer Organisation Unterstützung erhalten können. Es steht diesen jedoch frei, von welchem Verband sie diese Unterstützung beziehen wollen.

Zu den Satzungen über die örtliche Verwaltung wurde auf Vorschlag des Vorstandes mit großer Mehrheit beschlossen, daß in Verwaltungsstellen mit mehr als 5000 Mitgliedern die Befugnisse der örtlichen Generalversammlung einer Delegiertenversammlung übertragen werden muß. Bisher war das Delegiertensystem wohl gestattet, aber nicht zwingend.

Zur Verschmelzungsfrage

Hegen eine Reihe Anträge vor, die einen Zusammenschluß mit den Verbänden der Fabrikarbeiter, der Gemeinbedarfer, der Maschinen- und Heizer und der Brauereiarbeiter anregen. Der Verbandstag überwies alle diese Anträge zur weiteren Behandlung dem Vorstand, mit der Maßgabe, daß dieser berechtigt sein soll, gegebenenfalls die ihm notwendig erscheinenden Schritte zu tun.

Der Wunsch auf Einführung einer Effektenversicherung für Seelente wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Dann trat der Verbandstag in die zurückgestellte Diskussion über den

Tarifvertrag mit den Genossenschaften

ein. Der Tarifentwurf wurde zum Teil scharf kritisiert. Die erzielten Erfolge seien zu gering, vor allem hätte an einer Arbeitszeitverlängerung festgehalten werden müssen. Kritisiert wurde auch die lange Tarifdauer. Staffellöhne auf 5 Jahre festzulegen, sei ein Übel. Einige Redner wollten den Vertrag ablehnen, die große Mehrheit ist aber der Ansicht, daß, wenn auch die Erfolge nicht groß seien, man doch die Verantwortung für die Ablehnung nicht übernehmen könne.

Von den Mitgliedern der Verhandlungskommission wurde erklart, es wäre nicht möglich gewesen, mehr herauszuholen, als herausgeholt worden sei.

Bei der Abstimmung wurde der Tarif gegen wenige Stimmen angenommen, ebenso die folgende Erklärung:

Der Verbandstag hält es für selbstverständlich, daß die Genossenschaften, die bisher höhere als im Tarif vorgesehene Löhne bezahlt haben, den § 13 des neuen Tarifs nicht dazu benutzen, die bestehenden Löhne herabzusetzen. Ein solches Beginnen würde allen sozialen und gewerkschaftlichen Grundfragen ins Gesicht schlagen.

Der Verbandstag nahm noch eine Neuregelung der fakultativen Unterstützungsanstaltungen des Verbandes nach dem Vorschlag des Vorstandes vor. Bisher hatte der Verband folgende fakultative Unterstützungsanstaltungen: Rechtschutz- und Haftpflicht-, Invaliden- und Pensionszuschuß-, Witwen- und Waisen- und eine Fuchshunterstützung bei Todesfällen. Aus Rücksicht auf die „Vollfürsorge“ werden die Invaliden- und Pensionszuschuß- und die Witwen- und Waisenunterstützung fallen gelassen. Neu ist, daß Rechtschutz in privaten Angelegenheiten für einen Wochenbeitrag von 10 Pf. gewährt werden kann.

Bei der Beratung erhob sich gegen diese Unterstützungsstufe Widerspruch. Der Beitrag sei zu gering, es werde für die 10 Pf. zu viel geleistet. Verbandsvorstand Schumann sagte, der Rechtschutz in privaten Fällen sei ein Bedürfnis. Der Verbandstag stimmte dann auch der Vorlage zu, lehnte jedoch die in der Vorlage vorgesehene Beerdigungsbeihilfe ab.

Bei der Wahl der Verbandsleitung wurden die besoldeten Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Verbandstag der Schuhmacher.

Hamburg, den 12. Juni 1914.

Fünfter Verhandlungstag.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurden zunächst die Wahlen zum Gewerkschaftskongress vorgenommen. Für jeden der zehn Bezirke wurde ein Delegierter bestimmt.

Hierauf nahm die Versammlung das Referat des Reichstagsabgeordneten von Gotha über die Bedrohung des Koalitionsrechts entgegen. Es ist kein Zufall, daß sich die Gewerkschaften auf ihren diesjährigen Kongress fast ausnahmslos mit der geplanten Erdrosselung der Gewerkschaften beschäftigen. Man kennt den tiefen Ernst der Situation, man weiß, daß die Unternehmensorganisationen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine große politische Macht bedeuten und diese mit großem Erfolge ausnützen. Die Arbeiterschaft ist sich völlig darüber klar, daß es bei der beabsichtigten Politischerklärung der Gewerkschaften und der Einengung oder besser Beseitigung des Koalitionsrechts aufs Ganze geht. Und daß man diesen kommenden Dingen nicht mit verächtlichen Armen entgegensehen will, sondern zum Kampf aufruft, das ist das Bemerkenswerteste bei den Aussprüchen über die den Gewerkschaften drohenden Gefahren. Von dieser Kampfstimmung war auch das Referat von Gotha getragen. Redner gab eine anschauliche Darstellung von der Entwicklung des Koalitionsrechts und zeigte dann, daß auch ohne Ausnahmeverträge, mittels des gemeinen Rechts den Gewerkschaften Handhaken angelegt werden können. Wenn in Zukunft die Arbeiterschaft zu politischen Kämpfen aufgerufen wird, dann gelte es für jeden Gewerkschafter seinen Mann zu stellen. Nur Idioten könnten sich dem Wahne hingeben, daß auch ohne politische Freiheiten die gewerkschaftliche Freiheit möglich sei. Es genüge keineswegs, sich in den Gewerkschaften auf die statutarisch festgelegte Tätigkeit zu beschränken. Der Ernst der Zeit fordere Kraft und Entschlossenheit eingebend des Dichterswortes: Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!

Der Referent sah seine Ausführungen, die häufig von Beifall unterbrochen wurden, in einer Resolution zusammen, die einstimmig Annahme fand, wobei ausdrücklich festgestellt wurde, daß der Verbandstag die von einigen Personen den Gewerkschaften empfohlene Taktik der Zaghaftigkeit ablehnt.

Es folgte sodann die Statutenberatung. Im Namen der Statutenberatungskommission berichtete Wendig, Berlin. Alle Anträge, die eine Neuauflage der Unterstützungsätze zum Ziele haben, hat er abgelehnt, ebenso die, welche verlangen, daß den Erdrosselungen von den Beiträgen ein größerer Prozentsatz verbleiben soll. Zum Schluß weist er das Begehren, den Verbandstag anstatt alle zwei, alle drei Jahre stattfinden zu lassen, als undemokratisch zurück.

Von den 63 zum Statut gestellten Anträgen wurden nur 30 unterzucht. Die nun einsetzende Debatte wurde vorzeitig abgebrochen, weil die Delegierten die neuen Anlagen der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine besichtigen wollen.

Soziales.

Noch ein Anhänger des Kathedertapitalismus.

Wenn man die Scharfmacherhege gegen die Gewerkschaften verfolgt, die ja in allerletzter Zeit unter dem Schlagwort „Arbeitswilligenschuß“ die sonderbarsten Blüten treibt, merkt man eigentlich recht wenig von der Müdigkeit, die sich der Arbeitgeber bemächtigt haben soll. Dafür wird aber auf der anderen Seite mit um so größerem Nachdruck gegenüber den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft der „Stillstand der Sozialpolitik“ propagiert. Vor allem mehrt sich die Zahl der Rationalökonomien, die sich dazu hergeben, den Zielen der Scharfmacher ein wissenschaftliches Mäntelchen anzuhängen. In allerletzter Zeit hat sich den unrühmlich bekannten Professoren Ehrenberg, Vernhard, Arlmann und Woytowski auch Professor Stier-Somlo, der Direktor an der Kölner Akademie für kommunale und soziale Verwaltung, angeschlossen. Er bemühte eine Tagung der Betriebskrankenkassen, um sein reuiges, früher soziales Herz auszukünnen. Unter dem Titel: „Ist eine Arbeitslosenversicherung erforderlich?“ veröffentlicht nun die Zeitschrift „Die Betriebskrankenkassen“ den Hauptinhalt seines Referats. Herr Professor Stier-Somlo verrät zunächst eine wenig gründliche Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, indem er den Umfang der herrschenden Arbeitslosigkeit noch stark unterschätzt.

Nach den Ermittlungen sei die Arbeitslosigkeit im allgemeinen so gering, daß deswegen keine besondere Versicherung eingeführt werden dürfe, daß man vorher versuchen müsse, den Mangel auf anderem Wege, insbesondere durch Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, zu beheben. Die aufgeschätzten Mittelungen der parteipolitisch bestimmten Zeitungen seien mit aller Vorsicht aufzunehmen. Sie beweisen schließlich auch, daß die Verteilung der Arbeitskräfte innerhalb des Deutschen Reiches nicht in der gewünschten Art vor sich gegangen ist. Die Landwirtschaft müßte ausländische Arbeiter in größtem Umfange heranziehen. Eine Arbeitslosenversicherung würde auch den Zug nach der Stadt noch vergrößern und die Landwirtschaft in eine schwierige Lage bringen. Gegen eine Arbeitslosenversicherung sprächen auch die Erfahrungen, die bisher in den Städten gemacht worden sind, welche ergeben, daß die geldliche Tragweite der Arbeitslosenversicherung gar nicht düster genug angesehen werden könne. Besonders warnt Prof. Stier-Somlo vor Einführung des sogenannten Genter Schemas, wodurch in der Hauptsache nur die organisierten Arbeiter Vorteile hätten. Die sonst für die Arbeitslosenversicherung von den Gewerkschaften bezahlten Unterstützungen würden dann auch für Streikwende frei. Mit dem Genter System fördere man also gleichgültig die Sozialdemokratie, was jedenfalls nicht Aufgabe einer öffentlichen Versicherung sein könne.

Der alte Lohndrücker, daß die Landwirtschaft nicht genügend einheimische Arbeitskräfte bekommen kann, wird natürlich durch diese neue Wiederholung auch nicht wahrer, denn nicht aus Mangel an deutschen Landarbeitern, sondern um

die einheimischen Löhne zu drücken, holen sich unsere Agrarier billige Arbeitskräfte aus dem Auslande. Im übrigen besagen die politischen Bemerkungen am Schluß des Berichts mit aller Deutlichkeit, daß weder sachliche noch wissenschaftliche Gründe für die Stellungnahme des Herrn Prof. Stier-Somlo maßgebend gewesen sind. Es geht doch nichts über solche „vurteilfreie Wissenschaft“.

Rentenversicherung gegen einen jugendlichen Arbeiter.

Das Bestreben der Berufsvereinigungen, mit der Annahme der berichtigten „Gewöhnung“ die Renten Unfallversicherer herabzudrücken, erfuhr am Mittwoch vor dem Oberberufungsamt Erfurt eine geradezu erschütternde Beleuchtung.

Ein minderjähriger Glasmacherlehrling aus Schleusingen-Neundorf klagte gegen die Glasberufsgenossenschaft auf Weiterzahlung einer Unfallrente von 30 Proz., die ihm kürzlich wegen angeblicher „Besserung“ auf 20 Proz. herabgesetzt worden war. Der Verletzte hatte ursprünglich die Vollrente bezogen. Sie war dann auf 70, später auf 30 Proz. herabgesetzt und sollte nun noch weiter gesenkt werden. Vor dem Oberberufungsamt wurde nun festgestellt, daß aus einer Verlesung des rechten Auges dieses erst eine Verheilung und dann ein Klumpfuß entwidelt hatte. Neuerdings war noch ein Geschwür am Fuß entstanden, das die Benutzung des Beines unmöglich machte. Alle Gelenke waren steif. Der Lehrling war zu jeder Arbeit unfähig. Vor dem Oberberufungsamt, wo er in Begleitung des Vaters erschien, bot er ein Bild des Jammers. Der Arzt des O.B.A., der den Verletzten vor dem mündlichen Verhandlungstermin untersucht hatte, stellte die Erwerbsunfähigkeit auf 100 Proz. fest. Und angesichts dieser Sachlage wollte die Berufsvereinigungen die arbeitslose Rente noch kürzen. Das Oberberufungsamt gab dem Antrag auf Weiterzahlung von 30 Proz. statt.

Das „Gewähren“ der Mittagspausen.

Für die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben und Lagerräumen schreibt § 139 der Gewerbeordnung in Absatz 3 vor, daß ihnen innerhalb der Arbeitszeit eine angemessene Mittagspause gewährt werden müsse. Für solche, die ihre Hauptmahlzeit außerhalb des Verkaufsstelles enthaltenden Gebäudes einnehmen, muß diese Pause mindestens eine und eine halbe Stunde betragen. Wegen Uebertretung dieser Bestimmung u. a. war Rosi, der Inhaber eines Blumenladens, vom Landgericht Berlin verurteilt worden. Ein junges Mädchen, das in seinem Laden als Verkäuferin und mit dem Zurechtmachen von Straußen beschäftigt wurde und das mittags zu ihren Eltern essen ging, war während des Ochober des Mittags immer nur eine Stunde oder 1/4 Stunde fortgelassen.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision des Angeklagten. Es führte zutreffend aus: Die Auffassung, daß Angeklagter nur bestraft werden könnte, wenn er es verboten hätte, anderhalb Stunden Mittagspause zu machen, sei falsch. Der Verstoß des „Gewährens“ im Sinne des § 139 sei so zu verstehen, daß der Arbeitgeber direkt Maßnahmen treffen müsse, daß die Angestellten die anderhalb Stunden Mittagspause auch wirklich machten. Er dürfe es gar nicht darauf ankommen lassen, daß die Angestellten selber die Pause verkürzten, um sich etwa seine Gunst zu erringen. — Ganz unbegreiflich sei es, daß sich die Revision darauf berufe, daß der Titel VII der Gewerbeordnung und der § 139 nur von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern spreche, nicht aber von weiblichen Personen. Ganz selbstverständlich seien die weiblichen Personen damit einbezogen. Auf sie beziehe sich der Arbeiterschutz recht.

Ein Volkshaus in Frankfurt a. M.

Der Plan, in Frankfurt a. M. ein Volkshaus zu errichten, ist seiner Verwirklichung etwas näher gekommen. Eine Kommission von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern hat ein Bauprogramm ausgearbeitet, das ein großes Gebäude mit vielen Sälen, Unterrichtszimmern, Bureauzimmern, Restaurant u. a. vorzieht. Die Kosten für den Bau und die Einrichtung (ohne die für den Bauplatz) sind auf zwei Millionen Mark veranschlagt. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich im großen und ganzen einverstanden erklärt und die Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erlangung von Bauplänen genehmigt und die hierzu erforderlichen Kosten bewilligt. An dem Wettbewerb können alle Architekten Deutschlands teilnehmen. Das Volkshaus soll seinen Platz an der Hohenlornallee neben der Festhalle, also im „Brunnenviertel“ Frankfurts haben.

Jugendbewegung.

Jung-Zentrum.

Von allen politischen Parteien Deutschlands haben nur das Zentrum und die Sozialdemokratie kraftvoll ausgebauten Organisationen. Der scharfe Wettkampf zwischen beiden bewirkt nicht selten, daß fast zur gleichen Zeit in jedem der feindlichen Lager dasselbe neue Arbeitsgebiet in Angriff genommen wird. Zurzeit ist dies die Agitation unter den „Achtzehnjährigen“. Das Zentrum hat zwar seit länger als einem Jahrzehnt eine politische Jugendorganisation, die „Windhorstbünde“, aber es zeigte sich, daß deren Arbeit die Altersklasse von etwa 18 bis 23 Jahren nicht genügend heranziehen konnte. Also ein ähnlicher Mangel, wie er neuerdings mit wachsendem Nachdruck auch von unserer politischen Organisation behauptet wird. Die Windhorstbünde gingen daher im vergangenen Jahre an die Gründung von Jugendabteilungen für die Altersklasse von 18 bis 23 Jahren und schufen dafür auch eine eigene Monatszeitschrift „Jung-Zentrum“, die nach den bisher erschienenen Nummern den Zweck verfolgt, die schwarze Jugend zum Angriff auf die Sozialdemokratie zu drillen. Um die Kampfkraft der Jünglinge des Zentrums anzuschärfen, wird mit Vorliebe von dem „Akkord“ und dem „Alten“ der Sozialdemokratie gesprochen. Wie auf dem Vortragsabend der Windhorstbünde vor einigen Tagen in Osnabrück mitgeteilt wurde, zählt „Jung-Zentrum“ jetzt 5000 Bezirke. Der Vortragsabend beschloß, die Jugendvereine in einen „Verband der Jung-Zentren“ zu vereinen, zusammenzufassen, der aber dem Verband der Windhorstbünde eingegliedert ist. Zur Heranzüchtung des jüngsten Nachwuchses soll demnächst eine großartige Werbearbeit durch ganz Deutschland einsetzen. Da die Zahl der Mitglieder der neuen Jugendabteilungen nur mit etwa 1600 angegeben wird, ist also der Abonnentenstand des „Jung-Zentrum“ kein Gradmesser für den Umfang der Bewegung. Um der Jugendbewegung des Zentrums eine Art theoretische Unterlage zu geben, soll ein „politisch-pädagogisches Handbuch“ ausgearbeitet werden.

Ein Pfadfindertag.

Die Pfadfinderbewegung hat ihren Ursprung in England, aber eigentlich in Südafrika. Dort verstand es der englische General Baden-Powell bei der Belagerung von Mafeking im Burenkrieg, eine Schar Knaben zum Kundschafterdienst heranzuziehen. Dann bezirkelte sie sich unter dem Namen Boy-Scouts-Bewegung sehr rasch in England. Von hier aus wanderte sie dann auch nach Deutschland hinüber.

Es sollen augenblicklich 210 Ortsgruppen mit 45 000 Pfadfindern bestehen. Dieser Bund, der ja dem Jungdeutschland-Bund sehr nahe steht, hat es sich nach seiner Angabe zur Aufgabe gemacht, die Knaben und jungen Leute in die freie Natur hinauszuführen und ihnen praktische Belehrung naturwissenschaftlicher und landwirtschaftlicher Art zuteil werden zu lassen. Zu diesen naturwissenschaftlichen und landwirtschaftlichen Kenntnissen gehören dann das Zurechtfinden im Gelände, der Signaldienst und das Kriegsspiel überhaupt. Nur nennt man jetzt vorzüglich: Geländespiel.

Dieser Bund hielt für Westfalen in Aue im Erzgebirge seinen



A. WERTHEIM

G.
M.
B.
H.



Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Montag bis Mittwoch

Extra-Preise!

Montag bis Mittwoch

Damenmäntel

Gummi-Mäntel Raglan-Fasson, Gürtel, mode und blau 22.50
Gummi-Mäntel div. Fassons und Farben hell und dunkel 27 M.

Seidene Gummi-Mäntel diverse Fassons und Farben 49 M.

Wetter-Mäntel in Sportfarben, imprägniert, Marke Raynoff und Corruscus 29 M.

Loden-Capes Sport u. grau mit Kapuze zum abknöpfen, imprägniert, 130 cm lang 11.75

Loden-Paletots Sport und grau, mit Kapuze zum Abknöpfen, imprägniert 17.75

Kleider

Waschkleid aus baumwollenen Voile, reich mit Entredoux garniert 6.90

Waschkleid aus baumwollenem Voile, mit Doppelrock und reicher Stickerei 15.50 23 M.

Wasch-Crépekleid mit farbig gepunktet und klein gemustertem Ueberwurf 25 M. 32 M.

Wasch-Kostüm aus Leinen-Imitation 13 M. 18.50

Wasch-Kostüm aus Frotté 14.50 19 M.

Woll-Musselinkleid klein gepunkt 14.50

Woll-Musselinkleid mit doppelter Tunique 23 M.

Woll-Musselinkleid m. lang. Tunique und Mullgarnitur 32 M.

Waschstoffe

Baumrindenkrepp weiß u. farbig 50 Pl. Meter

Bedruckt Blumenbatist . Meter 55 Pl.

Bedruckt Voile mit Bordüren, ca. 110 cm breit, Meter 95 Pl.

Kostüm-Rips weiß und ecru, 130 cm breit Meter 1.65

Frotté Schotten ca. 120 cm br., Mtr. 2.50

Bestickt Voile mit farbigen Punkten ca. 110 cm br., Meter 3.20

Wollmusselin gute Qualitäten, Mtr. 68 Pl.

Ein besonders preiswerter Herren-Anzug

Anzug „Cumberland“, hergestellt aus guten deutschen, gemusterten Stoffen in grau, graumeliert und braun, ist von besonderer Preiswürdigkeit. Vorrätig in den Größen von 44-54; auch für schlanke und untersetzte Figuren. — Wir bitten um Besichtigung dieses Anzuges, der in allen 4 Geschäften in den Schaufenstern ausgestellt ist 31⁵⁰

Damenwäsche

Garnituren

m. Stickerei-Ein-u. Ansatz m. Stick-Ansatz
Damenhemden 2 M. 2.10 2.60 3.30 2.60 3.50
Dazu Beinkleid . 2 M. 2.10 2.50 3.30 2 M. 3.50
Dazu Nachthemd 3.35 4.25 4.25 5.50 3.90 6.25

mit Stick.-Ein-u. Ansatz mit seid. Banddurchzug mit Stickerei und Spitzen
Damenhemden 2.15 2.90 2.60 2.85
Dazu Beinkleid . . . 2.15 3.15 2.30 2.60
Dazu Nachthemd . . . 3.40 5.25

Garnituren mit Stickerei-Myrthen-Muster

Eigenes Muster der Firma
Damen-Hemd . 3.10 Damen-Beinkleid 2.85 Damen-Nachthemd 5.25

Damenhemd mit verschied. Stickereien 1.35 1.50

Damenhemd mit imitiert Handstickerei 1.55 1.85

Reformbeinkleider Kaleform m. Stick.-Vel. 3 M. b. 4.25

Calotteform mit Stickerei-Ansatz 2.60 b. 2.85

Calotteform mit Stickerei-Ein- u. Ansatz 3.15 b. 3.40

Matinees Krepp mit farbigen Blumenmustern 3.75

Ein Posten Prinzeß-Röcke (Rock mit Taille) m. Stickerei in verschied. Ausfüh. 5.25 b. 14.50

Untertailen m. Stick.-Ein- u. Ansatz 1.15 b. 3.35

Untertailen m. Stickerei-Ein- u. Ansatz, mit seid. Banddurchzug 1.95 b. 3.10

Untertailen nach amerikan. Form ohne Stengen, mit 1.75 2.15 3.20

Untertailen mit Stickerei-Ein- u. Ansatz mit Durchzug 1.90



Genossenschaft Berl. Bandagisten

SO 16, Köpenicker Str. 98 b
zwischen Neander- und Nono Jakobstraße)
Gegr. am 1. Juli 1907 von organisierten Bandagisten-Gehilfen.

Bruchbandagen, Leibbinden, Plattfüßeinjagen, Gummiwaren, Artikel zur Krankenpflege u. dergl.

:: :: Lieferung aller Krankenkassen Berlins und Vororte, :: :: des Verbandes der Hausarztvereine und der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend. 104/9*

Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung. Für Damen weibliche Bedienung.



Nervöse Erscheinungen

werden oft durch Ermüdung des Körpers hervorgerufen. Absätze Continental machen Ihren Gang leicht und elastisch und verhindern vorzeitiges Ermüden. Verlangen Sie aber ausdrücklich von Ihrem Schuhmacher die enorm haltbaren Continental-Absätze.

Billige Parzellen!

dicke am Bahnhof, westlicher Vorort, zum Bau von Eigenheimen besonders geeignet. Kleine Anzahlung. Geringe jährliche Teilzahlung. Guter Boden. Bauverträge z. 2000 M. inkl. Straßenplanter, Bröseln, Pläne etc. sofort los. Schreiben Sie sofort, da nie wiederkehrende Gelegenheit.
H. F. Buchholz, Berlin NO, Ruppeldstr. 19. (10132)*

Kopfläuse Goldgeist!

mit Brust vermischt radikal Goldgeist. W. Z. 75198. Farb- u. geruchlos. Reinigt d. Kopfhaut v. Schuppen u. Schlingen, befreit d. Haarwuchs, verhindert Krankheit d. Kopfhaut, Haarverlust u. Zuzug neuer Parasiten. Wichtig f. Schulkinder, Tausende v. Anerkennungen. Echt nur in Kartons à 100 u. 250 M., niemals offen ausgegeben. In Apotheken u. Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück, die z. Zwecke der Täuschung vielfach ähnlich klingende Namen tragen, und achte genau auf die Firma d. alleinig. Fabrik. **Rademacher & Co., Siegburg, und d. Namen**

Inventur-Ausverkauf

Schluss in wenigen Tagen — Daher grösste Eile geboten!

Leipziger Str. 104

2. Haus an der Friedstraße, neb. Gerold-Cognac — Es wird gebeten, genau auf die Hausnummer 104 zu achten

Phantasie-Kostüme	früh. Preis bis 58.00, Inventurpreis 18.00
Seidene Trikot-Jackets	früh. Preis bis 40.00, Inventurpreis 13.75
Weisse gestickte Kleider	früh. Preis bis 54.00, Inventurpreis 19.00
Warme Winter-Ulster	früh. Preis bis 50.00, Inventurpreis 20.50
Kurze fescche Phantasie-Jackets	früh. Preis bis 28.00, Inventurpreis 8.50
Echt englische Gummimäntel	früh. Preis bis 50.00, Inventurpreis 18.25
Seidene Molré-Jackets, kurz u. lang, früh. Preis bis 58.00, Inventurpreis 15.50	
Modell-Kostüme und -Kleider	früh. Preis bis 205.00, Inventurpreis 66.00

Plüschmäntel, alle Gr., Inventurpr. 66.00 | Weisse Blusen für die Hälfte!
Echte Pelzmäntel edle Qual., Inventurpr. 125.00 | Röcke bis zu 1/2 ermässigt!

Echt Neumünster Lodenmäntel Inventurpreis 12.50
Echt Neumünster Lodencape Inventurpreis 8.00
Echt Neumünster Lodenkostüme Inventurpreis 22.00

Sonntag 8-10 geöffnet — Selbst die grössten Wollen vorrätig — Sonntag 8-10 geöffnet

Konfektion

Paletots von schwarz. Tuch- und Kammgarnstoffen von 20 M. an
Paletots von engl. Stoffen v. 15 M. an
Kostüme reiche Auswahl in engl. Stoffen, Kammgarn und Tuch . . . von 18 M. an
Kostüm-Röcke grösste Auswahl . von 4.50 M. an
Alpaka-Mäntel . 12 M. an
Wasserd. Stoffmäntel . 18 M. an

C. PELZ
Kottbuser Strasse 5

Vom Waisenhaus zur Fabrik

Geschichte einer Proletarierjungend
Von Georg Heinrich Dikreiter

Der neueste Band der „Vorwärts-Bibliothek“
Zu beziehen durch die
Buchhandlung des Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)

Stegdecken

grösste Auswahl, billigst; auch Aufarbeiten alter Stegdecken.
Bernhard Strohmandel
Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Gneisenastraße 10.

S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für **Möbel jeder Art.**
Kassa und Teilzahlung.

Teppich-Reinigung

und sämtliche Nebenarbeiten*)
Staehr & Co.
Berlin S 42, Gitschiner Straße 80
Fernspr.: Amt Moritzplatz 216 u. 226.
*) Aufbewahrung. — Entmottung von Polstermöbeln. — Chemische Reinigung. — Kunststopferel. — Bettfedern-Reinigung.
Vaccuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.

Denkmalsjustiz und andere Justizdenkmäler.

Das Schreckensurteil gegen die Denkmals-Anpinker hat in den Kreisen der Parteigenossen einen Sturm der Entrüstung geweckt. Sie kam zum Ausdruck in einer für die West-Vororte einberufenen Volksversammlung am Freitag in Friedenau (Kaiser-Wilhelm-Garten).

Das Referat unseres Genossen Karl Liebknecht war eine fassende Anklage gegen die preussische Justiz, die solche Urteile und andere fertig bringt.

Eine einleitende Betrachtung wies hin auf die Entwicklung der Sozialdemokratie zur Macht. Sie legt in unserem ganzen Staats- und Verwaltungsleben sich durch, indem sie, die in den Parlamenten noch Minderheit ist, Rücksicht erzwingt und Kampf hervorruft.

Redner kennzeichnete dann die Mittel des Kampfes der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Die bisher gescheiterten Versuche, im Gesetzgebungswege vorzugehen, seien unnötig, weil sich schon im Verwaltungsweg vieles machen lasse.

Der Gedanke der Rote Woche hatte, so fuhr der Referent fort, bei den bürgerlichen Parteien und bei den Behörden Erregung hervorgerufen. Polizeipräsident von Jagow verbot die Ansetzung der auf die Rote Woche hinweisenden Plakate.

Wir bedauern es auch deshalb, weil dergleichen gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt wird. Man sühnte hier läßt sich etwas gegen die Sozialdemokratie machen. Eine wütende Dege begann. Zeitungen logen von dauernder Zerstörung. Die Zeit war so dumm, so vortrefflich geeignet, unseren Gegnern Wasser auf die Mühle zu führen.

Auf die Angriffe gegen die Sozialdemokratie antwortete Liebknecht mit Anklagen gegen die preussische Justiz. Gerade die Seelersche Strafkammer bietet dazu Material. Er beleuchtete den Urzisch vor ihr verhandelten Prozeß gegen den Westheimischen Förster Grob und die darin gemachten Feststellungen über die Taten des Oberleutnants v. Veltheim.

Auf die Angriffe gegen die Sozialdemokratie antwortete Liebknecht mit Anklagen gegen die preussische Justiz. Gerade die Seelersche Strafkammer bietet dazu Material. Er beleuchtete den Urzisch vor ihr verhandelten Prozeß gegen den Westheimischen Förster Grob und die darin gemachten Feststellungen über die Taten des Oberleutnants v. Veltheim.

gegen den Herrn v. d. Goltz. Weil er verschuldete, daß eines der „Geschäftsgeheimnisse“ einer Kanonenfirma in unrechte Hände geriet, sei eine Gefährdung des Deutschen Reiches eingetreten. Was habe er dafür bekommen? Drei Monate Festung! Ehrenhaft! Hierher gehöre weiter die lange Reihe milderer Bestrafungen schlimmen Studentenunzugs. Bei der in einer süddeutschen Stadt vorgenommenen Gemeinderat, einen öffentlichen Bierbrunnen mit Rot zu besudeln, seien zwei Kaufleute, zwei Studenten und ein Referendar als Beteiligte ermittelt worden.

Mit der Entrüstung über das Urteil im Denkmalsprozeß dürfe, schloß Genosse Liebknecht, es nicht genug sein. Dieses Schreckensurteil, dieser Akt der Klassenjustiz und die von der bürgerlichen Presse dazu eingenommene Haltung müsse die Ueberzeugung stärken, daß der Kampf gegen die heutige Gesellschaftsordnung mit rücksichtsloser Schärfe zu führen ist.

In der Diskussion erhielt als erster Redner ein Gegner das Wort, der Steglitzer Volksschullehrer Wiegand, der im Kampf gegen die Sozialdemokratie ein großer Held zu sein glaubt. Er trug ein wunderliches Durcheinander von allem Möglichen vor. Nach kurzen Ausführungen des Genossen Baseler (der Ueberweisung des Zeller-Sammlungstrages an die Beurteilten empfahl) und der Genossen Unger und Bachmann kam Genosse Liebknecht in seinem Schlusswort zu dem Ergebnis, daß auch dieses neueste Schreckensurteil des Denkmalsprozesses, den man zum Schaden der Sozialdemokratie gegen sie auszuspielen möchte, wieder nur der Sozialdemokratie nützen und sie stärken wird.

Folgende Resolution wurde einstimmig — keiner der Gegner widersprach bei der Gegenprobe — angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der westlichen Vororte protestiert gegen das ungeheuerliche Charlottenburger Tendenzurteil, das einen besonders trassen Fall der Klassenjustiz bildet. Die immer schärfer auftretende Klassenjustiz ist ihrerseits aber nur ein Teil der allgemeinen Reaktion, die heute in Deutschland wütet und weitgehende Unterfütterung durch das liberale Bürgerturn findet. Diese Reaktion kann nur durch einen energischen Ansturm seitens des Proletariats niedergeworfen werden und muß die Arbeiterschaft dazu alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung bringen. Eine planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse in diesem Sinne ist Vorbedingung des endgültigen Sieges.

Der Vorsitzende Genosse Hagen schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Parteiangelegenheiten.

Berichtigung der Reorganisationskommission.

In dem Bericht der Reorganisationskommission betreffend die „Vorwärts“-angelegenheit sind auf Seite 16 in der Jahresübersicht über die Auflage des „Vorwärts“ die Ziffern des 2., 3., 4. Quartals 1905 und des ganzen Jahres 1906 unrichtig angegeben, insofern als durch ein Versehen die Auflagen der damaligen Vorortbeilagen zur Gesamtauflage zugezählt sind. Die Ziffern müssen also lauten:

Table with 4 columns: Year, 1. Quart., 2. Quart., 3. Quart., 4. Quart. Rows for 1905 and 1906.

Somit ändern sich auch die Ziffern für den Jahresdurchschnitt 1905 92 800, 1906 111 500.

Zur Lokalliste.

In Lankwitz steht aus das Lokal Gesellschaftshaus, Inhaber Prochaska, Viktoriast. 41-43, wieder zur Verfügung. Dasselbe ist in der Lokalliste nachzutragen.

Erster Wahlkreis. Montagabend 7 Uhr Flugblattverbreitung von Weichardt, Grünstr. 21, und Löwe, Holzgartenstr. 6.

3. Wahlkreis. Versammlung der Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren am Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolf Ritter über Organisationsfragen der Partei. 2. Renouveau der Leitung für 1914. 3. Verschiedenes. Die älteren Genossen wollen die Jugendlichen auf die Versammlung aufmerksam machen. Gäste im Alter von 18-21 Jahren haben Zutritt.

Kreuzfeld. Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Bartsch's Festsaal, Hermannstr. 49 (großer Saal), die Generalversammlung der Vereinigung Jugendheim statt.

Richtenberg. Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Café Bellevue, Hauptstr. 2: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl, Verschiedenes.

Jugendsektion. Heute Sonntag, den 14. Juni, gemeinschaftlicher Besuch des Arbeiterportfestes Schloß Wehensee. Treffpunkt 1 Uhr bei Pielandagen, Schornweberstr. — 16. Juni, abends 1/2 9 Uhr, Versammlung im gleichen Lokal.

Schöneberg. Ein Lichtbildervortrag: „Aus russischen Kerlern“, findet am Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstr. 30/31, statt. Eintrittspreis 20 Pf. Der Vorstand.

Miersdorf. Am Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in dem zur Gastwirtschaft Plegge gehörenden Garten, Bismarckstr. 20, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt. Tagesordnung: Die Justiz im Dienste der Politik. Referent: Genosse Adolf Buchheit. Bei ungünstiger Witterung wird die Versammlung in Saale abgehalten. Sorgt für Massenbesuch.

Britz-Buckow. Dienstagabend 8 Uhr von den Bezirkskollegen aus: Handzettelverbreitung.

Mit-Gliedern. Montag, den 15. Juni, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung im Lokale von Bodne, Grünauer Str. Tagesordnung: Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Kommunalpolitik“. Diskussion. Verschiedenes.

Wittmoos. Den 17. Juni, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale von Schäfer, Schirnerstr. 64. Tagesordnung: Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. Anträge. Parteiangelegenheiten. Verschiedenes. Es wird von den Genossen erwartet, daß sie für guten Besuch beider Versammlungen Sorge tragen.

Rubow. Am Dienstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Palm: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag über Privatversicherungsvereine und Volksfürsorge. Berichte von der Kreis- beziehungsweise Verbands-Generalversammlung.

Zegel. Am Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Gesellschaftshaus Zegel, Schloßstraße.

Vorsigtalder-Bitteneu. Am Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Vorsigtalder Festsaal, Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Spandau. Den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zur Kenntnis, daß die Bibliothek wegen Renovierung des Ladens vom 14. bis 21. Juni geschlossen ist; während dieser Zeit können keine Bücher ausgewechselt werden.

Berliner Nachrichten.

Die Berliner Wasserleitung.

Ohne eine einwandfreie Wasserversorgung ist ein gesundes Leben in der modernen Großstadt heute nicht mehr denkbar. Die neuzeitliche Hygiene ist im wesentlichen erst möglich geworden durch reichliche, systematische Wasserzufuhr. Sauberes Wasser ist neben reiner Luft der Todfeind jedwelder Krankheitserreger. Die furchtbaren Seuchen der früheren Zeit: Pest, Typhus und Cholera, wurden in der Regel hauptsächlich verursacht durch Fehlen gesunden Wassers. So wurde auch Berlin in den Jahren 1348, 1500, 1598, 1640-1648 (Dreißigjähriger Krieg) durch verheerende Seuchen heimgeführt, die infolge andauernder Unsauberkeit entstanden. Seitdem die Städte eine hinreichende Wasserleitung und Kanalisation besitzen, sind diese mörderischen Plagen der Menschheit ausgerottet.

Ueber diese Dinge berichtet in gründlicher und populärer Weise Heft 6 der Berliner Heimatbücher (H. Ebel, „Die Berliner Wasserleitung“, Verlag Quelle u. Neuber, Leipzig, Preis 50 Pf.). Die Geschichte der Berliner Wasserleitung ist verhältnismäßig kurz, rund 50 Jahre. Bis dahin begnügten sich die Berliner mit Brunnen, die Abwässer und anderer Schmutz wurden in die Kinnsteine befördert, und begreiflicherweise gab es auch nicht die heute so beliebten Klosetts. Nach mancherlei vorübergehenden Erwägungen wurde auch im tolen Jahre 1848 die bedeutungsvolle Frage der Wasser-versorgung für Berlin brennend. Der Magistrat stand der Angelegenheit ablehnend gegenüber, namentlich der hohen Kosten wegen. Da nahmen zwei Engländer, Fox und Cramp-ton, die Sache in die Hand. Sie brachten praktische Erfahrungen aus London mit. Ihr Plan ging dahin, ein Pumpwerk an der Spree zu bauen und durch ein Rohrnetz die Stadt mit Spreewasser zu versorgen. Die Kosten der Anlage wurden auf eine Million Taler veranschlagt. Die beiden Engländer gingen nun ans Werk, gründeten eine Aktiengesellschaft, aber weder die Stadt noch ein Hausbesitzer oder sonst ein Kapitalist wagten es, eine der Aktien zu kaufen. Darauf wurde das Unternehmen mit englischem Kapital ins Leben gerufen; mit technischen Kräften und Kapital aus England wurde also das erste Berliner Wasserwerk geschaffen! Die Konstruktion wurde 1862 erteilt.

Die englische Gesellschaft wußte sehr gut, welche glänzende Zukunft ihrem Unternehmen winkte. Sie erklärte sich bereit, alles Wasser zum Spülen der Kinnsteine und zum Löschen des Feuers gratis zu liefern, verlangte jedoch als Gegenleistung dafür das Privilegium der alleinigen Wasserproduktion in Berlin für 100 Jahre! Das wäre eine nette Geschichte geworden, hätte Berlin keine Wasserversorgung für 100 Jahre der Ausbeutungsgier eines privatkapitalistischen Monopols ausgeliefert. Wir hätten dann heute nicht allein gegen das Elektrizitätsmonopol zu kämpfen, sondern auch gegen das Wassermonopol, wobei zu beachten ist, um wieviel wichtiger das Wasser für die Bevölkerung ist. Schließlich wurde der Gesellschaft dennoch für 25 Jahre das Privileg überlassen.

Die Wasserlieferung begann 1866. Das Pumpwerk stand am Stralauer Tor. Die vorhandene Maschinenkraft reichte nur hin, die in der Ebene gelegenen Grundstücke mit Wasser zu versorgen, die höher gelegenen erreichte es nicht. Das Hauptübel bestand jedoch darin, daß ungerinigtes Spreewasser genupft wurde. Die Kerze machten ein recht bedenkliches Gesicht, wenn sie von der Berliner Wasserleitung sprachen. Hatte man doch in jenen Tagen schon Fabriken an den Fluß gebaut, die kein Wasser noch mehr verunreinigten als die Abwässer der Wohnungen. Zu Trinken und Kochzwecken konnte das Leitungswasser überhaupt nicht verwendet werden. Das Geschäft der Gesellschaft ging bald sehr gut; 1860 zahlte sie zum erstenmal 1 Proz., 1872 waren es schon 11 1/2 Proz. Dividende.

Danach wurde im Magistrat der Gedanke wach, die Wasserwerke möglichst schnell zurückzubekommen. Die Hauptschwierigkeit blieb indes immer noch die Beschaffung geeigneter, hygienisch einwandfreien Wassers in großen Mengen. Insbesondere der berühmte Arzt und Gelehrte Rudolf Virchow drängte zur Schaffung eines solchen Werkes. Baummeister und Ingenieure gingen nun daran, geeignete Wasserquellen ausfindig zu machen. Am Tegeler See wurde mit den Bohrungen begonnen, und bald darauf auch am Müggelsee. Diese Versuche ergaben, daß reichlich gutes Wasser vorhanden war. Als einjagtes und großes Hindernis stand nun wieder das 25jährige Monopol der englischen Gesellschaft im Wege. 1883 ließ es erst ab. Aber Kapitalisten geben auch, sobald der Goldstrom mühelos in ihren Beutel fließt. Und so zahlte die Stadt 1872 an die findigen Engländer für den eintretenden Dividendenanfall die respektable Summe von 13 845 000 M. Mit diesen Riesensummen waren die Kapitalistenstellen zufriedengestellt. Diese Vorgeschichte der Berliner Wasserwerke ist zweifellos ein lehrreicher Beitrag zum Wesen und Werden des Kommunalbetriebes.

Das erste Wasserwerk wurde nun am Tegeler See errichtet; 1877 gab es das erste Wasser. In Charlottenburg und später an verschiedenen anderen Stellen wurden Verteilungswerke gebaut, die das Wasser besonders in die höhergelegenen Grundstücke befördern. Der Wasserverbrauch der Berliner war während der ersten Zeit außerordentlich stark; 106 Liter kamen pro Tag auf eine Person. Diesen Anforderungen konnte das Tegeler Werk auf die Dauer bei dem enormen Bevölkerungszuwachs nicht gerecht werden. Da wurde 1878 in jedem Hause die Kontrolle des Wassermeßers eingeführt, und in kurzer Zeit sank der Verbrauch auf 67 Liter.

Obgleich das Wasser aus Tegel allen hygienischen Anforderungen zu genügen schien, wurden des öfteren unangenehme Beimischungen entdeckt. Es war die braune Alae, die das Wasser verunreinigte. Diefem gefährlichen Uebel wurde abgeholfen, indem das Wasser über riesige Filter geführt wurde, die auch den geringsten Schmutz absondern. Später mußte noch eine andere sinnreiche Vorrichtung, sogenannte Riefeler, geschaffen werden, um den hohen Eisengehalt aus dem Wasser zu entfernen. Auf diesem Wege werden in Tegel täglich 182 Kubikmeter oder jährlich 70 Tonnen Eisen ausgefiltert.

1888 waren die vergrößerten Tegeler Werke imstande, täglich 144 000 Kubikmeter Wasser zu liefern. Diese Menge reichte wohl augenblicklich hin, den Bedarf zu decken, konnte aber schon in der nächsten Zukunft nicht mehr genügen. Darum ging man sogleich an die Errichtung der Werke am Müggelsee, heute die größten. Im Sommer und Herbst 1893 wurde der Betrieb eröffnet, 1896 wurde eine dritte Abteilung vollendet.

Damit waren nun Anlagen geschaffen, die vollkommen genügt, eine Millionenstadt wie Berlin hinreichend mit Wasser zu speisen. In gewaltigen Kanälen rauscht das Wasser von der Quelle der Stadt zu, wo es in Tausenden und aber Tausenden Röhren und Röhren seiner Bestimmung zugeführt wird.

Sehr eingehend und sachlich wird weiter in dem kleinen Büchlein die technische Einrichtung der Wasserwerke und Verteilungswerke, wie überhaupt der weitverzweigten Beförderung erörtert. Durch gute Zeichnungen und Photographien wird das Verständnis der Darlegungen erleichtert. Das billige Büchlein ist ganz vortrefflich geeignet, jeden über die Geschichte und das Wesen der Berliner Wasserversorgung zu unterrichten.

Gebote für Ausflügler.

Das schöne Ausflugsweiser mahnt die Ausflügler zur Innehaltung folgender Gebote:

1. Du sollst die Natur, die Dich durch ihre Schönheit erfreut, nicht mit Unacht nehmen, indem Du sie schädigst.
2. Du sollst die Natur nicht durch weggeworfene Blumen, Papier oder sonstige Abfälle verschandeln. Denke daran, daß nach Dir andere ebenfalls an einem sauberen Platz sich erfreuen wollen. Wenn Du keine Luft hast, Papier und Abfälle mit nach Hause zu nehmen, suche es zu vergraben.
3. Du sollst nicht mutwilligerweise Blumen und Pflanzen am Wege zertreten und von Bäumen und Sträuchern Zweige und Äste abbrechen oder Blumen austreiben, um sie am Abend, weil verwelkt, fortzuwerfen. Denke daran, daß andere darauf treten und zu Falle kommen können.
4. Du sollst die Rinde der Bäume nicht als Stammbruch benutzen.
5. Du sollst Deine Nordluft nicht an unschuldigen Käfern und kleinen Tieren auslassen.
6. Du sollst weder Scherben noch Glas ins Wasser oder auf Wege werfen. Denke daran, daß andere sich daran verletzen können.
7. Du sollst im Walde nicht rauchen, auch nicht über Bienen und Bienen gehen.
8. Du sollst, wenn Du auf dem Wasser fährst, größte Vorsicht üben und Dich und andere nicht in Gefahr bringen.
9. Du sollst beim Andrang in der Bahn stets auf alle Leute und Kinder Rücksicht nehmen und nicht rücksichtslos einen Platz zu erobern suchen.
10. Du sollst Kinder und untertändige Erwachsene zur möglichsten Rücksicht anhalten.

Und schließlich sollst Du Dich immer mit der Lokalliste versehen, um gewiß zu sein, beim Einschren in ein Lokal keinen Wirt zu besuchen, der sonst den Arbeitern den Stuhl vor die Türe setzt.

Fürstliches Gehalt.

Eine begehrenswerte Stelle hat der Amtsvorsteher von Groß-Körns (Kreis Teltow) zu vergeben. Er sucht einen Beamten, der auf allen Gebieten beschlagen sein soll und sehr für die Tätigkeit das herrliche Monatsgehalt von 45 bis 50 Mark aus. Um zum Ziele zu kommen, will der Amtsvorsteher einen pensionierten Beamten haben, der den Posten versehen soll. Er hat sich zu diesem Zwecke nach Berlin gewendet, wo man dem Herrn auch beifällig sein will. Dieser Tage ist nun in sämtlichen Polizeibereichen Groß-Berlins ein Befehl bekannt gegeben worden, der folgenden Inhalt hat:

Der Amtsvorsteher von Groß-Körns, Kreis Teltow, sucht zum 1. Oktober 1914 einen pensionierten Beamten als Bureauhilfen. Es wird Wert darauf gelegt, daß der betreffende Mann einigermassen mit der Bearbeitung von Gewerbe- und Strafsachen, Versicherungs-, Gefindep- und Keldangelegenheiten vertraut ist. Es kann sich nur um einen älteren zuverlässigen Beamten handeln. Dienststunden 8 bis 3 Uhr. Entschädigung monatlich 45 bis 50 Mark. Bekanntgabe an die pensionierten Beamten hat nach Möglichkeit zu erfolgen. Bewerber, die für geeignet gehalten werden, sind dem Kommando binnen 8 Tagen namhaft zu machen.

Die Stelle ist eine recht begehrenswerte. Der Beamte soll „einigermassen“ mit der Bearbeitung von Gewerbe- und Strafsachen vertraut sein, soll Versicherungs-, Gefindep- und Keldangelegenheiten kennen, und vor allem ein älterer zuverlässiger Beamter sein. Ältere Beamte werden aber doch nur dann pensioniert, wenn sie verdrängt sind. Ein verdrängter Beamter kann aber nicht gut die verlangte Tätigkeit ausüben. Es wäre schon richtiger, zur Bewältigung der geforderten Arbeiten einen ganzen Mann einzustellen und natürlich dafür ein angemessenes Gehalt zu zahlen.

Aus der städtischen Krankenhäuserverwaltung.

In der gestrigen Sitzung der Krankenhäuserdeputation wurde über die Einrichtung und Belegung des Leichfrankenhauses, das in dem ehemaligen Johannisstift bei Blödensee untergebracht ist, berichtet. Die Anstalt ist ein Krankenhaus mit moderner Einrichtung und Ausstattung und nach ihrer besonderen Lage in einem schönen alten Park besonders dazu bestimmt, leichteren Kranken und Kranken, welche auf dem Wege der Besserung sich befinden, die aber noch der Krankenhauspflege und der ärztlichen Behandlung und Aufsicht bedürfen, Aufnahme zu gewähren.

Ferner beschäftigte sich die Deputation mit der Verteilung der für die städtischen Krankenanstalten zur Verfügung stehenden sechshundert Milligramm radioaktiver Substanzen. Diese waren bisher in der Hauptsache dem Virchow-Krankenhaus überwiesen. Da für den dortigen Bedarf 300 Milligramm genügen, so sollen je 100 Milligramm den Krankenhäusern Moabit, am Friedrichshain und am Urban überwiesen werden.

Geduldete Fußgänger.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht folgende Zuschrift: „Der in den Morgenstunden vom Zoologischen Garten, am Hippodrom vorbei, zur Stadt gehen muß, wird sich gewiß des farbenreichen Bildes freuen, das sich hier auf der Reilbahn der oberen Rehtausend entwickelt. Weniger erfreut wird er über die Rücksichtslosigkeit sein, mit der einzelne Reiter, ohne den Galopp einzuführen, über die Wege, auf welche die Fußgänger angewiesen sind, hinwegjahren, trotzdem das Auge der Polizei in Form eines Schymanns zu Fuß über die Ordnung wacht, allerdings ohne dazu

imstande zu sein. Denn auf wiederholte Beschwerden bei den Schutzleuten wurde die Tatsache der Gefahr für die Fußgänger zwar anerkannt, aber einer der Führer der Ordnung erklärte, daß der Weg „für Fußgänger nur geduldet“ sei, ein zweiter hingegen gab die treffende Erklärung, was soll ich tun, wenn ich den wilden Jäger lassen will, ist er längst über alle Berge. Daß ich in der letzten Zeit drei sibirische Pferde, die das Beispiel ihrer Reiter befolgten, über die Fußplade dahinjahren sah, sei nur erwähnt, denn die Pferde bewährten ihren Pferdeverstand. Nur ein einziges warf eine Dame um, die ihr Kind vor dem Ueberrittenwerden beschützen wollte.“

Das sind ja ganz nette Zustände. Für Pferde und Reiter muß Platz sein, Fußgänger sind nur geduldet.

„Der reingefallene Schlauberger“.

Ein lustiges Stückchen ist von einem jungen Schöneberger Kaufmann Fritz K. auf dem Potsdamer Bahnhof verübt worden. Etwa 10 Minuten vor Abgang eines Sonderzuges betrat da ein junger, sehr elegant gekleideter Herr den Bahnsteig und spähte eifrig in jedes Abteil — natürlich dritter Klasse — um noch einen Platz für sich zu ergattern. Leider aber war alles besetzt und die gemütschadenfrohnen Juruse der Glücklichen, die ein Unterkommen gefunden hatten, ließen in dem Reisenden keine besonders große Stimmung aufkommen. Plötzlich aber kam dem Suchenden eine Erleuchtung. Er eilte an den letzten Wagen des Zuges und rief mit „Amtsstimme“: „Alles aussteigen, der Wagen bleibt hier!“ Unter den Reisenden, die in diesem Waggon Platz gefunden hatten, erhob sich natürlich ein Sturm des Unwillens und der Entrüstung. Da aber bis zur Abfahrt des Zuges nur noch wenige Minuten fehlten, raffte jeder sein Gepäck zusammen und stürmte in die anderen schon besetzten Abteile der vorderen Wagen. Der „Schlauberger“ aber bestieg in Seelenruhe eines der freigebliebenen Coupés, steckte sich behaglich eine Zigarette an und erwartete, sich des so glänzend gelungenen Spahes froh, die Abfahrt des Zuges. So verging eine Viertelstunde, ohne daß die Wagen sich in Bewegung setzen wollten. Als der junge Reisende sich schließlich unwillig über die Verspätung bei einem Bahnbeamten erkundigen wollte, wann denn eigentlich die Abfahrt stattfinden werde, tauchte plötzlich der Stationsvorsteher am Fenster auf und fragte den ungeduldrigen Reisenden so recht gemütsch und freundlich: „Sie sind wohl der Herr, der dorthin bekannt machte, daß der letzte Wagen nicht mitgenommen werde?“ Als der junge, elegante Mann, vernünftig lächelnd, bejahte, antwortete der Beamte: „Dann folgen Sie mir bitte ins Bureau, damit ich Ihre Personalien feststellen kann. Den Zug haben Sie sowieso verpaßt, denn der letzte Waggon ist tatsächlich von dem Zugpersonal abgehängt worden, da man in Ihnen einen höheren Beamten vermutete.“ Dem „Schlauberger“ dürfte sein so glänzend gelungenes Spah allerdings infolge unberechtigter Annahme einer Beamtenwürde ein wenig teuer zu stehen kommen.

Reiseinbrecher an der Arbeit.

Die „Reiseinbrecher“, Epiphuben, die die Reisezeit benutzen, um in unbenutzte Wohnungen einzudringen, treiben es auch in diesem Jahre wieder sehr arg. Die Einbrüche dieser Art nehmen wieder erschreckend zu. Die Warnungen, die jahraus, jahrein in der Presse erscheinen, fruchten leider nur wenig. Immer noch hinterlassen die Verreisten selbst geradezu ein Aushängeschild, das die Verbrecher auf ihre Wohnung aufmerksam macht. Bei der Abreise lassen sie die Rollvorhänge der Fenster herunter und beauftragten niemand, ab und zu in der Wohnung einmal nachzugehen und die Vorhänge den Tag über aufzuziehen. Die „Spezialisten“ beobachten das auf ihren Erkundungsgängen sehr genau und schließen aus anderen Umständen auch bald, wo etwas zu holen ist. Weil sich wochenlang niemand um solche Wohnungen kümmert, so kommt es nicht selten vor, daß sie mehr oder weniger vollständig ausgeplündert werden. So geschah es erst kürzlich wieder bei einem höheren Beamten in Charlottenburg. In dessen Wohnung hatten sich die Einbrecher, wie bei der Rückkehr des Inhabers der Befund ergab, förmlich eingenistet. Ungefragt schafften sie ein Wertstück nach dem anderen weg, um es zu Geld zu machen: das ganze Silberzeug, bares Geld, darunter auch Jubiläums-Drei- und Viermarkstücke, eine Münzenammlung, Weitzzeug, Chaiselongue- und Stempdecken, kurz alles bis auf die Möbel. Alles, was noch vorhanden war, lag bei der Rückkehr der Familie wüst durcheinander.

Der Vertrauensmann von „Jungdeutschland“, Herr von Hülßen, Oberst und Kommandeur des 4. Garderegiments i. F., läßt uns eine Verächtigung zugehen zu einer Meldung, die wir am 2. Juni unter der Überschrift: „Das Opfer eines Jungdeutschlandsbündlers“ veröffentlicht hatten. In dieser Notiz war mitgeteilt, daß am zweiten Pfingstfeiertage in der Grünauer Forst unweit des Lokals „Marienlust“ ein junger Mensch, der nach seiner Angabe dem Jungdeutschlandbunde angehörte, einen fünfzehnjährigen Knaben in die Brust geschossen habe. Der Herr Oberst erlucht, unsere Notiz dahin berichtigen zu wollen, daß zwar der Verletzte dem Jungdeutschlandbunde angehört, nicht aber der von der Polizei ermittelte Täter. Im Jungdeutschlandbunde sei das Tragen von Feuerwaffen verboten.

Wir möchten dazu bemerken, daß unsere Mitteilung von einem Augenzeugen des bedauerlichen Vorfalles stammt, daß der schießlustige junge Mensch gleichfalls die Uniform der Jungdeutschlandsbündler getragen hat und daß er ferner auf dem ihm gemachten Vorwurf: „Wie könnt Ihr denn hier im Walde Feuer annahen?“ geantwortet hat: „Wir können das, wir sind vom Jungdeutschlandbunde!“

Wenn der Herr Vertrauensmann von Jungdeutschland darauf hinweist, daß im Jungdeutschlandbunde das Tragen von Schusswaffen verboten ist, so kann dieser Hinweis aber nichts daran ändern, daß in sehr vielen Fällen das Verbot übertreten wird, wie schon frühere von uns berichtete Vorkommnisse dargetan haben.

Bergigefest angefundene wurde gestern in einem Zimmer der Gerberge des Gewerkschaftshauses der Kaufmann Reinhold Hannover, der im Adressenverlag von Tesmer gearbeitet hat. In seinem Portemonnaie befanden sich noch 33 Pfennige.

Dachstuhlbrand. Gestern früh um 6 Uhr, als die Hausbewohner noch schliefen, stand der große Dachstuhl des Seitensüßels des Hauses Liebenburger Straße 37 in Wilmersdorf in ganzer Ausdehnung in Flammen. Erschreckt eilten die Bewohner auf die Straße. Die Wilmersdorfer Feuerwehr war mit zwei Löschzügen unter Leitung ihres Branddirektors schnell zur Stelle. Die Flammen hatten schon das Zwischengebäl des oberen Geschosses, die Dachkonstruktion, die Bodenlammern mit Inhalt erfasst. Mit 6 Schlauchleitungen der Dampfströme wurde angegriffen. Um 9 Uhr war die Nacht des Feuers gebrochen. Die Austräumung und Ablösung nahm dann aber noch viel Zeit in Anspruch.

Durch einen Sturz vom Wagen schwer verunglückt ist gestern abend der 37 Jahre alte Arbeiter Emil Abendrot aus der Müntgenstraße 5 zu Charlottenburg. Der Mann, der bei einem Asphaltierungsgeschäft angestellt war, benutzte nach Feierabend einen Wagen dieses Geschäfts, um damit nach Hause zu fahren. Als der Wagen von der Hannoverischen Straße am Oranienburger Tor in die Friedrichstraße einbog, fiel Abendrot, der hinten saß, plötzlich aus noch nicht aufgeklärtem Grunde auf das Pflaster, und schlug mit dem Kopf so heftig auf, daß er benimmungslos liegen blieb. Der Kutscher hatte den Unfall gar nicht bemerkt und mußte erst von anderen Leuten darauf aufmerksam gemacht werden. Ein Schymann brachte den Verunglückten mit einem Automobil nach der Charité, wo er schwer darniederliegt.

Gesperrt. Die Joffener Straße vom Waterloo- bis zum Platzufer einschließlich des Kreuzdamms wird wegen Pflasterarbeiten vom 15. d. M. bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt werden.

Dorortnachrichten.

Neußölln.

Ueber die Verhandlungen des Preussischen Landtags erriethete am Freitag in einer gutbesuchten Versammlung in „Kluisen Festlokal“ der Abgeordnete von Neußölln-Schöneberg, Genosse Otto Hue, seinen Wählern Bericht. Einleitend bemerkte Redner, daß wir vor Jahren, als die Beteiligung an den Landtagswahlen diskutiert wurde, uns in einem großen Irrtum befanden, wenn wir annahmen, daß dieses Junterparlament in sich selbst verfaulen würde. Heute müsse man sehen, daß seine Bedeutung eine immer größere werde und daß die Koalition der dort vertretenen Kräfte- und Schlotjunter immer mehr einen geradezu verhängnisvollen Einfluß auf die Reichsregierung ausübe. Das mache auch erklärlich, wenn Minister v. Delbrück einen vorläufigen Abschluß der sozialen Gesetzgebung ankündigen konnte, obgleich gerade auf diesem Gebiete noch bedeutende Verbesserungen nötig seien. Habe die Tätigkeit der 10 sozialdemokratischen Abgeordneten unter 445 so auch keine wirklich positiven Erfolge aufzuweisen, so dürfe doch die reichlich in Anwendung gekommene Kritik von der Tribüne des Landtags herunter nicht unterschätzt werden. Auf unsere Haltung zu den einzelnen Etats des preussischen Haushalts übergehend, der mit seinen 4845 Millionen Mark ein größeres Budget aufweise als selbst das Reich, kommt Redner zunächst auf den Agrarstat zu sprechen. Hier müsse ausgesprochen werden, daß wir der Frage der Landwirtschaft in Zukunft weit mehr Beachtung schenken müssen als bisher. Es sei ein geradezu gefährlicher Zustand, daß sich bereits der siebenste Teil des preussischen Bodens als gebundener Fideikommissbesitz in den Händen einer kleinen Anzahl von Agrariern befinde, durch deren Ausbeutungssucht der Ernährung des Volkes schwerer Schaden zugefügt werde. — Beim Etat des Verkehrswesens habe bei aller Anerkennung des vorhandenen Guten die Sozialdemokratie Veranlassung genommen, die standalöse Behandlung des Arbeiter- und Beamtenpersonals gebührend zu kritisieren und auch für wirtschaftliche Besserstellung dieser Schichten einzutreten, wie sie auch beim Kullusetai den Verblüdungsbemühungen der Regierung in Bezug auf die Jugend mit aller Macht entgegengetreten sei. Besonders ungünstige Stunden ergaben sich für die Regierung beim Pali-zei- und Justizetat. Der Duff der hier aufgedeckten Korruption verbreite Unbehagen bis weit in bürgerliche Kreise hinein. Und wenn das Geschäft des Klalenzingers auch ein angenehmes sei, so habe es dennoch von der Sozialdemokratie übernommen werden müssen. Auch beim Handels-, Gewerbe-, Berg- und Hüttenetat habe sich Gelegenheit geboten, einmal gründlich abzurechnen mit den Vertretern des industriellen Großkapitals, den Spektren und Ausschütern der Gelden, dieser Verleumdung der deutschen Arbeiterbewegung, wie auch beim Justizetat, die herrschende Klassenjustiz in ihren höchsten Graden gemalt werden mußte. Konnte die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter so in der Hauptsache auch nur in der Kritik bestehen, so müsse doch eins festgehalten werden: Vom preussischen Landtag aus werde die deutsche Politik gemacht. Deshalb müsse mit dem Sturz des Dreiklassenwahlsystems der Anfang gemacht werden zur Besserung aller politischen Verhältnisse im Reiche. Nicht durch Resolutionen oder Massenversammlungen lasse sich das Volkwerk der preussischen Junter beseitigen. Anermüdete Aufrüstung und Organisation allein seien die Mittel, mit denen es gelingen müsse, auch in Preußen den Weg frei zu machen für eine freiheitliche Entwicklung. — Stürmischer Beifall folgte den einheitsstündigen Ausführungen des Referenten. — In der Diskussions sprach zunächst der Führer der Neußöllner Demokraten, Herr Rog, dem Referenten den Dank seiner Freunde aus für dessen Tätigkeit. Auch weite bürgerliche Kreise seien mit der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion vollkommen einverstanden. Und wenn diese keine Fraktion auch viele und lange Reden halte, so sei man auch hierfür dankbar und nehme einen gelegentlichen solchen Zungenstoß durchaus nicht tragisch. Redner schloß mit der Versicherung, daß die Demokratie auch bei weiteren Schritten zur Niederrückung der Juntermacht an der Seite der Sozialdemokratie zu finden sein werde. — Genosse Emil Barth erkannte in großen und ganzen den schweren Kampf der Fraktion an. Er erklärte sich aber aus taktischen Gründen gegen die Stellung derselben zur Erhöhung der Beamtengehälter. Wenn auch gegen solche produktive Arbeit leitenden Beamten nicht einzutreten sei, müßten sie für die Polizei, die Prätorianergarde der Reaktion, entschieden abgelehnt werden. Man solle endlich auch aufhören, die Befreiung des Dreiklassenwahlrechts als heiligste Aufgabe des Proletariats zu betrachten und zu diesem Zweck die erimolige Anwendung des Massenstreiks zu propagieren. Dieser werde notwendiger und wirkungsvoller angewendet werden müssen zur Erhaltung bestehender, aber schon sehr gefährdeter Rechte, Koalitionsfreiheit usw. — Gen. A. L. u. h. bezeichnete die Tätigkeit der Fraktion als außerordentlich lobenswert, obgleich beispielweise bei Beratung des Kultusstats noch ganz andere Worte gesprochen werden müßten. Der Kampf gegen die Religion müsse auch im Parlament geführt werden. Unser Programm könne nicht aussichtslos, daß wir gegen diese schlimmste Feindin des Kulturfortschritts entschieden Front machen. Ohne die Wichtigkeit des Wahlrechts zu verkennen, müsse es als Irrtum bezeichnet werden, wenn von ihm der ganze Kulturfortschritt abhängen sollte. Unablässige Verbreitung und Betätigung unserer Ideen seien die Mittel, die ein geistig erstarbtes Proletariat auch über die Junter zum Siege führen werde. — Genosse Heller ist der Ansicht, daß auch in der vom Genossen Kluisen bemängelten Angelegenheit die Fraktion ihre volle Schuldschuld getan habe. In dieser Beziehung ließen die Reden des Genossen Adolf Hoffmann an Deutlichkeit wirklich nichts zu wünschen übrig. In der Frage des Wahlrechts, die seiner Ansicht nach die Kernfrage darstelle, dürfe nicht wider, ungezügelter Talendrang die Oberhand gewinnen, sondern müsse zielbewußter, entschiedener Wille bedingt werden. — Im Schlußwort bemerkte Genosse Hue gegenüber den Ausführungen Barths, daß die von diesem gewünschte Stellungnahme gegenüber der Polizei nicht durchzuführen sei. Das Gehalt des Ministers selbst werde ja ständig abgelehnt. Gegenüber Kluisen erklärte er: Wir haben unseren Kampf nicht gegen die Religion als solche zu führen, sondern gegen die Verfaulung der Religion, wie sie durch die kapitalistische Kirche geschehe. Was den Massenstreik anbelange, so sei seine Proklamierung sicher leicht. Man müsse aber auch wissen, was dahinter stehe. Wir seien keine frivolen Puffschreier, sondern tragen die Verantwortung vor der Geschichte. Deshalb werden wir zur Anwendung dieses Mittels dann kommen, wenn es uns paßt und wir es für notwendig halten. — Nach einigen kurzen Worten des Dankes an Genossen Hue durch den Vorsitzenden fand die Versammlung Johann ihr Ende.

Gefunden wurde in der Versammlung bei Kluisen am 12. Juni ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen im Bureau des Wahlvereins, Redarstraße 3.

Seugen gesucht. Am 6. Mai, abends gegen 10 Uhr, ist es in der Abend Schönebergstraße oder Fuldastraße zwischen mehreren Rännern zu einem Streit gekommen. Einer der Männer lief dann weg und wurde von zahlreichen Personen verfolgt. Er hat darauf vier Schüsse abgegeben, nach seiner Behauptung in der Rotte, und ein in der Fuldastraße wohnender Schankwirt ist durch zwei Schüsse verletzt worden. Personen, die den Vorfall beobachtet haben, werden gebeten, sich mit dem Verleider Rechtsanwalt Dr. Oskar Loth in Berlin, Landwehrstraße 55, in Verbindung zu setzen.

Steglich.

Schwere Folgen hatte ein Zusammenstoß, der sich in der Schloßstraße in Steglich zwischen einem Wagon der Straßenbahn und

Versammlungen.

Zentralverband der Dachbeder. Am Freitag hielt die Verwaltungsstelle Berlin eine Vertrauensmännerkonferenz ab, um zu der gegenwärtigen Situation im Dachdeckerergewerbe Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende Görnich sagte: In allen Vertrauensmännerkonferenzen, die nach der Lohnbewegung stattgefunden hatten, haben wir uns mit der Frage beschäftigt: Wie ist es möglich, wieder zufriedenstellende Verhältnisse in der Organisation und im Gewerbe herbeizuführen zu können? Um die Organisation zu stärken wurden die verschiedensten Mittel angewandt. Der Erfolg war leider nicht der, den sich alle hier von versprochen hatten. Die Ursachen lagen in der Hauptsache in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. Diese nutzten die Unternehmer natürlich zu ihren Gunsten aus. Es ist ja hinreichend bekannt, daß die Unternehmer nach der Lohnbewegung von 1912 eine gelbe Organisation gründeten. Genügend bekannt sind auch die Mittel, die die Arbeitgeber anwandten, um die Dachbeder in die gelbe Organisation hineinzuzwingen. Wenn wir uns diese Umstände erneut vor Augen halten, dann dürfen wir uns auch weiter nicht wundern, wenn die Organisation keine Fortschritte machen konnte. Erinnern möchte ich auch noch an die tieftraurigen Arbeitsverhältnisse im vergangenen Jahre. Ich will nicht übertreiben, es ist aber Tatsache, daß die Mehrzahl der Berliner Dachbeder im vergangenen Jahre keine 20 Wochen gearbeitet hat. Von diesem Jahre läßt sich nun sagen, daß sich seit Ostern ein kleiner Aufschwung bemerkbar gemacht und sich jetzt noch gesteigert hat. Wenn diese Periode anhält, dann können wir auch hoffen, daß es bei uns wieder vorwärts geht.

Ich möchte nun die Frage aufwerfen: Was gedenken wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu tun? Die Unternehmer im Gewerbe versuchen noch immer an ihren Abmachungen festzuhalten, nur Gelde in ihren Werkstätten zu beschaffen. Es geht schon seit einer ganzen Zeit das Gerücht, daß Abmachungen hiermit mit einer Strafe von 150 M. geahndet werden. Wegen die Dinge aber nun auch stehen wie sie wollen, vorwärts müssen wir auf jeden Fall. Aller Kleinmut muß bei unseren Kollegen endlich verschwinden. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind zum Handeln angetan. Wir fordern Sie deshalb zur tatkräftigen Mitarbeit auf. Welchen Weg der Vorstand zu tun gedenkt, darüber kann ich Ihnen im Augenblick noch nichts Bestimmtes sagen. Behalten wir aber das eine Ziel im Auge: Stärkung unserer Organisation, Besserung der Verhältnisse im Dachdeckerergewerbe.

In der Diskussion wurde den Ansichten von Görnich allgemein zugestimmt. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Zeit auch voll ausgenutzt werden müsse. Sie verlangten vom Vorstand tatkräftiges Handeln. Zum Schluß wurden noch einige Organisationsfragen erledigt.

Frauen-Leseabende.

Pankow. Montag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, für den Nordbezirk bei Schröder, Florantstr. 5; für den Südbezirk bei Heine, Berliner Straße 78. In beiden Bezirken: Vortrag.

Steglitz. Montag, den 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Kocael, Florantstr. 4, Vortrag des Genossen Julian Borchardt: Frauenfrage und Sozialismus.

Groß-Lichterfelde. Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Erpel, Berliner Str. 129, Vortrag des Schriftstellers Kurt Heintz: Nach dem Besprechung über Kinderferienspiele.

Bezirk Köpenick, Bepersick und Buck. Montag, den 15. Juni, im Lokal des Herrn August Lange, Köpenick, Siemensstraße, Vortrag der Genossin Anna Kahlke über „Sozialistische Kindererziehung“.

Wilmersdorf. Montag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Schilling, Lauenburger Str. 20, Vortrag der Genossin Käthe Dunder über: Wie erleben wir unsere Kinder im sozialistischen Elternteil? Diskussion, Verschiedenes.

Briefkasten der Redaktion.

N. M. 100. Ein Recht zur Einbehaltung der Rente hatten Sie nicht. Zahlen Sie die sofort und achten Sie darauf, daß ohne Vorbehalt quittiert wird. Abdam stellen Sie dem Vermieter eine Frist zur Beilegung des Streitstandes unter der Androhung, daß Sie nach Ablauf der Frist Klage erheben werden. Eine solche Klage erscheint durchführbar.

N. M. 99. Die Anwaltskosten kann zur Deckung der Kosten beizulagen werden. — **C. R. 1119.** Sie können unter Bezug einer Frist die Einlösung verlangen und androhen, daß Sie nach Ablauf der Frist die Versteigerung veranlassen werden. Bestreicht die Frist erfolglos, so können Sie durch einen Gerichtsvollzieher oder öffentlich bestellten Auktionator die Versteigerung vornehmen lassen. — **N. M. 71.** 1. und 2. Der Beschäftigungsnachweis muß erbracht werden. An die Handwerkskammer, Kosten nicht erheblich. — **T. M. 25.** Wenden Sie sich an das Kaiserlich deutsche Konsulat in Paris. — **M. G. 73.** Ja, das wäre möglich. Auch die Forderung von Ihnen gebührenden Wirtschaftssachen, soweit sie erheblich sind, ist zulässig. 2. Eine solche Liebreizung ist anfechtbar, insbesondere in dem Zeitraum von 3 Jahren. 3. Redner sind wir darüber nicht informiert. — **C. R. 17.** 1. Uninteressant haben Sie Anspruch auf den Urlaub. Die spätere Lohnrückforderung halten wir nicht für haltbar. 2. Ja. Jedoch ist für den Fall, daß die Urkunde die Frist eingereicht wird, eine Stempelstrafe wahrnehmlich. — **C. 1914.** 1. Ihre Tochter kann Angehörigenunterstützung beanspruchen. 2. Der Anspruch ist seitens Ihrer Tochter bei der Berufsgenossenschaft geltend zu machen. Die Höhe des Beitrages richtet sich nach den Einnahmen der Krankenkasse. 3. 4. und 6. Ja. 5. Ja, sofern Sie dort Ihren Wohnsitz haben. — **M. G. 27.** Staatsbeamtensteuer ja, Gemeindefortschrittsteuer nicht. — **C. R. 526.** Ihre Veranlagung ist unzulässig. Sie können bei der Kirchenbehörde reklamieren. Falls die Steuer von Ihrer Frau nicht eingezogen werden kann, sind Sie haftbar.

er mit seinem Ausschluß einverstanden sei und sein Mitgliedsbuch schon verbrannt habe. Wegen den Genossen Wohlfühl, bei dem mildernde Umstände vorlagen, hatte der Bezirksvorstand wegen Wohlfühlbruch auf eine scharfe Rüge erkannt. Nach langer Debatte wurde folgender zu der am 5. Juli stattfindenden Kreisgeneralversammlung gestellter Antrag gegen fünf Stimmen angenommen: „Die Kreisgeneralversammlung wolle beschließen, um eine bessere Finanzierung der Kasse herbeizuführen, und um den Mitgliederbestand zu halten und zu heben, die Hausfaktierung in sämtlichen Orten des Kreises sofort einzuführen. Die Kosten hierfür übernimmt die Kreisfasse. Die Gegner des Antrages führten an, daß durch die Einführung der Hausfaktierung die Zahlende überflüssig werden bzw. der Besuch derselben sehr zurückgehen würde. Die Befürworter des Antrages vertraten demgegenüber den Standpunkt, daß die Zahlende nach Einführung der Hausfaktierung keineswegs aufgehoben werden sollen, sondern vielmehr ausgebaut werden müßten. Eventuell müßten an Stelle der Zahlende Abteilungsversammlungen abgehalten werden. Der Kreisvorstand wurde bis auf den 2. Kassierer, der aus Spandau verzogen ist, wieder zur Wahl vorgeschlagen. Als 2. Kassierer wurde der Genosse Strehle in Vorschlag gebracht. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden gewählt die Genossen Köppen, Abekki und Gutz sowie die Genossin Strehle. Gemäß einem Antrag des 12. Bezirks wurde ein in früheren Jahren gefaßter Beschluß, daß Parteigenossen, die in den Vorstand gewählt werden, zwei Jahre dem örtlichen Wahlverein angehören müssen, aufgehoben. Da dies bei dem häufigen Wohnortwechsel eine Ungerechtigkeit gegen zuziehende Genossen, die oft in anderen Orten schon Parteifunktionen gewesen sind, sei. In derartigen Fällen wurde es dem Vorstand überlassen, von Fall zu Fall zu entscheiden. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß der Magistrat dem Bildungsausschuß Schwierigkeiten bereitet, das Waldfest auf der Bürgerablage abzuhalten.

Ferienspiele. Auch in Spandau soll in diesem Sommer mit den Ferienspielen begonnen werden. Die Frauenabteilung des Wohnvereins ist gewillt, während der Ferien mit denjenigen Kinder, welche keine Gelegenheit zu verreisen haben, an den Wochentagen, nachmittags, mit ihnen hinaus in den schönen Stadtwald zu wandern und sich ihnen im Spiel und der Unterhaltung zu widmen. Da für genügende Aufsicht durch Erwachsene gesorgt werden wird, so können alle Eltern ihre Kinder ohne jedes Bedenken anvertrauen. Den Eltern entstehen dabei keinerlei Unkosten. Es sind folgende Stellen eingerichtet, wo die Kinder unter Angabe der Adresse und des Alters zur Teilnahme an den Ferienspielen angemeldet werden können: E. Köppen, Vorwärts-Ausgabestelle, Reichlestr. 64; Otto Arendt, Seifengeschäft, Innarstr. 7; W. Bieper, Bigaretengeschäft, Reichlestr. 11; Frau Strehle, Reichlestr. 5, Gartenhaus 11.

Ein schauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Donnerstagmorgen um 5 1/2 Uhr in der Neuenfelder Straße. Die vierjährige Tochter des Genossen Kamm wurde vor dem Hause Nr. 79 von einem Beval überfahren und erlitt am Hinterkopf so bedenkliche Verletzungen, daß sie vielleicht zeitweilig Krüppel bleiben wird. Zwei Männer hoben das Kind auf und brachten es nach der elterlichen Wohnung. Auch der Führer des Bevals folgte mit seinem Gefährt bis dorthin. Alsdann fuhr derselbe in langsamem Tempo bis zur Pankowstraße und entfernte sich dann unerkannt. Zeugen des Vorfalls, insbesondere die beiden Männer, die das Kind aufhoben, werden gebeten, zwecks Untersuchung der Schuldfrage ihre Adressen bei Kamm, Kurstr. 21, abzugeben.

Nieder-Schönhäusen.

„Die letzten Vorgänge im Junterparlament und die Arbeiterklasse“ lautete das Thema, welches Landtagsabgeordneter Genosse Adolf Hofe am letzten Freitag in einer von Männern und Frauen gut besuchten öffentlichen Volksversammlung behandelte. Redner geistelte alle Vorgänge in und außer dem Parlament in vorzüglicher Weise. Das Proletariat habe es in der Hand, mit Junterparlament und Junterübermut gründlich aufzuräumen. Der Wasserstreik, aus der geschlossenen Kasse selbst entstehend, sei imstande, den feineren Kolos auf töhernen Füßen, die preussische Junterreaktion hinwegzujagen. Nur der Wille dazu müsse vorhanden sein. In der Diskussion betonte Genossin Matkale, daß auch die Frauen ein Interesse am Wahlrecht haben. Die Frauenleseabende sollten dieselben mit den Lehren des Sozialismus vertraut machen und zu Kampffähern für unsere Sache erziehen. Auch Genosse Raake unterstrich die Ausföhrungen und meinte, gerade die Angestellten, welche in mancher Beziehung schlechter gestellt seien als die Arbeiter, sollten sich unserer Bewegung anschließen. Der Vorsitzende Genosse Epping forderte dann die noch nicht organisierten Anwesenden auf, die ausliegenden Aufnahmescheine für den Wahlverein auszufüllen, um unsere Reihen immer mehr zu stärken. — Der Gesangverein „Zukunft“ trug vor Beginn und am Schluß der Versammlung je ein Kampflied vor.

Tegel.

Einbrecher hatten dem Gemeindevorsteher von Stolpe an der Nordbahn einen nächtlichen Besuch abgestattet und ihre Diebesbeute in Paketen glücklich weggebracht. Im hiesigen Ort wurden sie jedoch von einem Polizeibeamten, der ihr auffälliges Wesen beobachtet, festgenommen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Zentrum. Dienstag, den 16. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindehaus.
Tegel. Montag, den 15. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.

inem Eisgefäßt ereignete. An der Kreuzung der Brangelstraße wurde der Eiswagen, der gerade den Fahrdamm der Schloßstraße überqueren wollte, von dem Rotortwagen erfaßt und vollständig zertrübert. Der Wagenlenker wurde im Wogen auf die Straße geschleudert und schwer verletzt. Das Pferd wurde ebenfalls derart zugerichtet, daß es der Abdeckeri überwiesen werden mußte.

Charlottenburg.

Erweiterungsbau der Charlottenburger Volksbadeanstalt. Mit dem Abbruch der Häuser auf den für den Neubau der Volksbadeanstalt bestimmten Grundstücken Krummestr. 6-9 wird Anfang Juli begonnen werden, sobald die Mieter die Räume verlassen haben. Die Abrucharbeiten sollen so gefördert werden, daß der Neubau bereits im August in Angriff genommen werden kann. Die Bauleitung liegt in den Händen des Regierungsbaumeisters Kühne.

Ober-Schöneweide.

In der letzten Gemeindevertretersitzung teilte der Bürgermeister mit, daß 73 Bewerbungen für den Posten eines besoldeten Schöffen eingegangen sind. — Die von den größeren Vororten gewünschte Kollektivversicherung gegen Feuergefahr mit der Berliner Feuerweh, bei recht mäßigen Prämienhöhen, ist durch Einspruch der Gemeinde Weihenloose als gescheitert zu betrachten. Eine Vergütung von zinsfreien Darlehen an Arbeitslose soll nach dem Beschluß des kollektionalen Gemeindevorstandes nicht mehr erfolgen, weil hierzu kein Bedürfnis mehr vorliegt. Ausgezahlt wurden bis Ende 1915 M. an 300 Antragsteller. Von unseren Vertretern wurde betont, daß die Zahl der Arbeitslosen sich durchaus nicht verringert habe; es wäre daher zu wünschen, die Darlehen weiter zu gewähren. Dem Eigentümer der im Bau befindlichen keramischen Fabrik wurde gegen eine jährliche Anerkennungsgeld von 100 M. gestattet, ein Wasserlieferungsvertrag mit der Gemeindeverwaltung Krummestr. 9/10 zu schließen. Rente von 4208 M. wurde dem Wasserwerksbaufonds zugeführt. Zu einer längeren Debatte kam es bei dem Punkt: „Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule für Mädchen.“ Da die Sitzung aber nicht gut besucht war, wurde von bürgerlicher Seite ein Vertagungsantrag gestellt und auch mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen. Auch über die Einrichtung eines von der Gemeinde auf eigenen Grundstücken zu errichtenden Spielplatzes, kam es zu einer längeren Debatte. Den bürgerlichen Vertretern waren einmal die Kosten zu hoch, auch daß ihnen das Gelände zu „Kriegsspielen“ nicht; außerdem wollten sie so lange warten, bis der erst von Berlin in der Pankowstraße projektierte Spielplatz eröffnet würde, um dann den Magistrat von Berlin zu ersuchen, denselben auch hier für einige Tage den Kindern und Vereinen unseres Ortes zu überlassen. Dieser Antrag wurde abgelehnt; die Vereine bekommen also jetzt schon einen Sportplatz.

Orig.

Unter falscher Flagge. Versicherungsagenten gehen seit einiger Zeit in unserem Ort von Haus zu Haus, um Versicherungsverträge anzuschließen. Damit ihnen das besser gelingt, geben sie an, sie kämen von der „Volksfürsorge“. Kürzlich passierte allerdings einem dieser Agenten das Mißgeschick, daß derselbe bei der Frau eines für die „Volksfürsorge“ tätigen Funktionärs vorprach. Leider gelang es nicht, den Agenten festzustellen. Solche Vorkommnisse geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Auskunft über die „Volksfürsorge“ der Lagerhalter des Konsumvereins, Werder-Edel-Kungiusstraße, jederzeit unbedinglich erteilt.

Steglitz-Friedenau.

Der Männerchor Friedenau-Steglitz hält heute Sonntag im Restaurant „Stadtparl“ in Wilmersdorf sein diesjähriges Sommerfest ab. Da der Verein sich der organisierten Arbeiterkraft bei allen Anlässen, wo es notwendig ist, zur Verfügung stellt, werden die Genossen eruchtet, diese Veranstaltung durch ihren Besuch zu unterstützen. Billets sind bei den Bezirksleitern und bei den einzelnen Ortsvereinsmitgliedern zum Preise von 20 Pf. zu haben. Bei schlechtem Wetter findet das Fest eine Woche später statt; die Billets behalten dann Gültigkeit.

Friedrichsfelde.

Ueber den neuen Kurs gegen die Arbeiterbewegung referierte im letzten gemeinsamen Zahlabend Genosse Fritz Karnow. Scharf geißelte er die Aitenate gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die verschärfte Justiz, das sichtbarste Zeichen gegen die Arbeiterbewegung, werde indessen nicht imstande sein, dieselbe zu vernichten, sondern fester zusammenzufügen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen.

Abdam erstattete Genosse Schwenk den Kreisbericht. Im übrigen wurden Vereinsangelegenheiten erledigt.

Zum nächsten gemeinsamen Zahlabend ist ein Vortrag über die Nachversicherungsbildung vorgesehen.

Spandau.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins gab zunächst Genosse Köppen das Urteil des Bezirksvorstandes in dem Ausschlußverfahren gegen die Genossen Polzin und Wohlfühl bekannt. Der Bezirksvorstand hatte dem Antrage zugestimmt, den Genossen Polzin wegen Wohlfühlbruch und Nichtbeteiligung an der Stadterordnetenwahl aus der Partei auszuschließen. Genosse Polzin, der zu der Ausschlußbehandlung nicht erschienen war, hatte mitteilen lassen, daß

Saison-Ausverkauf

In all. Abteilungen Unterpreisangebote v. geradezu fabelhafter Billigkeit!

Unter anderem

Paletots aus Stoffen engl. Art und marineblau früher bis M. 30.—
Blusen aus farbiger und schwarzer Seide, Füll und Wollse früher bis M. 25.—
Kostüm Röcke früher bis M. 15.—
Morgentöcke früher bis M. 20.—

Kostüme aus guten Stoff, engl. Art u. einfarbig, 1. C. auf Seide, früher bis M. 32.—
Sportjacks aus wundervollen molligen Stoff, früher bis M. 32.—
Popelin-Paletots schick, hochmoderne Sachen, vorz. Qual., fr. b. M. 28.—
Woll-Muff-Kleid. und weiße Wolle-Kleider, früher bis M. 25.—

Herri Kostüme Stoffe engl. Art und einf., fr. b. M. 40.—
Popelin-Mant. und Paletots, prima Qual., eleg. Fasson, früher bis M. 33.—
Moireejacks schwarz und Seidenfärbung und Umhänge früher bis M. 30.—
Kleider all. Art, off. Art, weiß u. farb., fr. b. M. 30.—

Reinwoll. Chevots farblos, schwere Qualität, ca. 110 bis 140 cm breit...
Serge und **Popelin** farb u. schwarz, ca. 110 cm br.
Phantasieliederst. hellfarbig, ca. 110 cm breit
Reinwollene Serge u. **Sabardine** farblich u. schwarz
Kostümfstoffe hochleg. 130 cm breit
Gesellschaftsstoffe halbdunkel, hellfarbig

Gestr. Blusenstoffe farbige Alpakas
Karierte Wollstoffe
Einfarbige Leinen
Bede. Foulardine
Bedruckte Musseline
Schwer. Kostümlein.
Bedruckte Volles
Bede. Satins & Foul.

Getreu meinem Grundsatz, die neue Saison nur mit neuer Ware zu beginnen, habe ich das Herz, alle Sommerware um jeden Preis unbedingt zu räumen.

Fr. Gahn

Alexanderplatz
Landsberger Str. 60-63

Abgeordnetenhaus.

93. Sitzung. Sonnabend, den 13. Juni 1914. Vormittags 10 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Weseler.

Der Antrag der Staatsregierung, die Zustimmung zur Vertagung des Landtags vom 16. Juni bis zum 10. November, während welcher Zeit aber mehrere Kommissionen weiterarbeiten sollen, zu erteilen, wird angenommen.

Der Präsident teilt dazu mit, daß die Kommissionsmitglieder die Tagelöhner von 15 M. weiter beziehen werden.

Abg. Lippmann (Rp.)

konstatiert unter dem Gelächter der Rechten, daß die Sozialdemokraten zu dieser Vereinbarung der Parteien nicht zugezogen worden sind und wünscht dann, daß die Kommissionsmitglieder auch für die Reisetage Diäten erhalten sollen. Man will das jetzt durch eine einfache Verfügung des Präsidenten regeln. Ich halte aber die Zustimmung des Hauses hierzu für erforderlich.

Präsident Graf Schwerin-Löwit

erklärt, daß sein Vorgehen durchaus der Praxis des Hauses entspricht. Dies wird von einem Regierungsmitglied bestätigt.

Abg. Lippmann (Rp.)

bält daran fest, daß nicht der Präsident, sondern das Haus mit der Regierung über die Diätenzahlung für die Reisetage zu entscheiden hat und wünscht, daß in die Verfügung des Präsidenten ausdrücklich der Satz aufgenommen werde, daß für jeden Tag der Teilnahme an den Kommissionsitzungen, auch für die Tage der Zu- und Abreise die Diäten gezahlt werden.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.)

stellt fest, daß seine Fraktion von der ganzen Vereinbarung nicht verständigt wurde (Lachen rechts). Sie laden jetzt über die Millionen preussischer Bürger, die hinter uns stehen (Lachen rechts). Sie, Herr Abgeordneter Schulze-Pellum, sollten als Mitglied des Bureau des Kommando zum Tode gehen (Abg. Schulze-Pellum: Ich habe kein Kommando gegeben, ich verbitte mir solche Unverschämtheit). Ich überlasse es dem Hause, festzustellen, ob Ihre Unverschämtheit größer ist oder die meine. (Der Präsident ruft den Redner und dann auch den Abg. Schulze-Pellum zur Ordnung.) Halten Sie Ihre Konventikel nur ruhig allein ab, uns schaden Sie dadurch nicht!

Nach weiteren Auseinandersetzungen erklärt sich der Präsident bereit, die Verfügung dahin zu ändern, daß die Tagelöhner auch für die Reisetage gezahlt werden.

Im Laufe der weiteren Geschäftsordnungsdebatte erwähnt

Abg. Dr. v. Campe (natl.)

daß sein Parteigenosse Hausmann, der Vorsitzende der Fischereikommission, der heute nicht anwesend sein kann, durch ihn den Wunsch übermitteln läßt, daß diese Kommission schon möglichst bald zusammentrete.

Abg. Dr. v. Pappenheim (l.) macht dazu den Vorschlag, daß der der Kommission gar nicht angehörende Abg. Dr. v. Campe als Hausmanns Vertreter die Kommission eben bald einberufen soll.

Es folgt der Antrag der Geschäftsordnungskommission, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hammer (l.) in einem Privatbeleidigungsprozeß zu verjagen.

Abg. v. Disfarth (l.)

beantragt, die Genehmigung zu erteilen. Es sei eine Unsitte des Hauses, die Genehmigung stets zu verjagen; daß das Haus dies nicht tut und nicht geschlossen werde, sei ja nur ein Zufall, der der Justiz nicht in den Arm fallen dürfe. Uebrigens habe Abgeordneter Hammer selbst den Wunsch, den Prozeß beendigt zu sehen. — Abg. Hengsberger (fl.) schließt sich an.

Abg. Dr. Schiffer (natl.)

Dem Wunsche des Abg. Hammer soll man stattgeben, wenn keine zwingenden Gründe dagegen sprechen. Der Prozeß kann ihn auch während der viermonatigen Vertagung nicht in seiner parlamentarischen Tätigkeit beeinträchtigen.

Abg. Waldstein (Rp.)

widerspricht dieser Auffassung, denn jeder Abgeordnete kann bei den Kommissionsarbeiten als Mitglied oder als Berater seiner Partei genossen gebraucht werden. Die Willensänderung des Abgeordneten Hammer gestern wurde in der Kommission ausdrücklich erklärt, daß er nicht ausgeliefert werden wolle. (Hört! hört! links; Juchse rechts: „Unwahr“, die Abg. v. Pappenheim über auf angebliche Juchse der Sozialdemokraten bezieht) — scheint uns am Hindlich auf den Fall Liebnecht erfolgt zu sein (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Nicht der Wunsch des Abgeordneten, sondern das Recht des Parlaments ist maßgebend.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.)

Ein Recht des Abgeordnetenhauses darf nicht aufgegeben werden. Kein Parlament liefert seine Mitglieder während der Session aus. Wir haben die Rechte des Parlaments zu schützen, und Hammers Willensänderung darf auf die Mehrheit deshalb keinen Eindruck machen; sie ist übrigens erst eingetreten, als unter Antrag auf Einstellung im Falle Liebnecht vorlag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 2) Jahre lang haben die Konservativen gegen die „Anstie“ des Hauses keinen Einspruch erhoben, und jetzt, wo der Fall Liebnecht vorliegt, tun sie es auf einmal. Nach außen können Sie sich so dumm stellen, wie Sie wollen, das kann uns nur angenehm sein, aber wir stellen fest, daß Sie jetzt einen Präzedenzfall schaffen wollen, nachdem Sie später handeln können. Kein Abgeordneter, dem es mit den Rechten des Parlaments ernst ist, kann diese Absicht mitmachen. (Beifall bei den Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei. — Widerspruch rechts.)

Abg. Herold (3.)

Der Wunsch des Abgeordneten selbst ist von wesentlicher Bedeutung. Das Haus hat seinerzeit auch auf Wunsch meines Parteigenossen Underberg die Genehmigung erteilt.

Abg. v. Disfarth (l.)

bestreitet, daß Hammers Willensänderung unter irgend welchem Jureden erfolgt sei. Hammer sei solchem Jureden gar nicht zugänglich.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.)

stellt nochmals fest, daß die Zustimmung Hammers zur Verfolgung erst nach der Einbringung des Einstellungsantrags in Sachen Liebnecht gegeben wurde.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung Hammers wird gegen die Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten erteilt.

Es folgt der Antrag Braun (Soz.) auf Einstellung des vor dem Ehrengerichtshof der Rechtsanwälte in Leipzig schwebenden Verfahrens gegen den Abg. Dr. Liebnecht (Soz.) für die Dauer der Session.

Abg. v. Disfarth (l.)

beantragt, gemäß der Praxis des Hauses Ueberweisung des Antrages an die Geschäftsordnungskommission.

Abg. Dr. Schiffer (natl.)

stimmt zu, wünscht jedoch, daß diese Kommission noch heute zusammentrete, damit bestimmt noch das Haus in dieser Sache entscheiden könne.

Abg. Waldstein (Rp.)

Es handelt sich um eine Parteitagrede Liebnechts, durch die der Zar beleidigt worden sein soll. Die Anwaltskammer Berlin hatte ein Verfahren auf die Denunziation hin abgelehnt; das Kammergericht ordnete das Verfahren an, das einen Verweis ergab. Es liegt gar kein Interesse vor, der zweiten Instanz jetzt die Wege zu ebnen und von dem seinerzeit gefaßten Beschluß des Hauses abzugehen, dieses Verfahren für die Dauer der Session einzustellen.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.)

Schon aus den vom Vorredner angeführten Gründen muß das Haus die Verfolgung einstellen, aber auch dann, wenn man nicht will, daß ein Attribut persönlicher Majestät der Mehrheit soll angenommen werden können. Der Reichstag hat einstimmig die Einstellung des Verfahrens beschlossen und das gleiche hier zu tun, ist einfach eine Anstandsmaßnahme. Nach einer Vereinbarung der bürgerlichen Parteien haben wir heute unsere letzte Sitzung, in der eine sachliche Verhandlung möglich ist, die Ueberweisung der Sache an die Kommission würde also nur ein Begräbnis bedeuten, wogegen wir als eine politische Unaufrichtigkeit der Verwahrung einlegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. Dr. Schiffer (natl.) und Herold (3.) wenden sich gegen die Auffassung des Vorredners, daß die Zustimmung des Abgeordneten zu seiner Verfolgung die Hauptbedingung sei.

Abg. Haenisch (Soz.)

weist nochmals scharf darauf hin, daß nach dem Arbeitsplan der bürgerlichen Parteien eine nochmalige Beratung dieser Sache ausgeschlossen erscheine. Er zitiert die Reden des Zentrums und der Nationalliberalen, als das Haus 1911 die Einstellung des Verfahrens gegen Liebnecht beschloß und beweist daran die totale Schwankung dieser Parteien.

Abg. Waldstein (Rp.)

wünscht, daß das Haus am Dienstag über den Kommissionsbericht verhandle.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.)

beantragt, daß die Kommission noch heute beraten soll.

Abg. Frhr. v. Jedlis (fl.)

meint, daß die Sache noch am Dienstag beraten werden könne.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwit

Ueber die Einberufung der Kommission hat nur ihr Vorsitzender zu entscheiden, es ist das der Abg. Mathis (natl.), er ist aber nicht anwesend.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.)

erzucht nochmals, die Sache nicht ins Wasser fallen zu lassen.

Das Haus beschließt gegen die Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen, die Angelegenheit der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Nachdem Abg. Ad. Hoffmann (Soz.) nochmals verlangt hatte, daß die Kommission noch heute zusammentrete, erklärt

Abg. v. Kröcher (l.)

daß die Kommissionen ebenso souverän sind als das Haus und daß das Haus in ihre Dispositionen nichts hineinzureden habe.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.)

Ich stelle fest, daß Abg. v. Kröcher diese Erklärung nicht schon vor der Abstimmung abgegeben hat. Jetzt weiß man wenigstens, wo es hinaus will.

Die erste Beratung des Fideikommissgesetzes.

Abg. Delbrück (l.)

wünscht Ausdehnung des Gesetzes auf den bäuerlichen Besitz und bringt dann die bekannten Argumente für die Fideikommission, den Zusammenhalt der Familien und dergleichen mehr vor. Zum Schluß erklärt er die gestrige Rede des Abg. Hoyer für ordnungswidrig und für eine Gehässigkeit, der sich nur jemand schuldig machen könne, der in Folge ständiger Arbeit in einer fanatischen Bewegung blind geworden sei. (Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Spee (3.)

begrüßt den Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Fideikommission aus ihrer Vorliebe für einen gleichmacherischen Zukunftsstaat. Die altgermanische Einrichtung der Fideikommission soll auch auf die Bauern ausgedehnt werden können.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer

Das wäre ja gewiß erwünscht, aber das Fideikommissrecht ist zu kompliziert, um auf jeden mittleren und kleineren Besitz angewendet werden zu können. In Rheinland und Westfalen besteht bei den Bauern leider sehr wenig Reinkunz und Westfalen besteht bei den Bauern leider sehr wenig Reinkunz, ihren Besitz für alle Zeiten festzulegen. Wir ersehen die Auslegung des Auerbenedikts geeigneter. Wir stimmen alle darin überein, die Festlegung des Grundbesitzes nicht allein der Großgrundbesitzerlaste zu ermöglichen.

Abg. Eder-Winsin (natl.)

Die innere Kolonisation muß um so mehr gefördert werden, als wir nicht mehr so wie früher auf russische Landarbeiter rechnen können. Es muß eine Gewähr dafür gegeben werden, daß der Großgrundbesitz nicht zu stark überhand nimmt, und es muß die Auflösung bestehender Fideikommissionen erleichtert sowie den Rechten der Fideikommissbesitzer entsprechende Pflichten gegenübergestellt werden. Wir dürfen der Kommission nicht eine bestimmte Richtschnur geben, und deshalb erscheint uns der Zentrumsantrag, auch Bauernfideikommissionen in das Gesetz hineinzuarbeiten, für formal unzulässig. Das kostbare Gut des Bauentums müssen wir erhalten. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Wolke (fl.)

lobt die Sachlichkeit der Debatte, von der nur die Sozialdemokraten eine Ausnahme gemacht hätten. Der Versuch eines reichsgesetzlichen Fideikommisses ist bisher immer gescheitert.

Abg. Pohl (Rp.)

behandelt die Fideikommissfrage vom rechtshistorischen Standpunkt und verurteilt die weitgehenden Rechte des Stifters über den Tod hinaus. Der Zweck, den Familienbesitz auf Sohn und Enkel zu vererben, wird am besten durch das Auerbenedikt erreicht.

Durch einen Schlußantrag wird dem Abg. Hoyer (Soz.) dessen gestrige Ausführungen von fast allen Rednern auf das heftigste angegriffen worden, das Wort abgeschnitten! Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern, nachdem auf Wunsch des Abg. v. Heydebrand (l.) der Zentrumsantrag zurückgezogen worden war, der der Kommission die Befugnis geben wollte, ein bäuerliches Fideikommissrecht hineinzuarbeiten. — Eine Anzahl Petitionen, zu denen keine Vorordnungen vorliegen, werden ohne Debatte erledigt. — Der Präsident teilt mit, daß die Geschäftsordnungskommission Montag mittag die Angelegenheit Liebnecht beraten wird, ihr mündlicher Bericht soll event. Dienstag um 11 Uhr beraten werden. Dienstag nachmittag werden in beiden Häusern Sitzungen zur Entgegennahme der Vertagungsorder stattfinden.

Wo bleibt das Wahlrecht?

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.)

Ich beantrage, Montag und Dienstag noch wirkliche Plenarsitzungen abzuhalten, denn wir haben noch eine Reihe dringender Sachen zu erledigen, vor allem, worauf das preussische Volk wohl den größten Wert legt, den Wahlrechtsantrag. (Lachen rechts.) So lange wir kein anderes Wahlrecht haben, können Sie freilich lachen, aber wir wollen, daß endlich einmal die wichtigste Aufgabe der Gegenwart erfüllt wird und das Volk sein Recht bekommt. Ihr Lachen beweist Ihre

Wissachtung und Verhöhnung des Volkes

es ist die schlimmste Herausforderung. Wozu denn jetzt zwei freie Tage, wo doch seit Jahr und Tag die Initiativanträge aus dem Hause nicht mehr zur Verhandlung kommen und der Landtag nur noch Regierungsvorlagen erledigt. Legen Sie selbst so wenig Wert auf Ihre eigenen Anträge? Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die bürgerlichen Freidenker verlangen dringend die Beratung des Antrages über die Dissidentenkinder, in dessen Richtberatung mit Recht eine Pflichterlegung des Landtages erblickt wird, dertwegen bereits der Preussener Freidenkervertrag und die Konvention große Summen zur Förderung der Kirchenaustrittsbewegung bewilligt haben. (Abg. Busch (3.): Vorfrüchte der Sozialdemokratie!) Alles, was Ihnen nicht in den Kram paßt, alles, was vernünftig ist, nennen Sie sozialdemokratisch! Uns kann's recht sein! Das Petitionsrecht des Volkes steht bei dieser Geschäfts-führung des Landtages ebenfalls auf dem Papier. Für das Wahlrecht haben Sie keine Zeit, für die Befestigung des Gewissenszwangs auch nicht;

auf das Petitionsrecht des Volkes wird hier geprüfften,

nur für Regierungsvorlagen und zur Vertretung Ihrer Interessen haben Sie Zeit. (Großer Lärm rechts.) Die Fragen, die das Volk tief aufwählen, wollen wir auf die Tagesordnung gesetzt sehen. Um Sie es nicht, dann beweisen Sie, daß Sie das Volk verhöhnern und verspotten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts. Ordnungsruf des Präsidenten.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (l.)

protestiert namens der bürgerlichen Mitglieder des Hauses gegen diese Rede Hoffmanns. Wir haben unsere Pflicht getan und getan, ebe noch die Sozialdemokraten hier herein kamen und die Gesche des Landes sind dabei nicht schlecht gefahren. Eine Belehrung von den Sozialdemokraten lehnen wir ab. Die bürgerlichen Parteien haben sich geeinigt, in der nächsten Woche nichts Materielles mehr zu erledigen. Wir sitzen seit 6 Monaten hier und eine Anzahl von uns hat auch noch etwas anderes zu tun. Das Haus ist nur noch schwach besetzt, da ist es nicht richtig, schwierige und zweifelhafte Dinge zu erledigen. Herr Hoffmann wird sich mit seinen wichtigen Fragen der Dissidentenkinder und des Wahlrechts begnügen müssen, bis auf den Herbst zu warten, um dann die ihm gebührende Antwort zu bekommen. (Großer Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.)

protestiert ebenfalls gegen die Rede Hoffmanns, beteuert, daß es seiner Partei mit der Verhandlung dieser Fragen ernst sei, aber sie wolle parteiagitorischen Bestrebungen nicht dienen, und um die nötige Zeit zu gewinnen, müßten kürzere Reden gehalten werden.

Abg. Frhr. v. Jedlis (fl.) fährt dasselbe aus.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.)

Wer hat denn hier agitatorischere Reden gehalten, als zum Beispiel Diederich Hahn, und heute erst hat der freikonservative Graf Wolke eine übermäßig lange Rede gehalten. Nicht belehren wollte ich, sondern darlegen, was nach unserer Ueberzeugung die Pflicht des Hauses ist. Füllen wir doch mindestens noch die Tage aus, die wir zur Verfügung haben. Wir müssen wohl mehr für unser Brot arbeiten als die Konservativen, wir verlangen nicht, daß die Session verlängert werden soll, aber es ist unsere Pflicht, die Sitzungszeit auch auszunutzen. Die bürgerlichen Parteien werden doch vollzählig hier sein, um die allerhöchste Wichtigkeit in Empfang zu nehmen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Oder meinen Sie, daß alle ausruhen, um ihre Fabrikarten herauszuschicken, damit sie doppelte Reisespesen bekommen? (Lärm rechts. Ordnungsruf des Präsidenten wegen unwürdiger Unterstellungen.) Eine zweifelhafte Frage ist uns das Wahlrecht nicht, aber man darf das Volk nicht immer wieder hintanhalten und ihm das Petitionsrecht illusorisch machen. Wenn es agitatorisch ist, von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart zu sprechen — diese Parole ist doch von sehr hoher Stelle ausgegeben und wir verlangen, daß ihr Folge geleistet wird. (Dravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lippmann (Rp.)

Wir haben uns in dem losen Parteikonvent mit der Vertagung der Wahlrechtsfrage einverstanden erklärt, die ja erst lehtin hier besprochen wurde und, wie wir erwarten, im Herbst vor einem stärker besetzten Haus behandelt werden wird. Die Art und Weise des Abg. Hoffmann mißbilligen wir aus äußerster. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Auf Antrag Herold (3.) wird die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen; in persönlichen Bemerkungen sehen sich die Abgeordneten Ad. Hoffmann (Soz.) und Lippmann (Rp.) noch ausdeinand. — Bei der Unterhütungsfrage ergeben sich für den Antrag Hoffmann nur die Sozialdemokraten, es bleibt somit bei dem Vorschlag des Präsidenten. Schluß nach 1/5 Uhr.

KNORR Die Beliebtheit der Knorr-Suppenwürfel nimmt ständig zu. Das liegt an dem besonderen Wohlgeschmack und der Ausgiebigkeit der Marke: „Knorr“! Versuchen Sie: Knorr-Reisuppe, Rumpfsuppe, Erbsensuppe. 1 Würfel 3 Teller 10 Pf.

Möbel
Engros-Lager
Berliner Tischler- u. Tapezierermeister

Wir liefern direkt an Privatspezialität: **gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen** in erstklassiger Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen.
10 Jahre Garantie
Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 328, 428, 532, 640, 814, 992, 1088 bis 3500 Beste Verarbeitung
Speisezimmer: M. 298, 333, 426, 505, 622, 781 bis 4000
Wohnsalon: M. 242, 369, 429, 543, 736, 850 bis 2500
Herrenzimmer: M. 209, 328, 487, 550, 627, 752 bis 3000
Neuzeitl. Küchen: M. 51, 58, 75, 93, 125, 169, 249, 450
Ständiges Lager von ca. 300 Einrichtungen. Enorme Auswahl bis zum Ausverkauften. Illustr. Katalog u. Referenzliste gratis.
Frankfurterstraße durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude. Bis 120 km durch eigene Mobellauten. Einzelmöbel.

Albert Gleiser
G.M.B.H.
Berlin C. 33
Alexanderplatz
Alexanderstrasse 42

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshäuser.
Sonntag, den 14. Juni,
Nachm. 3 Uhr:
Deutsches Opernhaus: Die lustigen
Weiber von Windsor.
Abendstellungen
Montag, den 15. Juni,
Mittwoch, den 17. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Neues Volks-Theater: Hans Gude-
heim.
Neue Freie Volkshäuser.
Sonntag, den 14. Juni,
Nachm. 3 Uhr:
Neues Volks-Theater: Hans Gude-
heim.
Lehring-Theater: Phylaxion.
Abends 8 Uhr:
Neues Volks-Theater: Hans Gude-
heim.
Abends 8 1/2 Uhr:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend:
Hans Gudeheim.
Freitag: Maria Friedländer.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.
Montag, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Klein-Eva.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Montag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (II. Teil).
Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater am Nollendorferplatz 5.
8 1/2 Uhr:
Der Juxbaron.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorfer 1363.
Täglich 8 Uhr:

Jeppe vom Berge.
Theater a. d. Weidendammerbrücke.
Heute 3 Uhr (II. Preis) u. 8 Uhr,
sonstige Montag, den 15. Juni:
Zum **100. Male:**
Der müde Theodor.
Vorher Austr. d. engl. Langhülserin
Willy Mac Keen.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Scheidungs-Ehe.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Zwischen Himmel u. Erde
Auf der Gartenbahn
Mund um die Ecke. Or. Meur.
Vorh: Konzert, Spezialität (Anf. 4 1/2 Uhr)

Passage - Panoptikum.
Lebend!
Die letzten
weiblichen
Azteken!
Der unfesselbare Rappo,
der König der Ausbrücker.
Agg, die schwächende Jungfrau.
Buddhas Geistesstafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Voigt-Theater
Südstraße 58.
Heute, sowie täglich:
Das Mitternachtsmädchen.
Gr. Ausstattungsbühne in (Bel. u. Tanz)
in 3 Akten u. Aufzügen von Spezial-
tänzerin allerersten Ranges
Kaffeneröffnung 3 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Kartellverband Groß-Berlin
für Sport und Körperpflege
Am Sonntag, den 14. Juni, in „Schloß Weißensee“
Inhaber: Schilling
Allgemeines
Arbeiter Sport-Fest
Großes Doppelkonzert
Gesang :: Sportliche Aufführungen der Turner, Schwimmer,
Athleten, Radfahrer :: Kinderspiele sowie Volksbelustigungen
Großes Feuerwerk
Einlaß 1 Uhr * Anfang des Konzerts 3 Uhr * Einlaßkarte 20 Pfennig.
In heiden Sälen Tanz
(Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach)
Die beiden Kaffeeküchen sind von 2-6 Uhr geöffnet
(1 Liter 20, 1/2 Liter 40 Pf.)
Ausführliches Programm an der Kasse.
Fahrverbindung: Linie 10, 59, 60, 61, 62, 63, 72, 73, 163 und 2, Autoomnibus 12,
sowie Stadt- und Ringbahn: Station Weißensee. 296/3
Um zahlreichen Besuch der Arbeiterschaft bittet **Das Komitee.**

Luna-Park
Täglich Doppelkonzert.
Neu! Das Heidelberger Faß auf Reisen.
Beduinendorf
Luna-Ball — Semi Twister — Scenic Railway.
Wirtschaftsbetrieb: Bernhard Hoffmann. **Entree 50 Pf.**

Admiralspalast
Eisarena.
Heute 2 Vorstellungen
nachm. 1/2 Uhr, abends 7/8 Uhr
Das effektvolle Eisballett: „Die
lustige Puppe“. Außerdem
abds. d. Nov. „Im Tangoklub“. Nehm.
u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassens-
preise. — Wein- u. Bier-Abteilung.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Sonntag 4 Uhr (samt 211. Male)
Mit dem „Imperator“
nach New York.
8 Uhr:
Zum Hochfürn d. Jungfrau
Montag 8 Uhr:
Mit dem „Imperator“ nach New York.

Zirkus Busch.
Gastspiel des
Deutschen Theaters
Direktion: Max Reinhardt.
Das
Mirakel
Anfang 8 1/2 Uhr.
Letzte Vorstellung.

ZOOLOG
ischer Garten
Heute ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert
(3 Kapellen).
Eintrittspreis:
ZOO je
Aquarium **50** Pf.
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte
Neu! Neu!
AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends

Aktien-Brauerei Friedrichshain (fr. Lipps)
am Königstor
Sonntag, den 21. Juni 1914
Großes Sommerfest
veranstaltet vom 69/17
Zentralverband der Fleischer und Berufsgen. und Gesangsverein „Männerchor Ost“
Filiale Berlin Mitglied des D. A.-S.-B.
Konzert vom Berl. Konzerthausorchester
unter persönlicher Leitung von Fr. v. Bion
Chorgesang vom „Männerchor Ost“.
Turnerische Aufführungen von Mitgliedern des
Turnvereins „Fichte“, M. d. A.-T.-B.
Beginn des Konzerts 4 Uhr.
Die Kaffeeküche steht von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Im großen Saale von 6 Uhr ab Tanz.
Billett im Vorverkauf 25 Pf. zu haben bei: Paul Schneider,
Hufelandstr. 30, Max Massant, Marienburger Str. 7, E. Kirste,
Schreinerstr. 9, R. Kline, Passener Str. 15, F. Huppke, Wei-
denberger Str. 8, Hans Kupfer, Wolfener Str. 33.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Herr Direktor Kuhlicke
Ullem. Burleske
von Rejchel.
Anfang
heute
7 1/2 Uhr.

Schwarzer Adler.
Lichtenberg, am Ringbahnhof Frankfurter Allee.
Nur noch 2 Tage
Auftreten des Neger-Quartetts
The 4 Black Diamonds.
Verwandlungs-Sänger, Tänzer und Komiker
und der anderen Spezialitäten.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute Sonntag, sowie täglich:
Gr. Extra-Konzert
und **Varieté-Vorstellung.**
Das phänomenale Juni-Programm.
16 erstklassige Varieté-Nummern.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Varieté-Vorstellung 6 Uhr.
Entree 25 Pf.
Im Riesen-Festsaal: **Gr. Ball.**
Anfang 4 Uhr.

Café Weddingpalast
Müllerstr. 182-183
täglich grosses
Künstler-
Konzert.
Anfang 4 Uhr.
Inh:
C. Sittsamstein.

Am Fried- Am
richshain 29/32 **Schweizergarten** Königstor
Heute Sonntag:
Das brillante Juni-Programm.
Im großen Saale: **BALL.**
Anfang 4 Uhr, x x x Entree 30 Pf.
Das Etablissement ist an d. Wochentagen an Vereine z. vergeben.

Restaurant Parkschloß
Am Treptower Park 66, Ecke Parkstraße.
Inh. Friedrich Kubat. Tel: Moritzplatz 3474.
Großer schattiger Garten. Säle zum Abhalten von Ver-
sammlungen u. Vergög. jed. Art.
Vereinszimmer frei.
Jeden
Sonntag: **Freikonzert u. Kaffeekochen.**
In dieser Saison noch verschiedene Sonnabende frei.

Berliner
Kindl-Brauerei-Ausschank
Hermannstraße 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79
Oekonom: Robert Bergner.
Montag, Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag:
Großes Garten-Konzert
Jeden Sonntag **Ball.**
u. Donnerstag:
Jeden
Mittwoch: **Kinder-Freudenfest.**
Große Verlosung von wertvollen Gegenständen, Packung,
Bonbonregen, Kaspertheater. Entree inkl. Los 15 Pf.
Anfang 4 Uhr.

Metropol-Theater.
abends 7 Uhr 55 beginnt:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

WINTER GARTEN
Neues Programm:
Radjah
in ihren Tänzen
Johnson u. Dean Jeannette Denard
Ragtime mit ihrem
Sextett mit ihrem
Ballon
sowie
10 hervorragende Kunstkräfte
Entreeplatz wochentags
M. 0.50.
- Rauchen gestattet!

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Leibwächlerin.
Die Amordragoner.
Das Bett Napoleons.
Ah - da stann' ich.

Max Klem's Sommertheater
Pl.: Bd. Schmidt, Solenhöhe 11/12
Täglich:
Große Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung auf 2 Bühnen.
Jede Woche neues Programm
Anf. d. Konz. 4 Uhr, d. Post. 6 Uhr

Alhambra
Wallner-Theater-Strasse 15.
Jeden **Großen Ball.**
Sonntag:
Große Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr. A. Zametlat.
Für den Inhalt der Anzeigen
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Öffentliche politische Versammlungen.

Öffentl. Volksversammlung

am Dienstag, den 16. Juni 1914,

abends pünktlich 8 Uhr,

in den Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110

Tagesordnung:

Aus russischen Kerkern.

Ein Hilferuf!

Die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands.

Vortrag des Schriftstellers Ernst Reuter mit erläuternden Lichtbildern.

Zu der Versammlung werden Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. vorausgibt, die in nachfolgenden Ausgabestellen zu haben sind:

- Zigarrengeschäft Schröder, Hagenbergstraße 54/55.
- Zigarrengeschäft Dorisch, Engelauer 15.
- Zigarrengeschäft Baumann, Jungstraße 30.
- Bureau des 4. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11. Von 9-1 und 5-7 Uhr.
- „Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4.
- Zigarrengeschäft Schneider, Hufelandstraße 30.
- Restaurations Diesel, Brunnenstraße 150, im Hof.
- Restaurations Friedrich, Gerichtstr. 10.
- Restaurations von Paersch, Oldenburger Straße 10.

Der Uebereschuß wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands zugewendet.

190/17* Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Gewerkschaftshaus, Bezirk Groß-Berlin, Sektion IV, Engelauer 14/15 II. Bureau-Zimmer 27, 31-37, 42-44. Teleph.: Amt Wpl. 2382 u. 4747. Arbeitsnachweis: Amt Wpl. 3348. Zweigbureau u. Arbeitsnachweis f. Charlottenburg: Köllnische Str. 3. Teleph.: Amt Wpl. 4157.

Sektion IV: Kraftdroschkenführer.

Am Montag, den 15. Juni 1914:

für Nachtfahrer früh 6 Uhr, für Tagfahrer abends 7 Uhr, in den „Musikerfälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 31:

Versammlung.

Tagesordnung:

Die Ablehnung des Schiedspruchs der Unternehmer und unsere Stellungnahme dazu. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in diesen Versammlungen zu erscheinen. Nur Mitgliedsbuch legitimiert und wird an der Kontrolle abgefeimpelt.

Die Branchenleitung. S. N.: M. Leising.

Orts-Krankenkasse der Schlosser

und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 22. Juni d. J., abends 8 Uhr, findet im Lokale von G. Wollschläger, Berlin, Landberger Straße 89, eine

Außerordentliche Ausschuß-Sitzung

statt.

Tagesordnung:

Beratung und Beschlußfassung über die nach § 351 der Reichsversicherungsordnung für die Angehörigen unserer Krankenkasse aufzustellende Dienstordnung. Die Beschlußfassung erfolgt nach § 355 der Reichsversicherungsordnung für Arbeitgeber und Beschäftigte getrennt.

Die Mitglieder des Ausschusses werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die überleitete Legitimation ist am Eingang vorzulegen.

Der Vorstand,

H. Volzin, Vorsitzender.

Prima Stadtgasthof, goldhohere Eröffnung gute Gebäude, 1300 Hektar Acker u. Wälder, bester Wein, Bier, Spirituosen, etc. 2. Berlin, Hauptstadt, für 45.000 bei 6000 Hektar. Max Post, Fürstenberg i. Meckl. 211/7

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 17. Juni 1914, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl von vier unbefehlten Mitgliedern für den Hauptvorstand.
2. Diskussion über den Bericht vom Verbandstage.
3. Wahl der Prüfungskommission.
4. Wahl der Revisoren für die Hauptkasse.
5. Wahl des Hauptvorstandes.
6. Wahl eines Revisors für die Ortsverwaltung.

Schirmarbeiter und -Arbeiterinnen!

Dienstag, den 16. Juni 1914, abends 8 Uhr, im „Englischen Hof“, Alexanderstr. 70:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere Lage und wie verbessern wir dieselbe?
2. Diskussion und Verschiedenes.

Branche der Vergolder.

Montag, den 15. Juni 1914, abends 6 Uhr, im Lokal von Max Hedmann, Engelauer 1:

Versammlung

aller in den Grundieranstalten und Belegereien beschäftigten Personen.

Tagesordnung:

1. Warum sind in unserer Branche die Löhne so niedrig und die Arbeitszeit so lang?
 2. Verbands- und Tarifangelegenheiten.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden alle Kollegen und Kolleginnen dringend ersucht, in der Versammlung zu erscheinen.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung.

1. Die Lage der Maschinenarbeiter.
 2. Verbandsangelegenheiten.
- Wegen dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Modell- und Fabrikstischler.

Montag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12:

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht von der Branchenkonferenz.
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kammacher.

Dienstag, den 16. Juni, abends 7 Uhr, findet bei Gernel, Holzmarktstr. 21, eine

Vertrauensmänner-Versammlung

statt.

Achtung! Bibliothek. Achtung!

Vom Montag, den 15. Juni, ab werden keine Bücher mehr ausgegeben. Bis zum 30. Juni müssen alle noch ausstehenden Bücher wegen Inventur eingeliefert sein.

Die Ortsverwaltung.

Laubenland.

50 Morgen sehr guter Boden und 3 große Sportplätze billig zu verkaufen. Adress: F. Lange, Reinickendorf (West), Eichbornstraße 10. Telephon: Rein. 124.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Nowawes und Umgegend.

Am Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Volkgramm, Wilhelmstraße 41, eine

Ausschuß-Sitzung

statt, zu der die Mitglieder des Ausschusses hierdurch ersucht eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses.
2. Beschlußfassung über die Dienstordnung für die Angestellten gemäß § 351 R.V.O.
3. Nebenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Nowawes, 12. Juni 1914. Der Vorstand. Werken, Vorsitzender.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Fliesenleger u. Hilfsarbeiter.

Montag, den 15. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Saal 5 des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Tagesordnung: Langieren die Anträge zum Gewerkschaftsstatut die Berliner Fliesenleger? Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Die Sektionsleitung.

Sektion der Steinholzleger und Helfer.

Dienstag, den 16. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Wille, Sebastianstr. 39.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht und trotzdem ist es Pflicht aller Mitglieder, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Berlin.

Sebastianstr. 37/38. Telephon: Amt Kochplatz 97/7

Herren- und Stapelkonfektion.

Montag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Königgraben:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Der Ablauf des Tarifs in der billigen Konfektion am 31. Dezember d. J., und was bedeuten unsere Kollegen zu unternehmen? Referent: Kollege Kriente. 2. Die letzten Vorgänge in unserer Branche. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Vollzähliges Besuch erwartet. Die Kommission.

Wäsche- u. Krawatten-Branche.

Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Musiker-Vereinshaus“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

Außerordentliche Versammlung aller Wäschenherinnen, Plätterinnen, Wäscherinnen und Stärkerinnen, Wäsche-, Glaser-, Krawatten-Zuschneider.

Tagesordnung: 1. Die Situation der Lohnbewegung. Ref.: Kollege W. Eue. 2. Diskussion. Die Kollegen und Kolleginnen der Wäsche- und Krawattenbranche werden gebeten, zahlreich diese für sie wichtige Versammlung zu besuchen.

Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Liniestr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Montag, den 15. Juni 1914:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharusäle, Müllerstr. 112, abends 8 1/2 Uhr. „Verfassungskämpfe in Deutschland.“ Ref. Kollege H. Wücker.
- Norden: Büttner's Festsäle, Schwebler Straße 23, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Dr. R. Breitscheid.
- Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr. Leben und Leiden im Zuchthaus. Referent P. Pawlowitsch.
- Moabit: Prachtsäle Nordwest, Bielestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Köllnstr. 3, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Arbeiterskollegen Genossen Gustav Link.
- Tegel: Müllers Festsäle, Berliner Straße 84, abends 6 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Verelshaus, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: Comeniusäle, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.

Lichtenberg: Restaurant Kurkowski, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.

„Die Schirmmacher auf dem Kriegsspfad.“ Ref. Ad. Wuschick.

Stralau-Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 3, abends 8 Uhr.

„Das Koalitionsrecht und seine Gegner.“ Ref. Fritz Carl.

Weißensee: Prälaten, Leberstr. 122, abends 8 1/2 Uhr.

Bericht und Renewal der Bezirksleitung.

Südenbezirke: Hohenstaufen-Säle, Rottbuser Damm 76, abends 8 1/2 Uhr.

Südost: Südost-Festsäle, Waldemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.

Neukölln: Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49, abends 8 1/2 Uhr.

Vortrag des Genossen Th. Leipart, Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes: „Was haben die Arbeiter von den Tarifverträgen zu erwarten?“

Steglitz: Schellhases Festsäle, Abornstr. 15a, abends 8 1/2 Uhr.

Köpenick und Friedrichshagen: Restaurant Lindengarten, Friedrichstr. 74, abends 8 1/2 Uhr.

Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.: Restaurant George, Oberschöneweide, Wilhelmstr. 44a, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Max Horn.

Spandau: Restaurant Dertz, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht von der ordentlichen Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Dienstag, den 16. Juni 1914, abends 6 Uhr:

Versammlung aller Operationsmöbelschlosser

im Lokale von Hummel, Sophienstraße 5.

Tagesordnung: 1. Bericht aus den Betrieben unserer Gruppe. 2. Wie stellen wir uns zu dem von der Generalversammlung angenommenen Antrag auf Einführung der Hausbesetzung.

Mittwoch, den 17. Juni 1914, abends 6 Uhr:

Versammlung der Zinn-, Zink- und Bleigießer

im Lokale von Müller, Alexandrinenstraße 32.

Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. — 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch ist jeweils Kontrolle mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

N. JSRAEL

Spandauerstraße 16 Berlin C Königstraße 11-14

Saison-Ausverkauf

Große Preis-Herabsetzungen
in fast allen Abteilungen

Große Posten
Damen- u. Kinder-
Konfektion,
Damen-Wäsche,
Stickereien, Tisch-
und Haus-Wäsche

Teilweise bis zu
40%
ermässigt

Große Posten
Kleiderstoffe und
Seidenstoffe,
Trikotagen, Strümpfe,
Gardinen, Teppiche
Möbelstoffe

Besonders beachtenswert:

Pariser-, Brüsseler- u. Wiener-Damenwäsche
sowie Damenwäsche eigener Fabrikation

Taghemden

Regulär 2.50 für 1.90
Regulär 3.00 für 2.40
Regulär 3.75 für 3.00
Regulär 5.50 für 3.75

Garnituren

Taghemd und Beinkleid
Regulär 11.00 für 7.50
Regulär 14.00 für 9.50
Regulär 15.00 für 10.00
Regulär 18.00-21.00 für 12.00

Prinzessröcke

Regulär 14.00 für 9.50
Regulär 18.00 für 12.00
Regulär 22.50-27.00 für 15.00
Regulär 27.00-30.00 für 18.00

Nachthemden

Regulär 4.50 für 3.50
Regulär 7.50 für 5.00
Regulär 9.50 für 6.75
Regulär 13.50-16.50 für 9.00

Beinkleider

Regulär 2.75 für 2.00
Regulär 3.90 für 2.75
Regulär 4.75 für 3.50
Regulär 5.50 für 3.75

Untertaillen

Regulär 2.50 für 1.75
Regulär 3.75 für 2.75
Regulär 4.50 für 3.00
Regulär 6.00 für 3.50

Für
nur **33.-**

erhalten Sie bei uns einen
Sakkoanzug

der Ihren Ansprüchen auf
moderne Fassung, ele-
gantem Sitz und Halt-
barkeit voll genügen wird.

Und dabei bieten Ihnen diese
Anzüge, die wir in grosser
Auswahl und für jede Figur
passend fertig am Lager halten,
vollkommenen

MASS-ERJATZ



Verkaufsstellen:

N., Friedrichstrasse 108
Ecke Johannisstrasse, vis-à-vis der Karlstr.
Charlottenbg., Scharrenst. 36
Ecke Wilmersdorfer Strasse.



Sonntags nur von 8-10 Uhr geöffnet.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidern
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger

Anzüge

Sommer-Paletots,
Bozener Mäntel,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u.
der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.

Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.
Tel. Amt Norden 1591. 102/1*



KON-
LINON

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Börsenkrisen.

Seit Wochen dauern die Börsenkrisen in Frankreich und Rußland an und halten die Börsen auch der übrigen Länder in Atem. Paris hat schon lange nicht mehr eine solche Erschütterung erlebt wie heutzutage. Frankreich, das sich als Weltbankier aufgespielt und die niedrigsten Zinssätze aufgewiesen hat, leidet jetzt unter einer Geldverknappung, während in Berlin und London eine relative Geldflüssigkeit eingetreten ist. Auf den ersten Blick scheint dies eine Folge der wirtschaftlichen Schwäche Frankreichs zu sein, und unvorhergesehen frohlocken schon die deutschen Imperialisten. Ist doch die französische Kapitalmacht im internationalen Wettbewerb ein sehr ins Gewicht fallender Faktor. Die finanzielle Kriegsrüstung ist heute nicht minder entscheidend für den Ausgang eines Krieges wie die militärtechnische. Deshalb zerbrechen sich auch seit Jahr und Tag die deutschen Imperialisten den Kopf, wie man diese schwache Seite der Kampfbereitschaft Deutschlands verbessern könnte, und nun erweist es sich, daß es auch mit Frankreichs finanzieller Kriegsbereitschaft nicht viel besser stehe.

Abgesehen davon, vermochte Frankreich, auf seine Kapitalmacht gestützt, sich in den fremden Ländern wertvolle Konzessionen zu verschaffen. Neuerdings erlangte es allein dadurch, daß es der Türkei Geld zu borgen versprach, eine feste Stellung in Syrien, wo es Bahnkonzessionen erhielt. Mit Reid schauten die hungrigen deutschen Imperialisten auf Frankreich, weil sie manche wertvolle Konzessionen aus Mangel an Kapital nicht erlangen konnten. Auf diesem Gebiet war Frankreich Deutschland überlegen. Die hoch muß nun jetzt das Vergeß der deutschen Imperialisten schloßen, wenn sie die schwere Geldnot Frankreichs beobachten!

In Wirklichkeit läßt diese jegige Krise allem Anschein nach einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs an. Es ist bekannt, daß Frankreich in der Hauptsache ein „Rentnerstaat“ ist, d. h. das es sein Kapital in festverzinslichen, speziell in ausländischen Papieren angelegt hat. Die einheimische Industrie ist in dieser Beziehung vernachlässigt worden. So waren 1907 etwas mehr als die Hälfte der an der Pariser Börse zugelassenen Werte ausländische Papiere; von den übrigen entfielen 40 Proz. auf die Staatsrente. Nun hat die französische Industrie gerade in den letzten Jahren einen unerwarteten Aufschwung genommen. Insbesondere ist die Eisenproduktion sehr ausgedehnt worden, von 8,5 Millionen Tonnen im Jahre 1906 auf 18,8 Millionen Tonnen 1912. Das hängt damit zusammen, daß die Eisenwerke in Deutschland immer mehr erschöpft und nur mit steigenden Kosten ausgebaut werden können. Das deutsche Kapital hat sich deshalb auf die französischen Erzlagereisen geworfen. 1906 führte Deutschland 4,8 Millionen und 1913 8,1 Millionen Doppelzentner Eisenerze aus Frankreich ein. Zumeist ist auch die Eisenverarbeitung in Frankreich selbst gestiegen, die Rohleistungsgewinnung von 1906 bis 1912 von 3,3 auf 4,95 Millionen Tonnen, die Stahlerzeugung von 2,4 auf 4,4 Millionen Tonnen.

Dementsprechend wuchs auch der Besitz an inländischen Aktien. Die inländischen Wertpapiere betrugen 1801/93 59 Milliarden Frank und 1906/10 77,20 Milliarden. Die Rente hat sich aber in dieser Zeit bloß um 0,06 Milliarden auf 26,13 Milliarden erhöht; dagegen der Aktienbesitz von 13,8 auf 24,4 und der Besitz an Obligationen von 19,88 auf 26,75 Milliarden Frank. 1911, 1912 und 1913 wurden in Frankreich insgesamt Wertpapiere im Betrage von 14,006 Milliarden Frank emittiert (in Deutschland nach dem „Deconomist“ Effekten für 8,25 Milliarden Mark gleich 10,3 Milliarden Franken.) Von diesen entfielen auf die Industrie nicht weniger als 4,17 Milliarden. Wurden 1904 für die Industrie nur 374 Millionen bereit gestellt, so beanspruchte sie 1913 nicht weniger als 2018 Millionen.

Dieser Aufschwung der französischen Industrie hat es in erster Linie bewirkt, daß Frankreich die letzten Jahre im Zeichen der Geldknappheit gestanden ist. Betrag der offiziellen Diskont in Paris 1900 3,25 Proz. und 1907 3,16 Proz., so schnellte er 1913 auf 4 Proz. hinauf und stellt sich heute auf 3,5 Proz. (in London dagegen bloß auf 3 Proz.). Das ist die wichtigste Ursache der jetzigen Geld- und Börsenkrise: die Festlegung großer Kapitalien in industriellen Unternehmungen.

In dieser Beziehung beginnt Frankreich den Weg zu beschreiten, den Deutschland längst betreten hat. Wenn trotzdem in Deutschland die Wirtschaftskrise nicht in eine so schwere Börsenkrise ausgeartet ist, ist es zum Teil dem Umstande zu verdanken, daß die deutsche Reichsbank energisch eingegriffen und seit einigen Jahren auf die größere Liquidität der Banken gedrängt hat. Wie sie selber, so haben auch die Großbanken schon lange mit dem Reinigungsprozeß begonnen, sehr viele Kredite abgewiesen, ebenso eine gewisse Vorsicht in der Aufnahme von ausländischen Anleihen betätigt, so daß sie am Ende des letzten Jahres mit gestiegenen Bilanzen hervorgetreten sind. Die französischen Banken haben 1813 ebenfalls um 324 Millionen weniger ausländische Werte aufgenommen als 1912. Zumeist haben sie 2,75 Milliarden Frank dem Auslande geliehen während der Kapitalexport Deutschlands nicht viel über 200 Millionen Mark betrug. Dabei gewöhnten die deutschen Banken, die mit der Industrie eng verbunden sind, meist nur Industrielkredit gegen Bestellungen in Deutschland, so daß sie ihre Kapitalien nicht aus dem Lande schickten. Die französischen Banken haben aber in den letzten Jahren Anleihen von südamerikanischen Bodenpapieren aufgenommen, die sehr schwer zu realisieren sind.

Südamerika hatte in den letzten Jahren einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die Preissteigerung der Agrarprodukte in den kapitalistisch entwickelten Ländern verleiht dem Boden der noch wenig erschlossenen Länder einen hohen Wert, und das internationale Kapital wagt sich heutzutage auf diese Länder, um sich ihre Grundrente anzueignen. Mittel- und Südamerika hatten allein in den Jahren 1910 bis 1912 über 7 Milliarden Mark beschlungen. Insbesondere hatte ein amerikanischer Trust dort eine gewaltige Bodenpekulation zu treiben veranlaßt. Er kaufte 2,8 Millionen Hektar in Brasilien, 2 1/2 Millionen in Argentinien und 5 Millionen Hektar in Paraguay auf und wollte somit das beste südamerikanische Weideland monopolisieren, um die Viehzucht nicht allzu ausdehnen zu lassen und die Fleischpreise hochhalten zu können. Da dieser Trust noch gleichzeitig verschiedene industrielle Unternehmungen an sich brachte, so ließen seine Engagements ins Ungeheuerliche. Natürlich mußte er überall Geld borgen, wo er es nur erhalten konnte.

Das Resultat war ein ungeheuerliches Anwachsen der Bodenpreise in Südamerika. In Argentinien beispielsweise kostete ein Hektar Land 1904 52,65 M., 1908 121,5 und 1912 174,15 M.; der Bodenpreis hat sich also mehr als verdreifacht, in einigen Provinzen, so in San Luis, hat er sich vervielfacht. Auf diese enorme Preissteigerung mußte naturgemäß bald ein Rückgang folgen. Denn es erwies sich, daß der Boden vorläufig

die hohe Rente nicht tragen konnte. Um so mehr als die Getreidepreise eine Ab schwächung erfahren hatten. So sank der kanadische Weizenpreis in London von Anfang 1910 bis Anfang 1914 um etwa 15 Proz. Viel härter wirkte speziell auf Brasilien der zeitweilige Rückgang des Kaffeepreises und der sehr starke Preissturz von Gummi. Der Gummipreis war nämlich von 1901/1905 gesunken und rief eine heftige Krise auf dem Gummimarkt hervor, unter der eine große Reihe von Unternehmungen noch heute sehr leiden.

Unter diesen Umständen konnte sich auch der amerikanische Trust nicht halten, er mußte vielmehr seine Werte an Londoner Kapitalisten abtreten. In seinem Sturz zog er auch französische Banken mit sich. In Frankreich sammelten sich südamerikanische Effekten für 1 1/2 Milliarden Mark, beim Bauhaus de Rouffle allein über dreihundert Millionen Frank an, die nicht zu realisieren waren. Die Verluste an diesen Werten sind sehr groß.

Darunter leidet aber nicht Frankreich allein. In noch viel größerem Umfang England, das nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ an central- und südamerikanischen Effekten ungefähr zwei Milliarden Mark verloren hat, wenn man die jetzigen Kurse mit den letzten höchsten Kursen vergleicht. Dazu gesellen sich noch Verluste an kanadischen Werten, so daß auch in England zwei angesehenere Bankhäuser, die Firma Chaplin, Rine, Grenfell u. Co. und die Canadian Agency insolvent geworden sind.

Wenn aber der Londoner Geldmarkt trotzdem viel flüssiger ist als der Pariser, so erklärt sich dies nicht nur aus dem viel größeren Reichtum Englands, das als Industrieland rascher akkumulieren kann als der Rentnerstaat Frankreich, sondern auch aus dem Umstande, daß Frankreich schwerer mit russischen Werten belastet ist.

Ein Jahrzehnt wirtschaftlichen Stillstandes führte in Rußland zur Ansammlung erheblicher frei werdender Summen in den Großbanken. Im Jahrzehnt 1901/1910 haben die russischen Banken 282 Millionen Rubel Reingewinn gebucht. Davon haben sie für Vergrößerung ihres Kapitals nur 144 Millionen verwendet. In dieser Zeit haben sich die Kontokorrenteinlagen verdoppelt. Was Wunder, wenn die Banken sich mit der begangenen Konjunkturwelt auf die Börsenpekulation geworfen haben.

Die russischen Kreditgesellschaften überhaupt haben von Anfang 1909 bis Anfang 1913 ihre aktiven Operationen mehr als verdoppelt; ebenso hat aber auch die Staatsbank gehandelt, die ihre Operationen von 440 auf 877 Mill. Rubel erhöht hat. Für die Staatsbank handelt es sich in erster Linie darum, dem Auslande die Wirkungen der wirtschaftlichen Prosperität Rußlands vor Augen zu führen. Sie verfolgt damit wirtschaftliche und noch mehr politische Zwecke. Rußland sucht immer mehr Kapitalien im Auslande aufzunehmen, weil das sich im Innlande bildende Kapital von der Bürokratie und dem Militarismus aufgezehrt wird. Natürlich kann man das ausländische Kapital leichter heranziehen, wenn man ihm große Gewinne in Aussicht stellt, vor allem Emissionsgewinne für die Banken. Daher duldet die russische Regierung keine Opposition an den russischen Börsen. Speziell im letzten Jahre hat es sich um die Unterbringung einer neuen Milliardenanleihe in Frankreich gehandelt, und man tat sich Gewalt an, um Frankreich ein frohliches, vergnügtes Gesicht zu zeigen. Millionen und Abermillionen sind aus der Staatskasse zu Interventionen auf den Börsen zur Verfügung gestellt, um die Kurse hochzuhalten.

Die politische Konstellation, die Rolle, die Rußland im Balkankriege spielen wollte, seine Kriegsvorbereitungen usw. distanzieren der Regierung diese Interventionspolitik. Denn eine Börsenkrise zu dieser Zeit würde die Hohlheit des ganzen Systems aufdecken und das Spiel verderben. Als in den kritischen Parokotagen die deutschen Banken die Regierung auf den Ernst der wirtschaftlichen Lage hingewiesen hatten, hatte diese daraus die einzig richtige Schlussfolgerung gezogen, daß der Konflikt mit Frankreich friedlich beigelegt werden muß und gab eine entsprechende Erklärung ab. Rußland treibt aber eine Doppelpolitik. Im Innern völlig verfaul, darf es unter keinen Umständen sein wirkliches Wesen entblößen. Daher auch die jetzigen Anstrengungen, die Kurse zu halten, wofür nicht weniger als 100 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt worden sind.

Frankreich besitzt nur eine ungeheure Menge russischer, künstlich aufgeblähter Papiere. 1907 wurde der französische Besitz an russischen Papieren auf 15 Milliarden Frank angegeben, die allerdings damals bloß einen Kurzwert von 9,98 Milliarden hatten. Inzwischen sind weitere Milliarden russischer Papiere nach Frankreich gewandert, die noch dazu zu hohen Kursen übernommen worden sind. Nun scheint der französische Sparer der russischen „Freundschaft“ satt zu sein. Insbesondere seitdem es bekannt geworden ist, daß Rußland Frankreich die dreijährige Dienstzeit aufgewungen hat. Er protestiert gegen die Allianz mit Rußland, indem er einerseits Sozialisten wählt, andererseits keine russischen Papiere kauft. So sind die Banken auf den russischen Papieren „liegen“ geblieben. Da sie nun jetzt selber in Geldbedrängnis geraten sind, suchen sie die russischen Papiere nach Petersburg abzugeben. Man darf also annehmen, daß alle Interventionen der russischen Regierung ihre Wirkung verfehlen werden und daß die Petersburger Börsenkrise vielmehr sich zu einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise auswachsen wird.

Die Krise in Südamerika und die Wirtschaftskrise in Frankreich werden bald überwunden sein; die französischen Vorgesetzten werden aber vorsichtiger werden und den exotischen Anleihen die einheimische Industrie vorziehen. Das französische Wirtschaftsleben wird aus der Krise gefestigt hervorgehen; Rußland wird dagegen dem wirtschaftlichen Parasitismus wiederum verfallen, der schon ein Jahrzehnt dort andauert, bis die dortigen sozialpolitischen Verhältnisse den Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung angepaßt werden.

Eifersuchtsfolgen.

Unter der schweren Anklage des versuchten Mordes stand gestern der Schneider und Tanzmeister Otto Vorrmann vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Buchow.

Der Angeklagte, ein bisher unbekannter Mann, war in verschiedenen, an der Obersee belegenen Lokalen als Tanzordner tätig. Vor etwa zwei Jahren hatte er die von ihrem Mann getrennte lebende Frau Hedwig Jepsenfeld geb. Schiller in einem Tanzlokal kennen gelernt und sich ihr mit Liebesanträgen genähert. Frau Jepsenfeld wohnte bei ihren Eltern Notbuser Nr. 58 und erwarb sich ihren Unterhalt als Verkäuferin in einem Putzgeschäft in der Notbuser Str. 1. Von dort hatte er die J. wiederholt abgeholt. Die Beziehungen zwischen den beiden waren in der letzten Zeit nicht die allerbesten. Es kam häufig zu Ranz und Streit und der Angeklagte sah schließlich, daß die J. nichts mehr von ihm wissen wollte. Nun wurde er auch nach eines Bergens Besuchs und hierdurch, sowie durch die abnehmende Haltung der Frau J. in hochgradige Erregung versetzt. Am 8. Januar erschien er in dem Geschäft Notbuser Str. 1, zog plötzlich einen Revolver hervor und gab auf

die Verkäuferin, die hinter dem Ladentisch stand, zwei Schüsse ab. Die eine Kugel drang in den Hinterkopf ein, gelangte in den Mund und wurde von der J. ausgespien, die zweite Kugel löst noch jetzt im Genick der J. fest. Die Schwerverletzte ist aber, wie gestern die Ärzte bekundeten, ohne eine für die Zukunft zu befürchtende Schädigung geheilt.

Nach der unseligen Tat jagte der Angeklagte sich selbst eine Kugel in die Schläfe. Vorrmann, der infolge des auf sich selbst abgefeuerten Schusses die Sehkraft auf dem einen Auge fast vollständig verloren hat, kam als Polizeigeisgenener in die Charité. Vor der Tat hatte er eine Karte an seine Eltern gerichtet, die folgenden Inhalt hatte:

„Liebe Eltern! Bitte, vergeßt mir diesen Schritt, aber ich konnte nicht anders! Ich bin unschuldig eines Vergehens verdächtig, so daß mich Hedwig nicht mehr liebt. Ich will das nicht überleben, ich gebe folgedessen mit Hedwig freiwillig in den Tod. Euer Sohn Otto. — P. S. Sorgt für die Kleinen.“

Vor Bericht erklärte der Angeklagte gestern, er habe keine Erinnerung an die Tat und trat mit der im ersten Augenblick übertrafenden Behauptung auf: in der Zeit vom 15. bis 21. Januar sei er von der Charité wiederholt mit Urlaub auf 6 Stunden entlassen, habe sich im „Clou“ amüsiert und sei erst in der Nacht wieder in die Charité zurückgeführt. Der Stabsarzt, die Stationschwester und die Krankenwärter erklärten, die Angabe des Angeklagten beruhe auf Phantasien. In jener Zeit lag der Angeklagte, dessen Schädel repariert war, transportunfähig im Bett. Er phantasierte stark in der Nacht und erzählte ähnliches wie jetzt am Morgen als sein Erlebnis. Die Erinnerungsfähigkeit des Angeklagten könnte ebenso wie sein irrationeller Glaube, er sei in jener Zeit beurlaubt gewesen, echt sein. Aber zur Zeit der Tat sei der Angeklagte zurechnungsfähig gewesen.

Nach längeren Plädoyers des Staatsanw. Rats Ruth und des Rechtsanwalts Dr. Harry Finck wurde der Angeklagte in Gemäßheit des Spruches der Geschworenen wegen versuchten Mordes zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gerichtszeitung.

Kadefischpolitik gegen Arbeitervereine.

Die „Freie Turnerschaft in Berlin-Mariensfelde“ läßt an ihren turnerischen Zusammenkünften auch Jugendliche teilnehmen. Das ist recht lässlich und gefällig zulässig. Seitdem aber auf polizeiliches Andringen hin das Obergericht jenes von Vogil und Birckhoff freies Urteil verkündet hat, nach dem ein Verein schon deshalb, weil er dem Arbeiterturnerbund angehört, als „politischer“ anzusehen sei, fahndet Polizei und Staatsanwaltschaft auf Arbeiterturnvereine, um sie in den Maschinen des Strafgesetzbuchs zu fangen. Bei diesem Windmühlkampf gingen die edlen Ritter gegen den Genossen Wilhelm Hencke zu Mariensfelde mit ihren Papierknecht los.

Genosse Hencke wurde angeklagt, als Vorsteher des Vereins „Freie Turnerschaft in Berlin-Mariensfelde“ die Teilnahme von Jugendlichen an den Turnübungen dieses Vereins gebildet zu haben. Vor dem Amtsgericht Berlin-Tempelhof fand eingehende Vernehmung statt. Sie ergab, daß die Turner nach vorwärtsdrängenden, zur Bewegung anfechtenden Marschliedern wie „Das Wandern ist des Müllers Lust“ und „Turner auf zum Streit“

gesungen haben. Dem Amtsanwalt genügte das zur Stellung eines Straftrahns in Höhe von 15 Mark Geldstrafe. Die Vernehmung meinte er, habe ergeben, daß das Turnen der „Erweckung parteipolitischen Geistes“ gedient habe. Mithin sei der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine diese Spinnweberei der Phantasie und legte klar, daß weder turnerische Zusammenkünfte, „Versammlungen“ sind, noch der Arbeiterturnverein ein politischer Verein ist. Das Gericht folgte seinen Ausführungen und sprach den Angeklagten frei, der dem § 17 des Strafgesetzbuchs entsprechend den Jugendlichen den Zutritt zu Zusammenkünften zu gefelligen Zwecken — das sind die Turnübungen — gestattet, also nichts Strafbares getan habe.

Das Kammergericht bestätigte dieser Tage zwei Urteile, die Arbeiterkadefischvereine betrafen. In dem einen handelte es sich um den Vorsitzenden des Arbeiterkadefischvereins Edelweich in Schönheiß, Pohlmann, bei dem zweiten um den Vorsitzenden des Arbeiterkadefischvereins „Krischauer“ zu Järchenberg a. D., Graf. Beide waren bestraft, weil sie Veränderungen in der Vorstandszusammensetzung nicht polizeilich mitgeteilt hätten, wiewohl die Vereine „politisch“ seien. Der politische Charakter wurde daraus entnommen, daß die Vereine das Organ des Bundes „Solidarität“, die Arbeiter-Turnzeitung unter ihren Mitgliedern verbreite. Das sei, meinte das Kammergericht, nicht rechtsirrtümlich. Na ja; die Kadefischer fahren ja vorwärts und wenn den Gerichten die Aufgabe zufällt, jedem Fortschritt hemmend entgegenzutreten, dann ist freilich ein Kadefischverein ein „politischer“. Warum aber nur ein Arbeiter-Kadefischverein. Fahren die anderen Kadefischer rückwärts?

Widderer.

Die Jagdposition, ausgeübt in der Nähe Berlins, führte gestern drei Personen vor die 6. Strafkammer des Landgerichts III, vor der sie sich wegen Wilddieberei zu verantworten hatten.

Angeklagt waren die wegen Wilddieberei verbestraften Hermann Kusche und Hundehändler Ernst Fischer sowie der Heuarbeiter Hermann Lemke. Mit ihnen stand der Wildhändler Evert Jepsener und der Restaurateur Karl Meier aus Nichteuberg wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Heberei vor Gericht. Die ersten drei Angeklagten haben nach der Verhandlung in der umfangreichsten Weise in den Jahren 1913 bis 1914 in Berlin-Grünwald, Schildow, Friedrichsfelde, Westpomm., Weihensee und Umgebung der Wilddieberei obgelegen. Von den Föckern und Gendarmen im Grünwald und Umgebung war seit langer Zeit bemerkt worden, daß in großer Menge auf Damwid gewildert wurde. In jeder Woche wurde verendetes Wild, Infornad und Wildbitten gefunden. Angehohenes Wild trieb sich im Gehölz herum und das lag im Dickschicht verstreut. Die Wilderer benutzten zu ihren Streifzügen mit Vorliebe die Sonntage, an welchen das von den zahlreichem Spaziergängern beunruhigte Wild sich in die Dickbüsche zurückzieht. Die Wilddiebe gingen mit leichten Gewehren und Schalldämpfern zu Werke, so daß die Schüsse nur auf ganz kurze Entfernung zu hören waren.

Rufsch war zuletzt am 22. September 1912 in der Nähe von Plumberg beim Wildern betroffen und von einem Forstbeamten durch einen Schuß in den Ober Rücken verletzt worden, so daß er bis zum 13. März 1913 im Krankenhaus Weihensee behandelt werden mußte. Nach seiner Entlassung konnte er seinem Wilderer-gewerbe nicht sofort wieder nachgehen, da er noch humpelte; im August war er aber wieder so weit, daß er mit seinen Freunden weiter auf die Jagd gehen konnte. So fuhren sie eines Tages mit der Briggener Bahn nach Westpomm. Da ihnen jedoch kein Wild vor die Füße kam, verscharrten sie ihre Gewehre und lebten unverrichteter Sache wieder zurück. — Einige Wochen später gingen die drei Wilderer zum Grünwald hinaus. Tent Angeklagten Fischer gelang es, mit der Wäpfe des Anfoche einen Damhirschschiefer zu schießen. Während Kusche weggegangen

war, um Sade zu kaufen und ein Automobil zu holen, erlegte Lemke noch ein Tier. Beide Stücke Wild wurden in die Sade gepackt, auf das Automobil geladen und die Sade wurde in die Laube des Lemke an der Landsberger Chaussee gebracht. Da die Wilderer den Fahrpreis für das Automobil im Betrage von 26 M. nicht bezahlen konnten, ließ sich Lemke das Geld von dem Angeklagten Fischer. Dann wurde das Wild abgedeckt, ausgeweidet und zerlegt. Die Federn wurden in der Laube des Lemke verscharrt. Das Fleisch wurde verteilt und an verschiedene Personen verkauft.

Nachdem Fischer seine ihm wegen des Jagdvergehens auferlegte zweimonatige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, ging er wieder fleißig in den Grünwald hinaus. Eines Tages gelang es ihm wieder, ein Schmaltrieb zu erlegen; es wurde mit Hilfe der Angeklagten Fischer und Lemke in eine Schöpfung geschickt, ausgeschlachtet und verteilt. Ende Januar und Anfangs Februar 1914 schloß Fischer wieder mehrere Schmaltriebe, ebenso Lemke. Da die Wilderer bei ihrer Arbeit durch Gendarmen gestört wurden, verscharrten sie ihre Wäpchen und holten sich das Wild in der Nacht. Neben der Jagd auf Rot- und Damwild gingen Fischer und Lemke nachts auch noch auf die Fasanenjagd, und zwar in der Wuhlsheide, in Schildow und in den Nieselsfeldern bei Weihensee. Fischer schloß so oft und so viele Fasane, daß er noch etwa 50 Stück Fasane an die Angeklagten Fischer und Niemer verkaufte. Neben Fischer war der Angeklagte Fischer der Hauptabnehmer für die Fasane. Er soll den Wilderern meistens kein Geld gegeben, sondern ihnen Getränke verabreicht haben.

Fischer bestritt seine Schuld und behauptete, alles, was er gefaßt, regelrecht bezahlt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Fischer 4 Jahre Gefängnis, gegen Fischer 3 Jahre, gegen Lemke 2 Jahre, gegen Fischer 1 Monat Gefängnis. — Das Urteil lautete gegen Fischer und Fischer auf 2 Jahre Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen Lemke auf 1 Jahr Gefängnis, gegen Fischer auf 6 Monate Gefängnis.

Der Wagner-Prozess in Bayreuth.

Am Freitag wurde vor dem Landgericht in Bayreuth die Klage der Frau Weidler, der Tochter der Frau Cosimar Wagner, gegen diese, ihre Mutter, in voller Öffentlichkeit verhandelt. Es handelt sich in diesem Prozeß bekanntlich um die Feststellung, daß Frau Weidler die Tochter Richard Wagners sei. Aus dem Prozeß ist interessant, daß der Vertreter der Frau Weidler mitteilte, nach seinen Informationen habe das Haus Wagners in den letzten Jahren jährlich 750 000 M. Zantien erhalten. Er stellte weiter 12 neue Beweisstücke, durch die die Abstammung Wagners (Frau Weidler) von Richard Wagner bewiesen werden soll. Der Gegenvertreter erwiderte, Wagner habe in amtlicher Weise die Abstammung Wagners von ihm verneint. Das dürfe zur juristischen Entscheidung der Frage genügen.

Das Gericht beschloß, das Urteil in acht Tagen zu verkünden.

Ein ungetreuer Notar.

Die Hamburger Strafkammer verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Notar Beder wegen 18 Fälle der Untreue, der Unterschlagung (unterschlagen sind rund 800 000 M.) und der Ehrverletzung zu 10 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Sklaverei in Argentinien.

Ein Leser unseres argentinischen Bruderblattes „Vanguardia“ sendet dem Blatt eine Reisebeschreibung, in welcher er über die Sklaverei, die am oberen Parana herrscht, folgende ungeheuerlichen Tatsachen enthüllt:

„Ich begab mich mit einem Dampfer, der zwischen Sojadas und Porto verkehrt, nach den Wasserfällen von Iguaçu am oberen Parana. Mit mir an Bord befand sich der Ingenieur Hansa, der zur deutschen Gesandtschaft in Buenos-Ayres akkreditiert ist. Während der Fahrt sahen wir eines Nachmittags auf der argentinischen Seite des Flusses einen Mann und ein Kind, welche mit den Armen um Hilfe winkten. Der Dampfer warf Anker, und ein Boot holte sie an Bord. Sie waren abgezehrt und vollkommen entkräftet. Gesicht, Hände und Füße waren bedeckt mit Insektenstichen. Seit 14 Tagen irrten sie bereits in den Wäldern umher, sich ausschließlich von Kräutern ernährend. Beide waren dermaßen schwach, daß sie sich nur mit Mühe aufrecht erhalten konnten.

Der Mann und das Kind stammten aus Paraguay. Sie hatten sich als Arbeiter verdingt, waren nach dem oberen Parana gebracht worden und wurden da zu vollkommenen Sklaven gemacht. Sie erhielten keinen Lohn, und als sie endlich eine Abrechnung verlangten, wurden sie geprügelt. Sie flohen in die großen Wälder in der Hoffnung, daß die wilden Tiere menschlicher seien als die Menschen.

Wir dachten, die beiden Unglücklichen wären nun gerettet. Bald jedoch begegnete uns ein Dampfer, mit dem unser Kapitän einige Signale tauschte. Es wurde wieder der Anker ausgeworfen und die beiden Flüchtlinge dem anderen Dampfer ausgeliefert. Wir fragten, was mit ihnen geschehen solle. Es wurde uns die Antwort zu teil, daß der Mann und das Kind wieder zu ihrer Arbeit zurückgebracht würden.

In derselben Nacht, als wir vor Anker lagen, erschalle ein Schuß. Ein Arbeiter von unserem Dampfer war an Land gegangen, um zu fischen. Auf ihn hatte man geschossen. Er wurde wieder eingefangen, geprügelt und an einem sicheren Orte eingesperrt.

Als wir in Iguaçu ankamen, sahen wir nicht weit von uns einen Gegenstand auf dem Wasser treiben. Auf unsere Frage, was das sein könne, erwiderte der Kapitän mit der größten Seelenruhe: „Das wird ein Leichnam sein!“ Wir waren entsetzt und fragten: „Wie, eine menschliche Leiche?“ Der Kapitän gab die Antwort: „Ja, hier am oberen Parana, wird ein Arbeiter, der sich auffällig zeigt, von den Bootarbeitern oder seinem Lohnherrn niedergeschlagen und seine Leiche einfach ins Wasser geworfen.“

Diese Tatsachen sind seit langem bekannt. Abhilfe ist nicht geschaffen worden. Denn die kapitalistische Bestie, die keine Achtung vor dem Leben und der Freiheit der Arbeiter hat, wird in Argentinien, wie übrigens überall, vom kapitalistischen Staat geschützt.

Schwere Bluttat in einem heffischen Dorfe.

Der Schauplatz eines furchtbaren Verbrechens war in der Nacht zum Sonnabend das heffische Dorf Hofheim. Aus dem Hause des Bäckermeisters Baad drang dichter Rauch. Der eindringenden Feuerwehr bot sich ein grauenvoller Anblick. Vor dem Backofen lag die Leiche des Meisters mit eingeschlagenem Schädel. Im Schlafzimmer wurden die beiden jüngsten bereits erwachsenen Töchter durch Peil- und Stichwunden am Kopfe schwer verletzt und die Frau des Bäckermeisters völlig verkohlt in ihren Betten vorgefunden. Als der Tat verdächtig erscheint ein Bäckergeselle Floersch, der bei dem Meister in Arbeit stand und seit der letzten Nacht verschwunden ist. Am Sonnabend nachmittag wurde Floersch in seinem Heimatdorf

Münzernheim verhaftet. Der mutmaßliche Mörder leugnet jedoch noch die Tat.

Zerstörung des Militärluftkreuzers 3. 1.

Durch ein Unwetter ist am Sonnabendmittag kurz vor 12 Uhr in der Nähe von Diedenhausen der Militärluftkreuzer 3. 1 gelegentlich einer Notlandung zerstört worden. Das Luftschiff befand sich auf der Fahrt von Köln nach Neß und geriet dabei in strömenden Regen. Durch die Regennengen beschränkt wurde das Luftschiff durch eine senkrechte Wd zu Boden gedrückt und knickte zwischen der hinteren Gondel und dem Steuer rechtwinklig durch. Ein Oberleutnant wurde leicht verletzt, sonst niemand bei dem Unfall zu Schaden gekommen. Das Luftschiff muß vollständig abmontiert werden.

Meuterei in einem spanischen Zuchthause.

In dem Zuchthause in Figueras brach eine Meuterei aus, während die Truppen und ein Teil des Personals an der Feuerschneidungsprozedur teilnahmen. Die Meuterer griffen, mit Messern und Revolvern bewaffnet, die Angestellten an. Der Direktor wurde durch eine Kugel in den Kopf getötet, zwei Angestellte wurden schwer verletzt, auch neun Gefangene erlitten Verletzungen. Nach einem späteren Telegramm haben die meuternden Gefangenen außer dem Gefängnisdirektor fünf Wachtposten durch Schüsse mit Revolvern getötet, die sie sich auf bisher unbekannter Weise verschafft hatten. Es heißt ferner, daß die Meuterei noch fortdauere; die Gefangenen sollen sich in einer Kammer verbarricadiert haben und auf alle Personen feuern, welche sich ihnen nähern.

Kleine Notizen.

Grubenunfall in Oberhessen. Die aus Königshütte gemeldet wird, stürzten dort im Krugschacht Kohlenmassen ein, wodurch mehrere Bergleute verschüttet wurden. Ein Arbeiter konnte nur als Leiche geborgen werden, während die übrigen mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen haben.

Noch ein Grubenunglück. In der Nacht zum Sonnabend wurden auf der Zeche Alma bei Gelsenkirchen vier Bergleute durch herabstürzende Gesteinsmassen verschüttet. Drei waren sofort tot, der vierte ist lebensgefährlich verletzt.

Folgenschwere Gewitter. Ein Gewitter, verbunden mit einem wolkenbruchartigen Regen und teilweisem Hagel, hat in den Oberämtern Mergentheim und Gerabronn großen Schaden angerichtet. Auf dem Feld bei Rot bei Mergentheim wurde ein Mann von Blitz erschlagen und seine neben ihm stehende Frau und Tochter betäubt. Vielsach sind Verkehrsstörungen eingetreten. — In der Nähe des Dorfes Wehlich im Kreis Gelnhausen fuhr während eines Gewitters ein Blitz in eine Schat spielender Kinder und tötete einen Knaben.

Vom Eisenbahnzuge überfahren. Auf der Strecke Obentwald-Alzen hat sich Freitag nachmittag bei der Station Selzen ein Unglück ereignet. Zwei Landbewohnerinnen, die wegen des Unwetters ihre Räder über den Kopf geschlagen hatten, gerieten auf dem Bahngleise unter einen Zug und wurden überfahren. Ein 22 Jahre altes Mädchen wurde sofort getötet und eine andere Frau so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Wohlfeile Woche!

Ein Vorgeschmack
des kommenden
Saison Ausverkauf

Dienstag

Popellne-Paletots
6⁷⁵ 9⁷⁵ 12⁷⁵
16⁵⁰ 18⁷⁵ 21⁷⁵
Alpaka-Paletots
7⁵⁰ 9⁷⁵ 11⁵⁰
14⁵⁰ 17⁰⁰ 19⁵⁰
Fantasie-Paletots
5⁷⁵ 8²⁵ 10⁷⁵
13⁵⁰ 17⁵⁰ 22⁰⁰

Mittwoch

Weisse Kleider
9⁷⁵ 13⁵⁰ 18⁵⁰
21⁰⁰ 24⁵⁰ 27⁷⁵
Farbige Kleider
12⁵⁰ 14⁷⁵ 17⁵⁰
19⁷⁵ 22²⁵ 24⁰⁰
Musselin-Kleider
7⁵⁰ 9⁷⁵ 13⁵⁰
16⁷⁵ 19⁵⁰ 22⁰⁰

Donnerstag

Wasch-Röcke
1⁷⁵ 2⁵⁰ 3⁷⁵
4⁵⁰ 5⁷⁵ 7⁰⁰
Blaue Röcke
2⁰⁰ 3²⁵ 4⁷⁵
6⁰⁰ 7⁵⁰ 9²⁵
Fantasie-Röcke
2²⁵ 3⁵⁰ 5⁰⁰
6⁵⁰ 8⁰⁰ 9⁷⁵

Freitag

Weiße Blusen
1⁵⁰ 2²⁵ 3⁷⁵
5²⁵ 6⁵⁰ 8⁵⁰
Farbige Blusen
2²⁵ 3⁷⁵ 5²⁵
6⁷⁵ 8⁰⁰ 9⁷⁵
Musselin-Blusen
2²⁵ 3⁵⁰ 4⁷⁵
5⁵⁰ 6⁵⁰ 7⁷⁵

Montag

Fantasie-Kostüme
6⁷⁵ 9⁷⁵ 12⁵⁰
15⁰⁰ 19⁷⁵ 22⁰⁰
Blaue Kostüme
8⁷⁵ 11⁷⁵ 13⁵⁰
16⁵⁰ 18⁷⁵ 22⁵⁰
Wasch-Kostüme
7⁵⁰ 10⁷⁵ 14⁰⁰
18⁵⁰ 20⁰⁰ 22⁷⁵

C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Sonnabend

Ganz ausserordentliche Angebote in sämtlichen Artikeln!
Kommen Sie frühzeitig, um davon zu profitieren!
Alle Preise gelten nur für diese Woche!

Königstr. 33 · Chausseestr. 113
am Bahnhof Alexanderplatz Beim Stottiner Bahnhof

